

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**6-2024**

---

**Spendenempfehlung: 4,00 €**

## **Ausgabe Juli-August 2024**

**Schwerpunkte:**

**Parteitag der KPD  
und  
Tagung der  
Europäischen Kommunistischen Aktion**

Redaktionsnotiz.....	3
32. Parteitag der KPD.....	4
<i>Vorsitzender der KPD, Genosse Torsten Schöwitz:</i>	
Politischer Bericht an den Parteitag.....	4
<i>ZK der KPD: Thesen des ZK für den XXXII. Parteitag.....</i>	29
Tagung der Europäischen Kommunistischen Aktion.....	32
<i>Red. offen-siv: Vorbemerkung zu diesem Schwerpunkt.....</i>	32
Eröffnungsrede der Kommunistischen Partei der Arbeiter Spaniens	33
Beitrag der Partei der Arbeit Österreichs.....	40
Beitrag der Kommunistischen Partei Griechenlands.....	46
Beitrag der Kommunistischen Partei der Türkei.....	59
Beitrag der Arbeiterpartei Irlands.....	65
Beitrag der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande.....	73
Beitrag der Kommunistischen Partei der Arbeit - Für Frieden und Sozialismus (Finnland).....	77
Beitrag der Kommunistischen Partei der Schweiz.....	81
Beitrag der Kommunistischen Revolutionären Partei Frankreichs...	85
Beitrag der Kommunistischen Partei Schwedens.....	90
<i>Redaktion offen-siv: Die Kommunistische Internationale im     September 1939 zur Volksfrontpolitik (Dimitroff-Tagebücher):.....</i>	94

## **Impressum**

### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Homepage: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Hiermit legen wir Euch ein Heft mit ziemlich vielen grundsätzlichen Dokumenten vor.

Der 32. Parteitag unserer Partei, der KPD hat in Berlin stattgefunden. Dazu bringen wir den politischen Bericht des Parteivorsitzenden und die Thesen des ZK für den Parteitag. Beides sind wegweisende Dokumente, die Mut machen und Orientierung geben.

Im zweiten Teil des Heftes findet Ihr die Beiträge von 10 Mitgliedsparteien der „Europäischen Kommunistischen Aktion“ bei ihrer Tagung zum Thema „Historische Schlussfolgerungen aus den Taktiken der antifaschistischen Fronten. Der heutige Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus“ in Madrid.

Wir bringen diese Beiträge, weil sie in überschaubarer Form einen Überblick über die Entwicklungen der Klassenkämpfe und die Politik der kommunistischen Parteien in diesen Ländern (es sind Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien und die Türkei) während der vergangenen rund 100 Jahre bringen, dazu Schlussfolgerungen und Zukunftsperspektiven darlegen. So schwierig und zum Teil wirt die Verhältnisse in der internationalen kommunistischen Bewegung auch sind, stellt diese Tagung doch einen Aspekt der Klarheit, der Einigkeit und der Gemeinsamkeit dar. Deshalb haben wir für diese Ausgabe der offen-siv andere Beiträge zurückgestellt und dieser Tagung in Madrid großen Raum in diesem Heft eingeräumt. Wir danken an dieser Stelle der Internationalen Kommission der KPD für die Übersetzung der Texte ins Deutsche.

Und unser Hinweis: Die Zeitschrift offen-siv finanziert sich allein durch die Spenden ihrer Leserinnen und Leser. Die Finanzen sind knapp und alles wird teurer: Papier, Druck, Porto.

Also; vergesst bitte unser Spendenkonto nicht.

### **Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,**

**IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

## 32. Parteitag der KPD

### ***Vorsitzender der KPD, Genosse Torsten Schöwitz: Politischer Bericht an den Parteitag***

Liebe Genossinnen und Genossen!

Heute, zu unserem 32. Parteitag, möchte ich zu Beginn an den Umstand erinnern, dass wir uns im 35. Jahr nach den fürchterlichen Veränderungen des Jahres 1989 befinden, jenem Jahr, als im Herbst mittels eines Parteiputsches die Konterrevolution in die heiße Phase ging, aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine sozialdemokratische Partei gemacht wurde, am Ende die Deutsche Demokratische Republik den Herren des großen Geldes zum Fraß vorgeworfen und der Arbeiterklasse und ihren natürlichen Verbündeten das Eigentum an den Produktionsmitteln entrissen wurde. Somit jährt sich im kommenden Januar die Wiedergründung der KPD zum 35. Mal.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die KPD lebt! Das ist das Motto unseres Parteitages.

Die KPD lebt! Und das trotz permanenter Versuche, die Partei politisch ideologisch von ihrem konsequenten Weg abzubringen. Dieser Kampf ist nicht leicht und unsere Mitgliederdecke ist dünn.

Unser letzter Parteitag fiel in die Corona-Pandemie-Zeit. Durch die Beschränkungen des öffentlichen Lebens und das Verbot sich zu treffen, wurde die Partearbeit massiv erschwert. Das war nicht gerade förderlich, um die Partei weiter zu entwickeln. Der Kontakt konnte oft nur per Videokonferenz aufrechterhalten werden. Die Öffentlichkeitsarbeit war massiv eingeschränkt.

Über die Maßnahmen, die damals weltweit ergriffen wurden, will ich nicht diskutieren. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass der Imperialismus auf zwei Ebenen interessante Erfahrungen machen konnte: Es wurde zum einen ausgelotet, wieweit man mit administrativen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit gehen kann. Diese Erkenntnisse wird man für zukünftige Anlässe wie eventuell revolutionäre Situationen zu nutzen wissen. Auf der anderen Seite hat sich gezeigt, wie der Kampf gegen Corona durch führende Kräfte in den kapitalistischen Länder genutzt wurde, um die öffentlichen Kassen zu

schröpfen. Maskenbeschaffung, Desinfektionsmittelbeschaffung, Impfzentren, Beschaffung von Impfmittel - ein Eldorado für Geschäftemacher. Die Spitze des Eisbergs war die Bereitstellung von Fördermitteln zur Forschung an Impfstoffen und dann der Ankauf von Impfdosen auf eine Art und Weise, die z.B. Biontech-Chef Ugur Sahin und seine Frau Özlem Türeci zu Milliardären machte. Und das Ganze in einem riesigen Feldversuch. So funktioniert Kapitalismus.

Wer bezahlt das? Die werktätige Bevölkerung.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mit der Beseitigung des sozialistischen Weltsystems hat die kommunistische Bewegung eine schwere Niederlage erlitten. Aus der Analyse der Ursachen für diese Niederlage ergeben sich unsere politisch-ideologischen Schwerpunkte.

Dafür haben wir unsere 10 programmatischen Thesen entworfen und auf dieser Grundlage, bei der Betrachtung des Imperialismus in der heutigen Zeit, die sogenannte Dreierstrategie entwickelt. Das beinhaltet,

- dass wir bei der Diskussion über Imperialismus und imperialistische Kriege als Grundlage unserer Herangehensweise die Imperialismus-Analyse Lenins als aktuell und heutiges Werkzeug betrachten,
- dass wir die Erkenntnis besitzen, dass ohne sozialistische Perspektive Anti-imperialismus und nationale Befreiungskämpfe im kapitalistischen Supf hängen bleiben und Nationen nach Jahrzehnten der kapitalistischen Entwicklung selbst imperialistische Ziele verfolgen können und
- dass wir als Deutsche den Hauptfeind im deutschen Imperialismus sehen, wie es einst Karl Liebknecht sah.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Aus diesen vorgenannten Grundsätzen und den Erkenntnissen, die wir aus dem täglichen kapitalistischen Wahnsinn ziehen, ergibt sich für uns eine klare Linie. Wir sind als KPD Teil der kommunistischen Weltbewegung, die im Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus sieht, die heute einen neuen Anlauf zum Sozialismus fordert, die die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln durch die gesamtgesellschaftliche Form von Volkseigentum

und genossenschaftlichem Eigentum lösen will, für die die leninsche NÖS ein kurzer taktischer Schritt und nicht das Ziel ist, die die These von einer sozialistischen Marktwirtschaft ablehnt und das Proletariat als die revolutionäre Klasse ansieht.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wegen dieser genannten Grundsätze sehen wir die heutigen Kriege auch als imperialistische Kriege an.

Wir glauben nicht an das Ausbalancieren der Macht der imperialistischen Zentren. Eine multipolare Welt ist keine Zählung des Kapitalismus, ist keine Lösung der objektiven Widersprüche. Schon Rudolf Hilferding wusste 1910: „Es ist nicht Sache des Proletariats, der fortgeschritteneren kapitalistischen Politik die überwundene (Politik) der Freihandels-Ära ... entgegenzusetzen. Die Antwort des Proletariats auf die Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals, den Imperialismus, kann nicht der Freihandel, kann nur der Sozialismus sein. Nicht das reaktionär gewordene Ideal der Wiederherstellung der freien Konkurrenz, sondern völlige Aufhebung der Konkurrenz durch Überwindung des Kapitalismus kann jetzt allein das Ziel proletarischer Politik sein.“

Unser Ziel muss also sein, heute unter der werktätigen Bevölkerung für einen neuen Anlauf zum Sozialismus zu werben.

Das geht nicht ohne die Entwicklung einer starken kommunistischen Partei.

Überall, wo momentan Kriege sind, wird in allererster Linie Arbeiterblut vergossen. Würde heute wie vor über 30 Jahren eine starke sozialistische Staatengemeinschaft bestehen, wäre das undenkbar. Würde die sozialistische Sowjetunion an der Spitze der sozialistischen Staatengemeinschaft heute noch bestehen, eng verbunden mit einem konsequent sozialistischem China, gäbe es den Krieg in der Ukraine nicht. Es gäbe auch den Krieg in Gaza nicht.

Die „Reformer“ und „Erneuerer“ in der Kommunistischen Bewegung in der zweiten Hälfte des 20 Jahrhunderts sind die Hauptschuldigen dafür, dass die Arbeiterklasse bis heute nicht in der Lage ist, sich von diesem Joch zu befreien.

Aus diesem Grund bleibt die KPD konsequent bei den klassischen Forderungen unserer Bewegung, die von Marx, Engels und Lenin begründet wurden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Imperialismus bedeutet Krieg und Ausbeutung. Das gilt auch für den deutschen Imperialismus. Seit Beginn des Ukraine-Krieges entsorgt der deutsche Imperialismus dort alte Militärtechnik und legt gleichzeitig ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm auf. Und wer zahlt das? Die Arbeiterschaft über Steuern und Abgaben.

Was können wir an der aktuellen Politik in der Bundesrepublik allgemein erkennen? Mit Hilfe geschickter Diplomatie, offen und im geheimen, lauert man auf Schwächen des US-Imperialismus, um an der Spitze der Europäischen Union aus der Schatten-Position herauszutreten. Dafür muss man auch eine militärische Kraft darstellen. In der Sendung „Maischberger“ sprach der Verteidigungsminister das Ziel offen aus: Es geht um die Wiederherstellung der Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr. Die offenen Verweise darauf, dass man den Amerikanern ja nicht die ganze Arbeit und Finanzierung alleine überlassen kann, macht klar und deutlich, wohin die Reise gehen soll.

Es geht um ein deutsch dominiertes Europa in vergrößerten Gebieten, als es die EU momentan ist. Das bedeutet natürlich eine Ausbreitung nach Osten. Deswegen auch das Engagement im Ukraine-Krieg. Dafür nutzt man dann die Strukturen der NATO, sucht aber auch nach alternativen europäischen Lösungen.

Wie ihr seht, Lenins Imperialismustheorie gilt weiter fort.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Natürlich möchte ich an dieser Stelle auch Widersprüche im Verständnis des Imperialismus und im Besonderen beim Ukraine-Krieg nicht verschweigen.

Als internationales Problem unserer Bewegung wurde es bei den zwei Erklärungen zum Ukrainekrieg, die von solid.net veröffentlicht wurden, deutlich.

Etwas abstrakt und zusammengefasst kann man sagen: der eine Teil der kommunistischen Bewegung ist der Meinung, dass der Krieg Russlands eine antiimperialistische, antifaschistische Aktion ist und das Ergebnis eine multipolare Welt wäre, in der es Kommunisten und Arbeiter leichter hätten, ihrem Ziel, dem Sozialismus, näher zu kommen. Schlussfolgerung: Somit müsste man als Kommunist an der Seite des Staates Russland stehen. In diesem Zu-

sammenhang werden deshalb auch Überlegungen angestellt, die die Imperialismustheorie Lenins auf einzelne Länder bezieht und nicht als allgemeingültiges Ganzes begreift.

Dem gegenüber steht der andere Teil der kommunistischen Bewegung, der darauf hinweist, den Imperialismus und die immanenten Kriege als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise zu begreifen und das Basis-Überbau-Modell anzuwenden. Aus dieser Herangehensweise ergibt sich Erkenntnis, dass der kapitalistische Staat das Machtinstrument der herrschenden Klasse ist und somit die Interessen der Bourgeoisie vertritt und somit der Ukraine Krieg ein imperialistischer Krieg ist. Es geht dabei darum, wer Einflussphären und Absatzmärkte in der Ukraine besitzt. In diesem Teil der kommunistischen Bewegung wird darauf hingewiesen, dass Kommunisten der Arbeiterklasse und ihren Interessen verpflichtet sind und die Annäherung an geostrategische Überlegungen des Kapitals die Kommunisten nur davon ablenken, die Frage des Sozialismus wieder als die aktuelle Frage hervorzuheben.

Uns Kommunisten in der KPD ist es bewusst, dass wir uns in unserer Bewegung immer mit rechtem Opportunismus und linkem Sektierertum auseinandersetzen müssen.

Aus diesem Grund verweise ich hier noch einmal auf unsere 10 programmatischen Leitlinien und die Dreierstrategie in der Imperialismus-Diskussion, die uns zur Erkenntnis führen, dass der Ukraine Krieg ein imperialistischer Krieg ist.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, erklären wir als KPD noch mal klar und in folgender Reihenfolge die Ursache und Wirkungen dieses Krieges.

Ursache ist

- die konterevolutionäre Beseitigung der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten,
- die Wiederherstellung des Kapitalismus in diesen Ländern und die Forcierung des Nationalismus,
- die rasante Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche innerhalb des weltweiten Imperialismus,

- das Entstehen neuer imperialistischer Zentren und die dadurch entstandene Infragestellung der weltweiten Hegemonie des US-Imperialismus,
- der Versuch des US-Imperialismus mit Hilfe der Sichelstrategie Russland und China als kapitalistische Konkurrenten einzukreisen und zu schwächen und gleichzeitig die deutschen imperialistischen Interessen zu domestizieren,
- der Versuch Deutschlands an der Spitze Europas mit der These vom gemeinsamen Haus Europa ein neues imperialistisches Zentrum unter Führung des deutschen Imperialismus zu schaffen und zu entwickeln,
- die Bildung eines kapitalistischen Gegenpols mit dem BRICS-Bündnis, welches bei Gelingen ein neues imperialistisches Zentrum bildet,
- das Bestreben Russlands, der Sichelstrategie und der imperialistischen Politik der USA und Europas entgegen zu wirken und seine geostrategischen Einflüsse und Interessen auf der Krim und in der Ukraine zu wahren

Wir fordern:

- Sofortiger Waffenstillstand und Beendigung des Kriegs.
- Stopp der Waffenlieferungen in die Ukraine.
- Stopp der ständigen Verlegung einer deutschen Brigade nach Litauen.
- Abzug der Bundeswehr aus den Krisengebieten.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die KPD ist sich bewusst, dass wir mit den genannten Punkten ein bewegendes, kontroverses Thema ansprechen. Auch hier möchte ich über die Diskussionen in unserer Partei und in der Bewegung etwas sagen.

Seit dem kommunistischen Manifest steht für uns als Hauptfrage die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln fest als die Frage, die wir immer zu stellen haben. Somit ist es die Aufgabe von Kommunisten, auf das gesamtgesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln zu orientieren.

Mit der konterevolutionären Entwicklung in den ehemals sozialistischen Staaten stellte sich für die Kommunisten eine weitere Frage: Ist die Umwandlung von Volkseigentum an den Produktionsmittel in Privateigentum an den Produktionsmitteln ein Zeichen der Restaurierung des Kapitalismus in einem

sozialistischen Land oder ist dieser Schritt nur begrenzt und wie bei Lenins NÖS nur ein offen kommunizierter Schritt zurück um anschließend wieder zwei Schritte nach vorne zu tun? Ist kapitalistische Produktion unter einer Kommunistischen Partei eine akzeptable Sache? Gibt es somit eine soziale Marktwirtschaft, gibt es eine sozialistische Marktwirtschaft? Gibt es einen menschlichen Kapitalismus?

Die Frage die sich daraus ergibt, ist doch folgende: Sind die ganzen Überlegungen aus der Vergangenheit zum Thema sozialistische Ökonomie - und nennen wir hier ruhig Gorbatschow, Perestroika, Glasnost, und die Gorbatschowisten z.B. in der DDR, die Treuhandpläne unter Hans Modrow, Christa Luft, dasselbe in allen anderen ehemaligen sozialistischen Ländern - ist das eine Stärkung des Sozialismus gewesen oder eher das Einfallstor, den Kapitalismus zu restaurieren? Sind die Genannten Helden und wir liegen mit unseren klassischen sozialistischen Forderungen falsch?

Hat das China von heute nicht auch mit allen Krisenerscheinungen des Kapitalismus zu tun? Was unterscheidet die momentane Immobilienkrise in China von den vergleichbaren Krisen in anderen kapitalistischen Staaten?

Aus unserer Sicht nichts.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir sind uns im Klaren darüber, dass die Chinesische Kommunistische Partei diese Fragen für sich klären muss.

Für uns ist die Erkenntnis aber klar. Die Frage eines neuen sozialistischen Anlaufs muss auf den Tisch. Die ökonomische Grundlage wird gesamtgesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln in Form von Volkseigentum und genossenschaftlichem Eigentum sein müssen. Die Errungenschaften und Erkenntnisse aus der Entwicklung des Sozialismus in der DDR werden dabei für uns deutsche Kommunisten Vorbild sein.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Schauen wir auf den Völkermord in Palästina. Unsere ganze Solidarität gehört dem unterdrückten palästinensischen Volk, vor allem den Bewohner des Gaza-Streifens. Unter Bruch des Völkerrechts werden dort durch den israelischen Staat Zehntausende abgeschlachtet. Wieder geht es um imperialistische

Ziele. Der Staat Israel will seine Gebiete vergrößern. Schaut euch die Gebiete an seit 1945, in dem die Palästinenser und die Israelis siedeln. Das zeigt heute deutlich, wer hier wen bedroht.

Und es geht um Öl, was kürzlich erst vor Gazas Küste gefunden wurde. Es geht um Wasser und fruchtbaren Boden, was die israelische Bourgeoisie nicht mit allen Anrainern teilen will, und es geht um billige Arbeitskräfte. Denn was wollen die unterdrückten Palästinenser nach dem Krieg machen, außer zu prekären Konditionen von den Herren des großen Geldes ausgebeutet zu werden.

Wir fordern den sofortigen Stopp der Angriffe Israel auf Gaza und die Durchsetzung des Rechts, dass alle Geflohenen in ihre Heimat zurückkehren können. Wir fordern den sofortigen Stopp von Waffenlieferungen. Das Leid trägt immer die arbeitende Bevölkerung, hier sowohl in Israel als auch in Palästina. Stoppt den Tod von Proletariern aus Israel und Palästina. Wir fordern, den Palästinensern das Recht einzuräumen, einen eigenen Staat zu bilden. Wir verweisen auf das Selbstbestimmungsrecht des Palästinensischen Volkes.

Liebe Genossinnen und Genossen

Seit der Konterevolution in der DDR und der Herstellung der „Einheit“ Deutschlands hat sich an den Möglichkeiten des deutschen Imperialismus viel geändert. Das Land ist flächenmäßig und einwohnermäßig größer geworden. Der Einfluss in Europa und in der Welt dadurch auch. Die Zielstellung aber bleibt die gleiche seit über 100 Jahren. Ziel ist, weiter nach neuen Einfluss-sphären im Osten zu schauen. Mit seiner Stellung in der EU besitzt der deutsche Imperialismus die Möglichkeit, dieses Interesse langfristig und über die Begrenztheit der Bundesrepublik hinaus umzusetzen.

Dafür braucht es aber eine leistungsfähige, moderne Rüstungsindustrie und eine Armee.

Die Bundeswehr bildet dafür den Kern. Seit 1990 nahm die Bundeswehr an Angriffskriegen, kriegerischen Handlungen sowie offenen oder verdeckten Hilfestellungen bei Kriegen teil. Mit Jugoslawien, Somalia, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Mali, Ukraine, und nun dem Marine-Einsatz im Roten Meer ist nur ein kleiner Teil genannt. Dank des Internets lässt sich das eigentliche Ausmaß der Einsätze leicht recherchieren.

Aber zu was führt das? Zu mehr Freiheit, Sicherheit, sozialer Entwicklung in den Regionen? Nein, es führt dazu, wozu es unter imperialistischem Einfluss immer führt, es führt, wie schon so oft von uns aufgezeigt, zu:

- Millionen Toten und Verwundeten,
- ethnischen Säuberungen und Vertreibungen,
- gigantischer Zerstörung der Infrastruktur und Zerstörung von gesellschaftlichem und privatem Eigentum,
- Destabilisierung von Ländern und Regionen sowie Beseitigung rechtmäßig gewählter Regierungen,
- verstärktem Nationalismus bis zum Faschismus,
- Verseuchung der Umwelt und somit der Lebensgrundlagen der Menschen durch Freisetzung giftiger Stoffe bis hin zur atomaren Verseuchung durch Einsatz von DU-Munition (Uranmunition).

Die Würde des Menschen ist unantastbar? Was für ein Hohn! Grüne Politik für Umwelt und Klima? Lächerlich! Für freiheitliche und demokratische Werte? Wie? Durch den entstehenden Rassismus und Hass?

Das Ergebnis ist selbstverständlich ein riesiges Geschäft. Neben dem Verkauf von Waffen mit riesigem Gewinn entsorgt man kostenlos veraltete Militärtechnik und erprobt modernste Waffensysteme.

Und am Ende der Auseinandersetzung werden im Interesse des deutschen Kapitals „großzügig“ Kredite zum Wiederaufbau gegeben und vor Ort das gesellschaftliche Eigentum privatisiert. Weiterhin kann man durch moralischen Fingerzeig und Embargos wirtschaftliche Konkurrenten ausschalten. Es ist das alte imperialistische Ziel, teile und herrsche.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Leider gehen in dieser Situation voller kapitalistischer Widersprüche in der Bundesrepublik mehr und mehr Bürger den rechten Rattenfängern auf den Leim. Mit der AFD wurde eine faschistische Partei salonfähig gemacht. Die CDU in Thüringen verhilft, ob gewollt oder ungewollt, dem schlimmsten Demagogen dieser Partei auch noch dazu, im Fernsehen seinen Wirkungskreis zu vergrößern. Die Wahlen in Sachsen, Thüringen und für Europa werden

zeigen, inwieweit die faschistische Ideologie schon - demokratisch verdeckt - in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Es ist aber leider nichts Gutes zu erwarten. Das zeigt, dass der Imperialismus in Europa zum Machterhalt wieder bereit ist, auf die faschistische Karte zu setzen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Satz von Lenin: „Die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen sind entweder unmöglich oder reaktionär“ bleibt bis heute hochaktuell.

Deswegen sagen wir als KPD ganz klar NEIN zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands! Dieses Europa ist ein Europa der Konzerne und Banken. Das lehnen wir ab.

Liebe Genossinnen und Genossen,

um es mit kurzen Worten zu sagen:

- Die EU bedeutet Sozialabbau!
- Die EU bedeutet Bildungsabbau!
- Die EU bedeutet Demokratieabbau!
- Die EU bedeutet Militarisierung und Kriegseinsätze!
- Die EU bedeutet Kleinhaltung von Mitgliedsstaaten, die nicht zum Kern gehören!
- Die EU bedeutet Unterdrückung anderer Länder und Völker!

Dieses bestehende Europa soll dem deutschen Imperialismus zu neuer Größe verhelfen. Wir stehen für ein sozialistisches Europa!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Betrachten wir die Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland. Wie im Rest der Welt auch ist sie geprägt von den Erscheinungen der allgemeinen Krise des Imperialismus.

Die Situation vieler Betroffener ist prekär. Die Arbeitslosenrate lag im April bei 2,75 Millionen, 4 Millionen Menschen erhielten Arbeitslosengeld II oder Bürgergeld.

Der Mindestlohn liegt bei 12,41 Euro.

Das reicht zum Überleben, zum Leben reicht es nicht. Über 2 Millionen Menschen sind von der Tafel abhängig. Weil erst jetzt die Auswirkungen der Energieverteuerung zum Tragen kommen, man die Abrechnungen für die Betriebskosten erst jetzt erhält, müssen viel Menschen feststellen, dass sie nicht in der Lage sind, die Nachforderungen zu begleichen. Beim bestehenden Rentensystem macht sich Altersarmut breit.

Laut des Paritätischen Armutsberichts 2024 leben 16,8 Prozent der Menschen in Deutschland in Armut. Das bedeutet, dass 14,2 Millionen Menschen in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, als offiziell arm gelten. Im Jahr 2022 wurde erhoben, dass die Zahl der als arm geltenden Menschen seit 2006 um 2,7 Millionen gestiegen ist und bezogen auf 2019 um eine Million. Hier sieht man deutlich das Ergebnis dieser unterirdischen Pandemie-, Energie- und Preispolitik dieser Regierung und natürlich das Ergebnis des Kapitalismus.

Besonders schlimm sind die Zahlen der Kinderarmut. Hier jagt ein Rekord den nächsten. Mittlerweile ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen (21,8 Prozent). Alleinerziehende hatten es besonders schwer, hier lag die Armutsquote bei 43,2 Prozent.

Liebe Genossinnen und Genossen

Schauen wir uns die Vertreter der Bourgeoisie an.

1. Klaus-Michael Kühne, Kühne + Nagel Logistik.

Vermögen heute: 39,2 Mrd. €, 2019 waren es 12,9 Mrd. €.

2. Dieter Schwarz, Schwarz-Gruppe, Einzelhandel,

Vermögen heute: 38,0 Mrd. €, 2019 waren es 22,6 Mrd. €.

3. Reinhold Würth & Familie, Würth-Gruppe, Großhandel,

Vermögen heute: 33,6 Mrd. €, 2021 waren es 16,8 Mrd. €.

4. Stefan Quandt, BMW Kraftfahrzeugherstellung,

Vermögen heute: 27,3 Mrd. €, 2019 waren es 17,5 Mrd. €.

5. Susanne Klatten, BMW, Altana, Nordex, SGL Carbon Kraftfahrzeugherstellung, Pharmazie, Vermögen heute: 26,5 Mrd. €, 2019 waren es 21,0 Mrd. €.

Wir reden hier über die ersten fünf!

Wenn wir das reichste 1 Prozent der Bevölkerung Deutschland betrachten, wird man feststellen, dass diese Gruppe knapp 50 Prozent des gesamten Vermögens besitzt.

Aber selbstverständlich sind das ganz fleißige Leute und diese Unterschiede sind ganz natürlich... Denn wegen der Gerechtigkeit haben wir ja die freiheitlich-demokratische Grundordnung...

Liebe Genossinnen und Genossen!

In dieser Bundesrepublik steht nicht das werktätige Volk im Mittelpunkt der Politik, sondern das Wohlergehen des reichsten einen Prozentes der Bevölkerung. Die Lage der Arbeiterklasse verschärft sich weiter. Die öffentlichen Kassen werden geplündert.

Wir sehen, wenden wir auch hier das Basis Überbaumodell an, dass das eigentliche Problem der Kapitalismus ist.

Doch was passiert auf der politischen Bühne? Welche Auswege werden angeboten? Da regiert politisch gesehen eine Ampel: Sozialdemokraten, Freiheitliche und Grüne. Stellen diese Parteien die Grundlage dieser Ungerechtigkeit in Frage? Nein. Wer bietet sich an? Die Christdemokraten. Welches Konzept? Sie wollen regieren. Wollen sie das Privateigentum an Produktionsmitteln in Frage stellen? Nein. Wollen die Blauen das? Nein. Sie wollen nur, dass dieses Eigentum in deutschem Besitz ist.

Schauen wir in das sogenannte linke Spektrum. Will die Linke oder das sich gerade aufstellende „Bündnis Sarah Wagenknecht“ die Eigentumsfrage stellen? Nein. Sie wollen Kapitalismus, nur menschlicher.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Arbeiterklasse will nicht belogen werden. Die Arbeiterklasse braucht klare Antworten. Das wusste schon das kommunistische Manifest. Es gibt nur eine Alternative, einen neuen Anlauf zum Sozialismus.

Weil wir heute auf unserem Parteitag auf Vorschlag des ZK unsere 10 Punkte noch einmal bestätigen und als unsere 10 programmatischen Leitlinien noch

mal beschließen wollen, nenne ich unsere nur im Zusammenhang geltenden Grundsätze noch einmal.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus sind unsere 10 programmatischen Leitlinien:

1. Die kommunistische Partei ist die Partei der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist die einzige revolutionäre Klasse. Ihre historische Mission besteht in der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.
2. Die Überwindung des Kapitalismus ist nur durch die sozialistische Revolution möglich, das bedeutet, die Errichtung der Herrschaft der organisierten Arbeiterklasse. Sie nutzt diese Herrschaft, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufzuheben und diese in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Mit dem Aufbau des Sozialismus, der Aufhebung der Klassen und der planmäßigen Weiterentwicklung der sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft werden die Voraussetzungen für den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus, geschaffen.
3. Die kommunistische Partei ist eine revolutionäre Partei des Klassenkampfes. Sie beherrscht alle Formen des Kampfes, den sie gezielt in politischer, ökonomischer und ideologischer Hinsicht führt. Sie lehnt die Gedanken des Reformismus und der schrittweisen Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus ab. Trotzdem kämpft sie für positive Reformen im Interesse der Arbeiterklasse.
4. Die kommunistische Partei ist eine konsequent antiimperialistische Partei. Sie steht gegen das imperialistische Weltsystem, welches die Erde in imperialistische Hauptmächte und abhängige Länder teilt. Abhängige Länder also, die vom Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden. Die kommunistische Partei verteidigt das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen imperialistische und neokoloniale Versklavung, setzt sich für nationale Souveränität und Unabhängigkeit ein und unterstützt antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Sie bekämpft die verschiedenen nationalen Imperialismen, seien es der US-Imperialismus oder die im imperialistischen Bündnis der Europäischen Union zusammengefassten Mächte.

5. Die kommunistische Partei ist eine internationalistische Partei. Sie ist Teil einer weltweiten revolutionären Bewegung und leistet in ihrem eigenen Land ihren Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus im Weltmaßstab. Sie pflegt den brüderlichen Kontakt und Austausch mit den kommunistischen und Arbeiterparteien anderer Länder. Sie erklärt ihre Solidarität mit den bestehenden sozialistischen Staaten.

6. Die kommunistische Partei ist eine antifaschistische Partei. Sie bekämpft vehement den Faschismus, ob er nun in Form faschistischer Gruppierungen oder über die Faschisierung des Staates droht. Sie unterstreicht den Charakter des Faschismus als besondere Herrschaftsform der monopolistischen Bourgeoisie, als offene und terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und aggressivsten Teile des Monopol- und Finanzkapitals.

7. Die kommunistische Partei hat als Organisationsform den demokratischen Zentralismus. Sie ist daher nach den Prinzipien der Demokratie, der zentralen Leitung, der Kontrolle, der Einheitlichkeit und Verbindlichkeit, der Disziplin, der Kollektivität und Verantwortung sowie der Kritik und Selbstkritik organisiert.

8. Die kommunistische Partei ist eine marxistisch-leninistische Partei. Das gesamte Wirken der kommunistischen Partei basiert auf den theoretischen Erkenntnissen von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin, sowie anderer Theoretiker mit ihren Werken der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, sowie den Erfahrungen des geschichtlichen Kampfes der revolutionären Arbeiterklasse um die Eroberung der Macht und den Aufbau des Sozialismus. Hierauf gründen sich Analyse, Programmatik und Strategie der kommunistischen Partei.

9. Die kommunistische Partei hat eine revolutionäre Vergangenheit. Sie steht in den besten Traditionen der revolutionären und marxistischen Arbeiterbewegung, des Bundes der Kommunisten, der Internationalen Arbeiterassoziation, der frühen II. Internationale und der Kommunistischen Internationale. Sie bekennt sich zur revolutionären und positiven Rolle und zur historischen Bedeutung des Sozialismus des 20. Jahrhunderts in der UdSSR und dem sozialistischen Teil Europas, also dem sozialistischen Weltsystem in seiner Gesamtheit. Dabei stellen wir als deutsche Kommunisten fest, dass die Deutsche Demokratische Republik das Beste war, was die revolutionäre Arbeiterklasse

in Deutschland in ihrer Geschichte hervorgebracht hat. Die kommunistische Partei sieht im Opportunismus und Revisionismus und in seiner Hauptkampfform, dem Antistalinismus, die Hauptursache für die Niederlage des Sozialismus im Weltmaßstab. Sie verzichtet aber nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen. Sie gewinnt Erkenntnisse für die Gegenwart, indem sie das Gute bewahrt und aus Fehlern lernt. Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist, den Marxismus-Leninismus anzuwenden, schöpferisch weiterzuentwickeln und gegen den Revisionismus und „linken Radikalismus“ zu verteidigen.

10. Die kommunistische Partei ist die Partei der Zukunft. Ihre Existenz ist von zentraler Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterbewegung. Ohne sie wird es nicht möglich sein, den zerstörerischen Kapitalismus effizient zu bekämpfen und zu besiegen. Sie ist eine Notwendigkeit, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll. Die kommunistische Partei gibt die orientierende Antwort auf die Fragestellung: Sozialismus oder Barbarei.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Über die Jahre hinweg haben sich unsere Hauptforderungen im Kapitalismus nicht geändert. Im heutigen reaktionären System kämpft die KPD um folgende konkrete Forderungen:

- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 2.500 Euro (15,00 Euro/Stunde);
- die 35-Stunden-Woche mit dem schrittweisen Übergang zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich;
- den gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Anhebung der Löhne in den neuen Bundesländern an die in den alten Bundesländern;
- das Verbot von Leiharbeit, weg mit ALG 2 und Bürgergeld;
- eine umfassende kostenlose medizinische Versorgung;
- die Senkung des Rentenalters wieder auf 65 für Männer und 60 für Frauen und Herstellung der Rentengerechtigkeit Ost/West sowie die Aufhebung von Strafrenten;

- den Stopp von Privatisierungen und die Rekommunalisierung von ehemals öffentlichem Eigentum, Kommunalisierung von Wohnungen;
- Rückführung der Deutschen Bahn in Staatseigentum und Einführung kostenloser Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel von allen sozial Schwachen;
- Abschaffung des privaten und Wiederstellung des staatlichen Gesundheitssystems;
- Wiederherstellung des staatlichen Energiesektors;
- Ausbau eines an den Bedürfnissen der Bürger ausgerichteten öffentlichen Dienstes.

Die KPD fordert

- den sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und Abzug aller Bundeswehrsoldaten aus dem Ausland;
- das Verbot des Einsatzes und der Lagerung von Atombomben auf deutschem Boden;
- das Verbot des Einsatzes und Produktion bewaffneter Drohnen und Streubomben;
- den Stopp der Rüstungsproduktion und Umwandlung in sinnvolle zivile Produktion;
- die Umverteilung des Rüstungsetats zu Gunsten der Bereiche Bildung und Soziales;
- die Abschaffung der EU-Eingreiftruppe;
- den Austritt Deutschlands aus der EU und der NATO;
- die Einhaltung internationaler Abrüstungsverträge über die Ächtung bestimmter Waffen!

Außerdem fordern wir:

- das Recht auf politischen Streik bis hin zum Generalstreik;
- die Erhöhung der Rechte der Gewerkschaften und Betriebsräte;
- das Verbot von Schnüffel- und Online-Durchsuchungen;

- den Stopp der Angriffe auf das Versammlungsrecht; die Abschaffung des Paragraphen 129a und b StGB (Vorwurf zur Bildung einer terroristischen Vereinigung),
- die Beendigung der Diskriminierung ehemaliger Staatsträger der DDR sowie die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der ehemaligen DDR-Bürger, auch wenn dies nur politisch ideologisch möglich ist;
- die Aufhebung des KPD-Verbots von 1956 und Rehabilitierung und Entschädigung aller politisch Verfolgten in der damaligen BRD, für die Legalität aller kommunistischen Parteien und Organisationen;
- das Verbot des Bundeswehreinsetzes im Innern;
- das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen;
- das Verbot der Diskriminierung von Migranten und Asylsuchenden!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wie wir alle wissen, sind wir eine kleine Partei. Viele Mitglieder sind vor Ort alleine. Die Diskussion über Strategie und Taktik unserer Partei, über den Charakter des Ukraine-Krieges hat auch zu zahlenmäßigen Verlusten in unserer Partei geführt. Austritte tun weh, disziplinarische Maßnahmen sind bei Disziplinlosigkeit notwendig.

Einige zeigen nach dem Verlassen der KPD ein widersprüchliches Bild. In Chatgruppen werden kindische Bildchen mit antikommunistischem Inhalt verteilt. Dafür werden die sozialen Medien missbraucht. Über internationale Kontakte werden Lügen verbreitet. Solche öffentlichen Stellungnahmen halten einem Vergleich mit ihrem Tun nicht Stand.

Was soll am Diskreditieren der KPD und einzelner Funktionäre denn revolutionär sein? Was soll am Herabwürdigen anderer Organisationen uns denn nach vorne bringen? Lügen haben kurze Beine.

Politisch ideologische Differenzen werden in der KPD geklärt. Nicht außerhalb.

Trotz aller Hindernisse, trotz aller Anwürfe, wir werden die KPD weiterentwickeln.

## Liebe Genossinnen und Genossen

Wir haben im Berichtszeitraum, trotz der Einschränkungen durch Corona, trotz politisch-ideologischer Diskussionen ein zu beachtendes Parteileben organisiert.

Die Landesorganisationen, Regionalorganisationen und Zellen arbeiten auf der Grundlage von Arbeitsplänen. Die jährlichen Schwerpunkte waren dabei, die Teilnahme mit Info-Tisch an der Rosa-Luxemburg-Konferenz, die Ehrungen zum Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit Teilnahme an der LLL-Demo, die Ehrungen ermordeter Kommunisten und Antifaschisten, wie z.B. Dr. Theodor Neubauer und Magnus Poser, das Gedenken an die illegale Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 nach der Machtübergabe an Hitler, die Ehrung von Ernst Thälmann zu seinem Geburtstag und Todestag, die Ehrung von John Scheer und Genossen, z.B. Erich Steinfurt, die Ehrungen zu den Jahrestagen der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald, die Teilnahme am so genannten „Elbe-Day“ in Torgau zur Erinnerung an den historischen Handschlag zwischen den Soldaten der Roten Armee und der US-Army auf der Brücke von Torgau, die Veranstaltungen zum 1. Mai, die Veranstaltungen zum Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und zum Tag des Sieges, verschiedene Ehrungen von Opfern des Faschismus, die Teilnahme von Genossen an der Hauptfeindkonferenz, die Infostände zum Weltfriedenstag am 1. September, die Teilnahme an der Veranstaltungsreihe „La Commune“ zur Einheit der Kommunisten, Veranstaltungen zum Jahrestag der Gründung der DDR und die Teilnahme mit Infotisch an der linken Literaturmesse. In den Regionen wurde auch an Aktivitäten der Friedensbewegung teilgenommen. Zu den Aktivitäten gehörten auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in den Ländern. Zu nennen ist hier das KAD Dresden, die Bündnisse in Sachsen-Anhalt, in Berlin, in Thüringen, in Bayern, das Engagement der Gruppe Waterkant rund um die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte und die Bündnisarbeit in Frankfurt/Oder. Besonders zu erwähnen ist das Engagement unserer Leipzig Genossen, die mit verschiedenen Bündnissen zusammenarbeiten und mithelfen, unsere Partei zu entwickeln. Auch über die Grenzen hinweg sei die Aktivitäten der sächsischen Genossen mit dem RFB und das Treffen in Mala Upa zu nennen. Weiterhin haben Genossen in der jüngsten Zeit an Demonstrationen gegen die AFD und an Bauernprotesten teilgenommen.

Eine wichtige Aktivität unserer Partei ist auch die Bildung. So organisieren unsere Leitungsfunktionäre Frank Flegel und Jürgen Geppert das marxistisch-leninistische Fernstudium von KPD und offen-siv. Über die Parteigrenzen hinaus wird dort marxistisch/leninistisches Wissen vermittelt. Weiterhin nimmt diese Initiative maßgeblich Einfluss auf Bildungsarbeit. Denn über die Ideologische Kommission werden die Schwerpunkte für die Bildungsarbeit ausgearbeitet. Selbstkritisch müssen wir uns eingestehen, dass die Umsetzung vor Ort manchmal noch zu wünschen übriglässt.

Im letzten Jahr haben wir ein kleines Jugendtreffen durchgeführt. Es war das Ergebnis unseres Beschlusses, ein größeres Augenmerk auf die Jugendarbeit zu lenken. Leider müssen wir nach anfänglichen Erfolgen resümieren, dass wir heute wieder am Anfang stehen. Wir müssen nach unserem Parteitag wieder einen neuen Anlauf nehmen und die jungen Genossen unserer Partei zusammenbringen, um die Jugendarbeit wieder anzukurbeln.

Ein großer Schwerpunkt ist das Sammeln von Unterstützungsunterschriften zur Teilnahme an den Landtagswahlen in Sachsen. Ein großer Dank an unsere sächsischen Genossen für das unermüdliche Sammeln und das motivieren von Verbündeten, uns zu unterstützen. Die Genossen werden vermutlich nachher noch kurz über den Stand der Unterschriften-Sammlung berichten. Ich hoffe, dass wir mit einer ausreichenden Anzahl an Unterstützungsunterschriften die Teilnahme an der Wahl sichern und unseren Parteienstatus für weitere 6 Jahre absichern können.

Selbstkritisch müssen wir auch über die Schwächen in unserer Arbeit sprechen. Grundsätzlich bleibt das Problem, dass aktive Genossen oft sehr hoch belastet sind, Doppelfunktionen ausfüllen müssen. Manchmal gelingt es uns nicht, unsere Arbeitspläne einzuhalten. Leider kommt es in der jüngsten Zeit immer wieder vor, dass Problemstellungen in die Partei getragen werden und die Lösung zerredet wird. Argumente werden ständig wiederholt. Zum Beweis der Richtigkeit werden ellenlange Texte verbreitet, die aber zu 99% keine neuen Erkenntnisse oder Argumente enthalten. Als Vorsitzender habe ich sehr oft das Gefühl, dass Diskussionen hinter den Kulissen stattfinden. Das schadet unserer Partei. Die Diskussionen haben in unseren Gremien stattzufinden.

Leider kommt es auch zu oft zu individuellen Überhöhungen von Meinungen. Ein gewisser Narzißmus ist zu verspüren. Vor allem jüngere Genossen treten teilweise auf, als wenn sie die Weisheit mit Löffeln gefressen hätten.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich kann es leider nicht anders formulieren: wir haben ein Problem mit der Disziplin. Kollektivität scheint für einige ein Fremdwort. Politisch-ideologische Diskussionen werden mit persönlichen Beleidigungen gemixt. Es muss festgestellt werden, dass das Vertrauen der Genossen untereinander in der Führung der KPD dadurch stark leidet.

Uns als KPD ist klar, dass ein Merkmal des Kapitalismus der Individualismus ist. Der hat aber in einer kommunistischen Partei nichts zu suchen. Wir sind ein Bund Gleichgesinnter. Die kollektive Entscheidung und die kollektive Weisheit sind unsere hohen Güter. Ich fordere alle Mitglieder und Funktionäre dazu auf, das für die zukünftige Arbeit zu berücksichtigen.

Wir können unsere Öffentlichkeitsarbeit nicht verbessern, wenn wir wie ein Haufen auftreten, in dem jeder machen kann, was er will. Und die Öffentlichkeitsarbeit ist nun mal die Arbeit, die uns Mitglieder bringt und die unsere Partei sich entwickeln lässt.

Wir müssen unsere Arbeit in den sozialen Medien verbessern und wir müssen wieder mehr auf die Straße.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das wichtigste Organ, was wir haben, ist unsere Monatszeitung „Die Rote Fahne“. Hier informieren wir unsere Mitglieder und Sympathisanten. Man kann sie an einigen Zeitungständen kaufen und sie liegt an jedem Infostand aus.

Unter großen Mühen konnten wir die Qualität des Inhalts hochhalten. Wir freuen uns über die Unterstützung jüngerer Genossen in der Redaktion und das Bemühen, die Zeitung so auszugestalten, dass sie für ein interessiertes Publikum lesenswert bleibt. Auch auf der technischen Seite wurde gearbeitet. Nach dem Wegfall einer Druckerei konnte umgehend eine neue gefunden werden. Durch rechtzeitigen Einkauf von Papier konnte bei den immer steigenden Preisen ein ökonomischer Ansatz gefunden werden. Trotzdem kamen

wir an einer Preisanpassung nicht vorbei. In der Redaktion wird in Zukunft auch noch mal diskutiert werden müssen, wie die Belieferung von Zeitungsständen aufrecht zu erhalten ist, wenn der finanzielle Rücklauf so gering bleibt wie bisher.

Die Arbeit der Redaktion beruht auf regelmäßigen Sitzungen, die dank der Technologie der Videokonferenzen im organisatorischen Sinn wesentlich vereinfacht werden konnten.

Verbesserungswürdig ist das Erscheinen der DRF. Es muss uns mit gewissen Anstrengungen gelingen, das Erscheinen der DRF rund um den Ersten eines Monats zu sichern.

Besonders gewürdigt werden muss, dass unsere jüngeren Genossen bestrebt sind, den Autorenpool zu vergrößern. Eine gewisse Anzahl an Artikel ist einfach notwendig, um die DRF interessant und informativ zu füllen und die ideologische Linie beizubehalten. Jeder Genosse, der dazu in der Lage ist, Artikel über das Parteileben oder über aktuelle Themen zu schreiben, ist aufgerufen, seine Beiträge der DRF zur Verfügung zu stellen.

Und noch etwas Herausragendes ist hier aufzuzeigen. Die DRF ist die einzige Zeitung, die ohne antikommunistische Anwürfe über die Entwicklung der Demokratischen Volksrepublik Koreas berichtet und über Beschlüsse und Veröffentlichungen des Landes und der Partei der Arbeit Koreas sowie des Genossen Kim Jong Un informiert. Wir bedanken uns an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit mit der Botschaft der DVRK und für das Bereitstellen von Infomaterial.

Um die genannte Arbeit erfolgreich weiterzuführen, werden wir auf der ersten Sitzung des ZK nach unserem Parteitag uns um die Aufstellung einer soliden Redaktion bemühen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Zusammenhang mit der Arbeit der DRF muss auch über die Arbeit an Werbemitteln berichtet werden. Auch hier geht wieder ein besonderes Lob nach Leipzig. Die Lesezeichen, Aufkleber und Flyer sind ein hervorragendes Werkzeug.

Daran anknüpfend muss über die Arbeit in den sozialen Medien berichtet werden. Auch hier ist es gelungen, die Arbeit auf den verschiedenen Plattformen zu harmonisieren und dafür zu sorgen, dass Berichte nicht willkürlich und wirr veröffentlicht werden und dadurch interessante Artikel und Informationen überlagert werden.

Auch unser Internetverantwortlicher muss gelobt werden. Seit 2013 wurde die Internetseite kontinuierlich und geräuschlos entwickelt. Für die nächste Etappe, das Format der Seite an die aktuellen Anforderungen anzupassen, sind die Grundlagen gelegt. Wir gehen davon aus, dass dies während der nächsten zwei Jahre umgesetzt wird.

Zusammenfassen ist zu sagen, dass für diesen Bereich eine allgemeine Planung erfolgen muss, um die einzelnen Plattformen miteinander zu verbinden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unsere Analysen zum Entstehen neuer imperialistischer Blöcke, dass zusammenführen von belastbaren Zahlen zeigt auf, dass die Gefahr von Kriegen steigt. Die atomare Bedrohung ist wieder aktuell.

Dies wird zu sozialen Spannungen führen. Wenn wir unserer Forderung nach einem neuen Anlauf zum Sozialismus gerecht werden wollen, brauchen wir eine starke, in den Massen verwurzelte kommunistische Partei auf Grundlage der Lehren von Marx, Engels und Lenin. Die KPD nimmt aktiv an diesem Formierungsprozess teil.

Neben dieser Formierung der Kommunistischen Partei ist es notwendig ständig zu prüfen, wie eine Politik der Einheitsfront, der Aktionseinheit aller antikapitalistischen Kräfte in sozialistischen und kommunistischen Parteien, in linken Organisationen der Arbeiterklasse und Gewerkschaften sowie mit diesen Organisationen, aber auch die Bündnispolitik mit allen antifaschistisch-antiimperialistisch-demokratischen und Friedenskräften ein fester Bestandteil der Politik der Kommunistischen Partei sein kann, um dem Ziel des Sozialismus näher zu kommen.

Natürlich muss hier kritisch festgestellt werden, dass das Sich-Annähern unter den kommunistischen Parteien und Organisationen eher stagniert. Ein Wille zur gemeinsamen Aktion und zur Einigung ist nur auf lokaler Ebene spürbar. Gespräche auf Leitungsebene finden nicht statt. Die einzige Organisation, mit

der es eine ernst zu nehmende Verbindung gab, war die KO. Leider ist diese nach einer Spaltung dieser Organisation nur zu einem Teil der KO geblieben, die regelmäßig an unseren ZK-Sitzungen teilnahm. Der andere Teil der KO nahm unser Angebot, auch einen Vertreter zu unseren Leitungssitzungen zu entsenden, nicht an.

Als KPD muss hier noch mal auf eine Problemstellung hingewiesen werden: Churchill sagte einmal, zu seiner Meinung zu kommunistischen Parteien befragt, dass er der Meinung ist, es könne nicht genug von ihnen geben. Diese Aussage mahnt uns bei unserem richtigen Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus auch, diesen Kampf nicht zum Selbstzweck verkommen zu lassen. Dieser Kampf ist klug zu führen. Drei Parteien und zig Organisationen, die einen kommunistischen Anspruch formulieren, sind nicht gerade ein Ruhmesblatt für unsere politische Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Nun zu unserer internationalen Arbeit.

Wir pflegen die jahrzehntelange Tradition unserer Verbindung zur DVRK und zur PdAK. Mehrere Grußschreiben im Jahr an Genossen Kim Jong Un zu Höhepunkten des Landes und der Partei sind Ausdruck der Solidarität mit der DVRK und der Bewahrung des Sozialismus in diesem Land. Hierfür verfassen und veröffentlichen wir auch regelmäßig Artikel, in dem die großen Söhne des koranischen Volkes Genosse Kim Il Sung und Genosse Kim Jong Il gewürdigt werden. Regelmäßig kommen auch Grußschreiben der PdAK an uns. Genossen unserer Partei besuchen die DVRK und überzeugen sich vor Ort vom sozialistischen Aufbauwerk des koreanischen Volkes.

Vor wenigen Wochen besuchten wir unsere Freunde von der KPTsch in Prag. Dabei war natürlich erkennbar, dass der Zustand der kommunistischen Bewegung und der kommunistischen Partei in Tschechien genauso kompliziert ist wie hierzulande. Weil der Vorsitzende als unabhängiger Wahlbeobachter im Donbass verweilte, wurde ein Strafbefehl durch die Ukraine erlassen. Aus diesem Grund findet er im Moment Zuflucht in Moskau und leitet von dort die Partei. Er bot an, die Zusammenarbeit zu vertiefen und den Erfahrungsaustausch vor allem mit der KPD weiter auszubauen. Wir werden dieses Angebot nach dem Parteitag im ZK prüfen und diskutieren.

In der Vergangenheit ist die Verbindung zu anderen kommunistischen Parteien über die internationale Kommission leider zum Erliegen gekommen. Dies lag wohl in einem hohen Maße an der mangelnden Leitungstätigkeit der ehemaligen Vorsitzenden. Diese wurde im letzten Jahr aus der KPD ausgeschlossen. Tiefgreifende politisch-ideologischen Differenzen und mangelnder Wille, Entscheidungen des ZK zu respektieren, führen zu diesem Schritt.

Unserem Antrag, Mitglied bei Solidnet zu werden, ist im Moment noch im Bearbeitungsstatus. Wir gehen davon aus, dass nach unserem Parteitag die neue internationale Kommission eine weitere Anfrage zum Stand der Aufnahme versenden wird. Während der Zeit der dortigen Antragsbearbeitung hat die KPD eine ganze Reihe von Erklärungen mit unterzeichnet, die aus dem Kreis von Solidnet initiiert worden sind.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Den Delegierten liegen die Finanzberichte für die gesamte Partei und „Die Rote Fahne“ für die letzte Legislatur vor. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sind durch die Mitgliederverluste der letzten Zeit stark gesunken. Wir müssen diesen Trend schnellst möglich umdrehen, damit wir wieder ausreichend Beiträge generieren. Gleichzeitig müssen wir die aktuelle Finanzlage im Blick behalten. Unter gewissen Umständen müssen wir auch diskutieren, ob das Parteibüro in dieser Konstellation noch aufrechterhalten werden kann.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zum Schluss möchten wir an dieser Stelle noch unserem langjährigen Sekretariatsmitglied und Hauptkassiererin Genossin Inge Müller danken. Leise, der Partei immer treu ergeben, mit hoher Fachkompetenz, hat Inge unsere Finanzen geordnet. Aus gesundheitlichen Gründen und ihrem Alter geschuldet hatte sie schon seit geraumer Zeit gebeten, sie zu entlasten. Ich freue mich sehr, dass der Übergang auf unseren neuen Hauptkassierer so wunderbar geklappt hat. Von unserem Parteitag aus senden wir Genossin Inge Müller herzliche Kampfesgrüße.

Selbstverständlich möchte ich hier auch meinem Stellvertreter besonders danken, der mich Anfang unserer Legislatur hervorragend vertreten hat und als Vorsitzender der Ideologischen Kommission einen wesentlichen Anteil daran hat, die ideologische Klarheit in unserer Partei zu stärken. Dank an das Sekre-

tariat. Dank an unseren Hauptkassierer für die geräuschlose Übernahme dieser so wichtigen Funktion. Großen Dank auch an das bestehende ZK. Ich denke, dass wir mit all unseren Entscheidungen unsere personellen Verluste kompensieren und mit der Berufung von Mitgliedern in verschiedene Kommissionen die Arbeit verbessern konnten.

Ich möchte auch noch unserem Landesvorsitzenden in Berlin danken, der in so jungem Alter, relativ auf sich alleine gestellt, gemeinsam mit seinem Stellvertreter die Reorganisation der Parteiorganisation vorgenommen hat. Das verdient unseren Respekt.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir bekräftigen zum Abschluss unseres Berichts, wie die Jahre zuvor, noch einmal unser Grundsätze und stellen fest:

Die höchste Stufe des Kapitalismus ist der Imperialismus. Imperialismus bedeutet Krieg. Es ist seine Charaktereigenschaft. Wir erleben sein höchstes Stadium und zugleich das seines Verfalls. Seine Widersprüche spitzen sich zu mit verheerenden Auswirkungen für die Mehrheit der Menschen, mit der Zerstörung der Umwelt, der zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen zur ungestörten Aneignung und Beherrschung der wichtigsten Ressourcen anderer Länder durch imperialistische Hauptmächte mit der Tendenz eines Weltkrieges.

Wir leben nach wie vor in der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Wir leben also am Scheideweg. Sozialismus oder Barbarei. Unsere Aufgabe ist, mit der Formierung einer geeinten Kommunistischen Partei und dem Rüstzeug unserer wissenschaftlichen Weltanschauung die Arbeiterklasse zur Klasse zu organisieren. Vereint mit allen antiimperialistischen/antifaschistischen demokratischen Kräften ist es unsere Aufgabe, an den heutigen sozialen Kämpfen teilzunehmen und einen neuen Anlauf zum Sozialismus zu wagen.

Ich wünsche uns eine fruchtbringende Diskussion.

Rot Front!

## **ZK der KPD: Thesen des Zentralkomitees für den XXXII. Parteitag am 25. Mai 2024**

Auf der Grundlage unseres Statuts wurde der XXXII. Parteitag zum 25. Mai 2024 in Berlin einberufen.

Auf diesem Parteitag wurden die Thesen für die weitere politisch - ideologische Arbeit beschlossen.

**I.** Unser Programm, dass auf dem XXV. Parteitag unserer Partei am 21. April 2007 beschlossen wurde, ist auch weiterhin grundlegend richtungsweisend für die politische Arbeit. Da die gesellschaftlichen Verhältnisse sich rasant entwickelt haben, ist aber eine Überarbeitung einzelner Passagen notwendig.

**II.** Die derzeitige politische Situation in Deutschland und der Welt verlangt von uns einen klaren und eindeutigen Klassenstandpunkt, der auf der Grundlage des Marxismus/Leninismus basiert. Um diesen Kampf zu bestehen, muss eine ständige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Revisionismus in all seinen Erscheinungsformen erfolgen. Das betrifft den ständigen Kampf gegen Angriffe des Revisionismus von außen gegen unsere Partei, aber wir dürfen auch nicht zulassen, dass er sich in unsrer Partei ausbreitet. Deshalb erfordert auch der Kampf gegen den Antistalinismus unser aller Engagement. Der Kampf gegen den Antistalinismus ist deshalb erforderlich, weil uns durch ihn unsere theoretischen Grundlagen entzogen werden sollen.

Der Charakter unserer Geschichtsepoche vom Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus wird nach der Jahrhundertkatastrophe der Konterrevolution in Europa zur Zeit vom Handeln des Imperialismus bestimmt. Die führenden imperialistischen Blöcke, allen voran NATO und BRICS, nehmen auf die Politik und Wirtschaft kleinerer Staaten großen Einfluss, was die Bourgeoisie dieser Staaten dazu zwingt, eigenen Bestrebungen nach Expansion nachzugeben. Die damit verbundene imperialistische Konkurrenzsituation, in der es um Rohstoffe und Absatzmärkte geht, verschärft sowohl die Widersprüche als auch die Kriegsgefahr zu Lasten der Arbeiterklasse und vermindert somit jeden sozialen Fortschritt.

Die innerimperialistischen Widersprüche haben sich dermaßen verschärft, daß lokale und regionale Kriege das Geschehen weltweit beherrschen. Somit ist die Gefahr eines dritten Weltkrieges allgegenwärtig. Der deutsche Imperia-

lismus setzt verstärkt auf Militarisierung und auf die Einschwörung des ganzen Volkes auf diesen Krieg. Im Bündnis mit den USA und der NATO wurden Russland und China als Feinde ausgewiesen. Auf der ideologischen Ebene soll dieses Gedankengut in der Bevölkerung verwurzelt werden.

**III.** Diese Entwicklung erfordert eine ständige Auseinandersetzung mit der imperialistischen Politik Deutschlands und die Festigung parteilicher Positionen zu Fragen der nationalen und internationalen Politik. Dabei dürfen persönliche Meinungen und revisionistisches Gedankengut keinen Einfluss auf die Politik der Partei haben. Die Verhinderung eines dritten Weltkrieges muss der Hauptinhalt unserer politischen Arbeit sein. Dabei gilt: Der deutsche Imperialismus ist der Hauptfeind im Ringen um Frieden und sozialen Fortschritt.

Bei der Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Parteien und Organisationen machen die Differenzen über die Analyse der aktuellen Situation des Imperialismus ebenso Probleme wie der oftmals reine Pazifismus der Friedensbewegung. Wir müssen hierbei unser marxistisches Gedankengut in den Vordergrund stellen, ohne uns sektiererisch zu verhalten. Bündnisse, also über das tagespolitische Geschehen hinausgehende, längerfristige Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften oder Parteien, die in der konkreten Angelegenheit das gleiche Ziel verfolgen, sind notwendig. Wir dürfen in solchen Bündnissen aber niemals auf die marxistisch-leninistische Propaganda verzichten, denn das würde die Tür für den Opportunismus öffnen. Ebenso verhält es sich mit der Aktionseinheit, also einem kurzzeitigen Zusammengehen mit anderen Kräften zur Durchsetzung tagesaktueller Forderungen.

Die Beschlüsse des Parteitages bestimmen die zukünftige politische Entwicklung unserer Partei. Unser Ziel ist eine einheitliche kommunistische Partei in Deutschland, die auf der Grundlage des Marxismus/Leninismus steht.

**IV.** Parallel zur Vorbereitung unseres Parteitages finden ebenfalls die Vorbereitungen zur Teilnahme der KPD an den Landtagswahlen in Sachsen statt. Die Öffentlichkeitsarbeit dazu ist auf das Erreichen unseres Zieles zur entsprechenden Sammlung von Unterschriften gerichtet. Dabei soll die Publizität der Partei erhöht werden. Neue Mitglieder sollen den Weg zu uns finden.

**V.** Die vor uns stehenden Aufgaben erfordern von jedem Genossen seinen persönlichen Einsatz. Das Denken und Handeln muss auf die Stärkung der Partei gerichtet sein. Dafür bedarf es von jedem Standhaftigkeit, Mut und ein

hohes Maß an politischem Wissen. Das sich hervorheben und persönliche Meinungen schaden dem Gesamtinteresse. Die Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind richtungsweisend, um die politischen Ereignisse unserer Zeit zu analysieren und die richtigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

**VI.** Das gemeinsam mit offen-siv durchgeführte Fernstudium zum Erlernen der Grundlagen des Marxismus/Leninismus ist eine stabile Form der Verbreitung unserer wissenschaftlichen Weltanschauung. Nicht nur für junge Menschen ist diese Form der Bildung notwendig. Ältere Genossen können ihr Wissen auffrischen und zu neuen Erkenntnissen gelangen. In den Landesorganisationen muss darauf hingearbeitet werden, dass alle Kandidaten und neuen Mitgliedern unserer Partei an diesem Studium teilnehmen. Für ältere Genossen ist das Studium eine Form der innerparteilichen Weiterbildung.

**VII.** Grundsätzlich kommt es darauf an, unseren Klassenstandpunkt unbeirrt zu vertreten. Die KPD ist innerhalb der kommunistischen Bewegung eine Partei, die in Deutschland diesen Weg kompromisslos geht. Unser Ziel ist die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, also des Kapitalismus, die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Arbeiterklasse, damit der Gesamtgesellschaft, und die Produktion nach einem gemeinschaftlich aufgestellten Plan. Die Bekämpfung einzelner sozialer Ungerechtigkeiten oder die Forderungen nach mehr Demokratie und Gerechtigkeit können dieses Ziel niemals ersetzen. Denn unser Ziel bleibt nicht bei einer kleinen Reform stehen, unser Ziel ist der Kommunismus. Und unsere Losung heißt: „Die KPD lebt“.

**Beide Dokumente wurden vom Parteitag bestätigt.**

## Tagung der Europäischen Kommunistischen Aktion

### **Red. offen-siv: Vorbemerkung zu diesem Schwerpunkt**

Die „Europäische Kommunistische Aktion“ wurde nach dem Ende der „Europäischen Kommunistischen Initiative“ (EKI) gegründet. Der „Europäischen Kommunistischen Initiative“ gehörten 29 europäische kommunistische und Arbeiterparteien an. Sie bestand vom 1. Oktober 2013 bis zum 9. September 2023 und war in das „Internationale Treffen Kommunistischer und Arbeiterparteien“ eingegliedert. Die Auflösung der „Europäischen Kommunistischen Initiative“ erfolgte wegen schwerwiegender inhaltlicher Differenzen vor allem bezüglich des Krieges in der Ukraine, sprich wegen Differenzen in der Einschätzung des Wesens und des Charakters des Imperialismus, aber es gab auch Differenzen bezüglich des Staats- und Klassencharakters Chinas.

Am 18. November 2023 gründeten zwölf Parteien, davon neun der aufgelösten Organisation, in Athen die „Europäische Kommunistische Aktion“. Bei Interesse findet Ihr ihre Gründungserklärung auf der Internet-Seite der KKE.

Am 11. Mai 2024 fand in Madrid eine Konferenz der „Europäischen Kommunistischen Aktion“ statt zum Thema: „Historische Schlussfolgerungen aus den Taktiken der antifaschistischen Fronten. Der heutige Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus.“

Die Internationale Kommission der KPD schrieb dazu:

„Die Frage nach dem, was Faschismus ist, bleibt auch 79 Jahre nach dem Sieg über den Hitler-Faschismus präsent. Als KPD haben wir uns letztes Jahr im Rahmen des Jugendcamps mit dem Themenkomplex auseinandergesetzt. Hierzu haben wir Texte des 6. und 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale gelesen, sowie die bekannte Definition des bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff und Texte des britischen Kommunisten Rajani Palme Dutt studiert. Wir lernen in der Auseinandersetzung mit diesen Klassikern Grundsätzlichkeiten der Bündnispolitik, der Rolle der Sozialdemokratie und letztendlich auch über den Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus.

Besonders die unterschiedlichen und falschen Anwendungen der Volks- und Einheitsfronttaktik führte nach dem Ende des 2. Weltkriegs zu strategischen

Ableitungen, die zu einer massiven Degeneration von Kommunistischen Parteien und zum Aufkommen einer revisionistischen Strömung, die wir heute unter dem Namen „Euro-Kommunismus“ kennen, führte.

Wir sind daher sehr erfreut zu sehen, dass die Europäische Kommunistische Aktion und ihre Mitgliedsparteien sich nun diesem wichtigen Themenkomplex annahmen und eine Konferenz in Madrid unter dem Motto „*Historische Schlussfolgerungen aus der Taktik der antifaschistischen Fronten. Der zeitgenössische Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus*“ abhielten.“

Wir dokumentieren im Folgenden die Beiträge von 10 Parteien.

### **Redaktionelles:**

Quelle der Texte: k-p-d-online. Übersetzung der Texte ins Deutsche: Internationale Kommission der KPD.

Die Reihenfolge der Texte ist rein zufällig vorgenommen worden und stellt keine Wertung dar.

Im Anschluss an die Beiträge der Konferenz findet Ihr einen Textauszug aus den Tagebüchern Dimitroffs, der die Diskussion und Beschlüsse einer Zusammenkunft von hohen Funktionären des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (Dimitroff, Molotow, Shdanow, Stalin) Anfang September 1939, also unmittelbar nach Beginn des II. Weltkrieges, dokumentiert. Das Thema war die Einheits- und Volksfrontpolitik.

## **Eröffnungsrede der Kommunistischen Partei der Arbeiter Spaniens**

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Arbeiter Spaniens und seiner gesamten Mitgliedschaft heißen wir die Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien der Europäischen Kommunistischen Aktion in Madrid willkommen und grüßen die Delegationen, die aus ihren Ländern an diesem Treffen teilnehmen, herzlich.

Für die PCTE ist es eine Ehre, Gastgeber dieses wichtigen Treffens zu sein, das organisiert wird, um ein Thema zu diskutieren, das leider wieder aktuell geworden ist: der Kampf gegen den Faschismus und die Strategie der kommunistischen Parteien.

Vor fast 88 Jahren wurde die Stadt, in der wir dieses Treffen abhalten, zur Welthauptstadt des antifaschistischen Kampfes. Tausende von kommunistischen Aktivisten standen an der Spitze der antifaschistischen Arbeiterklasse, und mit ihnen folgten Tausende von Männern und Frauen aus verschiedenen Ländern dem Aufruf der Kommunistischen Internationale und schlossen sich der Internationalen Brigade an, wobei sie alles zurückließen, was sie besaßen.

Die Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens möchte dieses Treffen nutzen, um den „Freiwilligen für die Freiheit“, den Protagonisten eines der heldenhaftesten Beispiele des proletarischen Internationalismus in der Geschichte, eine feierliche Ehrung zu erweisen.

#### Die aktuelle Debatte über den Faschismus.

Die aktuellen Bedingungen des Klassenkampfes erfordern, dass die kommunistischen und Arbeiterparteien in der Lage sind, Schlussfolgerungen aus dem antifaschistischen Kampf zu ziehen.

Die Würdigung und Anerkennung des heroischen kommunistischen Kampfes gegen den Faschismus sind nicht unvereinbar mit der kritischen Analyse unserer historischen Erfahrung. Für die PCTE gibt es keine größere Würdigung der antifaschistischen Kämpfer von gestern, als die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, um heute effektiver gegen den Vormarsch der Reaktion zu kämpfen.

Unsere Analyse stützt sich auf die bewährte leninistische These, dass der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus, in allen Bereichen zur Reaktion neigt. Wie unsere Parteien angeprangert haben, wächst die Gefahr einer Verallgemeinerung des imperialistischen Krieges, angetrieben durch die zyklischen Krisen des Kapitalismus und durch den Beginn einer neuen Phase in der zwischenimperialistischen Auseinandersetzung. Die Bourgeoisie eines jeden Landes rüstet auf und schließt ihre internationalen Bündnisse mit dem Ziel, die Position ihrer Monopole im Kampf um die politische und wirtschaftliche Ausbeutung der Welt, um die Kontrolle der Exportmärkte, der Rohstoff-

quellen, der Einflussphären und der Kapitalinvestitionen sowie um die Kontrolle der Warentransportwege zu verbessern.

Diese Auseinandersetzung manifestiert sich auch auf politischer und ideologischer Ebene. Die Bourgeoisie eines jeden Landes versucht, die Arbeiterklasse auf die imperialistische Seite zu ziehen, der sie angehört. Überall nehmen Nationalismus und Chauvinismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu. Und in allen imperialistischen Ländern und zwischenstaatlichen Gewerkschaften werden neue Kontroll- und Unterdrückungsmechanismen erprobt, wobei die ausgefeiltesten Technologien und die neuesten Fortschritte der künstlichen Intelligenz eingesetzt werden.

Die Reaktion manifestiert sich nicht nur in dem Versuch, die Arbeiterklasse im Rahmen des imperialistischen Krieges der jeweiligen Bourgeoisie unterzuordnen. In jedem Land versucht die Bourgeoisie auch, die Arbeiterklasse zu disziplinieren.

In diesem allgemeinen Rahmen entstehen alle Arten von reaktionären und offen faschistischen Organisationen, die auch durch die Verarmung und Radikalisierung von Teilen des Kleinbürgertums angeheizt werden, die die Interessen der sie unterstützenden Teile der Bourgeoisie über ihre Medien zum Ausdruck bringen und sich mit ihnen verbinden, wodurch die Reproduktion der reaktionären und bürgerlichen Ideologie innerhalb der Arbeiterklasse verstärkt wird. Gleichzeitig bereiten sie Hand in Hand mit dem offiziellen Antikommunismus Schockkräfte vor, um die Arbeiterbewegung angesichts einer absehbaren Verschärfung des Klassenkampfes anzugreifen.

Fast 80 Jahre nach dem Großen Antifaschistischen Sieg der Völker bestätigen die Fakten, dass die kommunistischen und Arbeiterparteien gezwungen sind, sich auf neue und härtere Szenarien des Klassenkampfes vorzubereiten. Der Nazifaschismus wurde vor 79 Jahren besiegt, aber nicht das kapitalistische System, das ihn hervorgebracht hat und von dem er völlig untrennbar ist.

#### Die Charakterisierung des Faschismus und die Taktik der Volksfronten.

Die Bedingungen, mit denen die internationale kommunistische Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert war, verhinderten eine gründliche Debatte über die Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes. Die Auflösung der Kommunistischen Internationale, die Politik der imperialistischen Einkrei-

sung der Sowjetunion und der Länder, die den Sozialismus aufbauten, und die Entwicklung und Vertiefung der Krise der Internationalen Kommunistischen Bewegung verhinderten unserer Meinung nach einige Schlussfolgerungen, die heute nicht aufgeschoben werden können.

Innerhalb der Internationalen Kommunistischen Bewegung versteinerten die vom 7. Kongress der Internationale verabschiedete Charakterisierung des Faschismus und die Taktik der antifaschistischen Fronten oder Volksfronten.

Kommunistische Parteien, die nach dem Triumph der Konterrevolution zu Sozialdemokraten mutierten, entstauben heute die alten Handbücher und ordnen die Arbeiterklasse der Bourgeoisie unter. Angesichts des Vormarsches der Reaktion und des Wiederauflebens des Faschismus rufen sie die Arbeiterklasse zur antifaschistischen Einheit auf und bilden breite Fronten mit Sektoren der so genannten demokratischen Bourgeoisie, mit denen sie in vielen Fällen, wie in Spanien, in einer imperialistischen Regierung kollaborieren, die die Europäische Union und die NATO verteidigt, die nicht zögert, die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen und ihren Kampf mit der Härte zu unterdrücken, die die Arbeitgeber jederzeit verlangen.

In Spanien wird diese Position auf die eine oder andere Weise von Podemos, Sumar, der Vereinigten Linken, der PCE und der PSOE verteidigt. Sie berufen sich auf das antifaschistische Gedächtnis der Arbeiterklasse und des Volkes, um ihre Unterordnung unter die bürgerliche Politik zu verstärken, während sie alle die Interessen der Bourgeoisie in der spanischen Regierung verwaltet haben oder verwalten.

Um diesen Plänen erfolgreich entgegenzutreten und die organisatorische, politische und ideologische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse zu verteidigen, müssen die Kommunistische Partei und die Partei der Arbeit heute eine Reihe von Debatten führen, die unsere Partei wie folgt zusammenfasst:

- Die vom 7. Kongress der Kommunistischen Internationale gebilligte Charakterisierung des Faschismus. Unsere Partei hält es für falsch, die Bourgeoisie in zwei Teile zu trennen, einen reaktionären und einen demokratischen, und dabei die Rolle zu verbergen, die die Bourgeoisie als dominierende Klasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation spielt. In diesem Zusammenhang sollte man sich vor Augen halten, dass die Kommunistische

Internationale im Laufe der Jahre unterschiedliche Charakterisierungen des Faschismus verwendet hat.

- Infolgedessen ist unsere Partei der Ansicht, dass die Taktik der Volks- oder antifaschistischen Fronten in vielen Fällen einen Verzicht auf die Machtfrage bedeutete, was in der Folge die Ausrichtung der kommunistischen Parteien beeinflusste und zu einer Stärkung des Opportunismus und der Sozialdemokratie führte.

Die PCTE hat sich bemüht, die Geschichte des kommunistischen Kampfes in Spanien zu analysieren, die den Bruderparteien bekannt ist und deren Schlussfolgerungen wir auf verschiedenen Tagungen der Internationalen Kommunistischen Bewegung vermittelt haben und die zu einem großen Teil in unser Manifest-Programm eingeflossen sind.

#### Die Volksfront in Spanien und die Schlussfolgerungen der PCTE.

Die Ausrufung der Zweiten Republik am 14. April 1931 markierte einen Wechsel in der Form der kapitalistischen Herrschaft. Die dynamischsten Sektoren der Bourgeoisie unternahmen einen Modernisierungsschub, um die bürgerliche Macht neu zu organisieren und den spanischen Kapitalismus an die fortschrittlichsten Länder anzugleichen.

Die Teile der herrschenden Klasse, deren Interessen mit den eingeleiteten Reformen kollidierten, reagierten nach dem Ende der so genannten „zwei schwarzen Jahre“ (November 1933 bis Februar 1936) auf den Wahlsieg der Volksfront im Februar 1936, indem sie sich der faschistischen Lösung anschlossen. Sie hatten die ausdrückliche Unterstützung der nazifaschistischen Mächte und die Komplizenschaft der demokratischen kapitalistischen Mächte, die sich vor der Stärke der Arbeiterklasse fürchteten, die bereits im Oktober 1934 versucht hatte, die Macht zu übernehmen.

Der nationale revolutionäre Krieg der Arbeiterklasse und des spanischen Volkes gegen den Faschismus und die ausländische Intervention war die erste Schlacht des Zweiten Weltkriegs. Es war ein imperialistischer Krieg, dessen Ausbruch von der Kommunistischen Internationale nach der großen Krise der Überproduktion und der Kapitalakkumulation, die sich nach dem Börsenkrach von 1929 in der ersten Hälfte der 1930er Jahre entwickelte, vorausgesehen worden war. Wie schon im Ersten Weltkrieg setzten die verschiedenen Regie-

rungen ihre monopolistische Politik durch einen neuen Ausplünderungskrieg fort, der zu einer neuen Aufteilung der Welt führen würde.

Wie Jahre später andere kommunistische und Arbeiterparteien waren auch die PCE und die Kommunistische Internationale nicht in der Lage, eine Strategie zu formulieren, die den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus korrekt mit der Machtfrage verband.

Die Hauptfrage, die es nach dem Staatsstreich vom 18. Juli 1936 zu lösen galt, war nicht die Frage, welche Art der kapitalistischen Herrschaft - demokratisch oder faschistisch - für die Arbeiterklasse vorzuziehen war, sondern der Klassencharakter der Macht. Im republikanischen Spanien kam es zu einer revolutionären Situation, aber der Bourgeoisie gelang es über die republikanischen Parteien PNV, ERC und PSOE, die Macht unter Kriegsbedingungen zu erhalten.

Die so genannte „demokratische Bourgeoisie“ war sich, ebenso wie die demokratischen kapitalistischen Mächte, von Beginn des Krieges an über ihren Klassencharakter im Klaren. Dies zeigten die verschiedenen Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der übrigen Länder, die den verbrecherischen „Nichteinmischungspakt“ besiegelten. Auch die baskische und die katalanische Regierung, die mit anderen kapitalistischen Mächten verhandelten, um einen „Separatfrieden“ zu erreichen, und sogar der Präsident der Republik.

Isoliert von der Bourgeoisie, mit der Sozialdemokraten, Trotzisten und Anarchisten innerhalb der Arbeiterbewegung eng zusammenarbeiteten, führte die Entschlossenheit der PCE, bis zu den letzten Konsequenzen Widerstand zu leisten, und das Risiko eines revolutionären Ausgangs in der Endphase des Krieges schließlich zum Staatsstreich von Casado, der einen fast dreijährigen heldenhaften Kampf beendete. Die Partei hatte sich nicht darauf vorbereitet, den Kampf unter geheimen Bedingungen fortzusetzen.

Trotz der Bemühungen der Kommunistischen Internationale wurden nach der Niederlage im nationalrevolutionären Krieg keine Schlussfolgerungen aus den spanischen Erfahrungen gezogen, um den Machtkampf der Parteien, die dem Faschismus gegenüberstanden, fortzusetzen und zu lenken.

Der antifaschistische Kampf wurde vom Kampf für den Sozialismus-Kommunismus getrennt, unter dem Vorwand, ein Bündnis mit den „demokratischen“ Sektoren der Bourgeoisie zu schmieden.

Dieser strategische Fehler hatte schwerwiegende Folgen für die kommunistischen Parteien, in deren Ländern der antifaschistische Sieg nicht durch die direkte Beteiligung der Roten Armee errungen wurde.

### Einige Aspekte des gegenwärtigen Kampfes der Kommunisten gegen den Faschismus.

Auf der Grundlage unserer Analyse schlägt unsere Partei vor, dass die Europäische Kommunistische Aktion die folgenden Themen vertieft:

- Die intrinsische Beziehung zwischen Monopolkapitalismus und Faschismus. Es ist notwendig, dass unsere Parteien das gemeinsame Studium unserer Geschichte vertiefen und das Phänomen der Reaktion und des Faschismus, zu dessen spezifischen Erscheinungsformen der Antikommunismus gehört, richtig charakterisieren.
- Die Notwendigkeit, die organisatorische, politische und ideologische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse zu stärken. Wir sind der Meinung, dass diese Anstrengung die kommunistische Opposition gegen die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen, gegen die Beteiligung unserer Länder an den verschiedenen imperialistischen Bündnissen (Europäische Union, NATO usw.), gegen die Parteinahme im imperialistischen Krieg und für die Stärkung der Klassenanalyse des Krieges und gegen Kompromisse mit den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie unter dem Vorwand der antifaschistischen Einheit beinhaltet.
- Die Notwendigkeit, die kommunistischen Parteien durch ihre Verankerung in der Arbeiterklasse, insbesondere in der Industriearbeiterklasse, und ihre Organisation in den produktiven Gebieten wachsen zu lassen. Nur durch die Neuzusammensetzung der Arbeiterorganisation können wir eine proletarische Hegemonie projizieren, die allen Risiken der Ausbreitung und Förderung reaktionärer und faschistischer Tendenzen auf sozialer Ebene entgegentritt und sie neutralisiert.
- Die Notwendigkeit, die Einheit der Arbeiterklasse zu stärken, indem wir eine spezifische Politik gegenüber der migrantischen Arbeiterklasse definie-

ren, den Kampf gegen Rassismus und gegen Organisationen und Strömungen verstärken, die versuchen, die Spaltung unter verschiedenen Vorwänden zu fördern.

▪ Die Notwendigkeit, unsere Parteien auf neue und schwierigere Bedingungen im Klassenkampf vorzubereiten. Wir halten es für unerlässlich, unsere Kräfte zu bündeln, um die Krise zu überwinden, die die internationale kommunistische Bewegung durchmacht. Wir müssen unsere Anstrengungen vereinen, um den proletarischen Internationalismus und die Solidarität zwischen den Völkern zu stärken.

Für die PCTE ist der antifaschistische Kampf untrennbar mit dem Kampf für den revolutionären Sturz des Kapitalismus verbunden und muss zu jeder Zeit und an jedem Ort mit der Notwendigkeit verbunden sein, den Sozialismus-Kommunismus aufzubauen. Nur dann wird die faschistische Bedrohung enden. Nur so können wir garantieren, dass sie nicht vorbeiziehen werden!

## **Beitrag der Partei der Arbeit Österreichs**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir möchten uns bei der Kommunistischen Partei der Arbeiter Spaniens für die Organisation des Treffens der Europäischen Kommunistischen Aktion in Madrid bedanken. Das Thema des heutigen Treffens „Historische Schlussfolgerungen aus der Taktik der antifaschistischen Fronten. Der heutige Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus“ ist von außerordentlicher Bedeutung für das Verständnis der Politik vieler kommunistischer Parteien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und für die Entwicklung einer zeitgemäßen Strategie und Taktik kommunistischer Parteien heute.

Unter Bezugnahme auf die gescheiterten Revolutionen von 1848 in Europa und die anschließende Wiederherstellung der Herrschaft der Aristokratie schrieb Karl Marx: „*Auf eine halbe Revolution folgt immer eine volle Konterrevolution*“. Im Jahr 1917 erhoben sich die russischen Arbeiter und Bauern gegen die Herrschaft des Zaren inmitten des tobenden, mörderischen ersten imperialistischen Weltkriegs. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution folgte schließlich im Oktober 1917. Die Parolen lauteten „Frieden, Brot und Land“.

Auch in Österreich kam es nach dem Hungerwinter 1916/17 zu einer revolutionären Situation. Die ArbeiterInnen waren nicht mehr willens und in der Lage, die Folgen des Krieges zu ertragen. Inspiriert von der Februarrevolution in Russland, setzte sich das Proletariat in Bewegung. Die von den rechtsgerichteten sozialdemokratischen Führern verordnete Politik des Waffenstillstands geriet ins Wanken. Im Mai 1917 findet der erste große Streik der Industriearbeiter im Großraum Wien gegen den Krieg statt. 42.000 Arbeiter streiken. Die revolutionäre Situation in Österreich hatte drei Höhepunkte: im Frühjahr 1917, im Januar 1918, als mehr als 700.000 Arbeiter streikten, und im November 1918.

Allerdings gab es in Österreich keine revolutionäre Partei wie die der Bolschewiki in Russland, die die Situation für einen Vorstoß in Richtung Sozialismus nutzen konnte. Die revolutionären Arbeiter brachten schließlich die jahrhundertelange Herrschaft der Habsburger zu Fall. Die Bourgeoisie konnte jedoch ihre politische und wirtschaftliche Macht mit tatkräftiger Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei retten und im November 1918 wurde die Erste Republik ausgerufen.

Die Kommunistische Partei Österreichs, die ebenfalls kurz zuvor im November 1918 gegründet worden war, konnte die revolutionäre Situation nicht für sich nutzen und blieb in der Arbeiterklasse weitgehend isoliert. Das lag zum einen an einem gewissen Linksradikalismus in der Partei und zum anderen daran, dass die österreichischen Sozialdemokraten ihre opportunistische und rechte Politik sehr gut mit linker Phraseologie zu verschleiern wussten.

Als sich die Lage ab 1919 wieder zu stabilisieren begann, kam die

Reaktion ihrem selbst erklärten Ziel, die revolutionären Trümmer zu beseitigen, immer näher. Ab 1927 ging die Reaktion schließlich in die Offensive und begann, die Arbeiterbewegung herauszufordern und zu provozieren.

Die Sozialdemokratie tat nichts, um der Reaktion entgegenzutreten. Die drei Pfeile im Logo der österreichischen Sozialdemokratie, die für den Kampf gegen Faschismus, Klerikalismus und Kapitalismus standen, wurden umgedeutet in den Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Kommunismus.

Im Hinblick auf die zunehmenden Angriffe von Kapital und Staat in Komplizenschaft mit paramilitärischen, faschistischen Milizen riefen die Sozialde-

mokraten die ArbeiterInnen und insbesondere ihre eigene bewaffnete Formation, den Republikanischen Schutzbund, dazu auf, in Bereitschaft zu bleiben und die Sozialdemokratische Partei an den Urnen zu stärken.

Gelegentlich provozierte die Partei auch in unverantwortlicher Weise spontane Unruhen, indem sie in der parteieigenen Arbeiterzeitung zu Protesten aufrief, bei denen die eigenen Massenorganisationen passiv blieben und die Arbeiter von der Polizei von der Straße geprügelt oder sogar beschossen wurden, wie beim Brand des Justizpalastes 1927.

Die größte Herausforderung für die Kommunistische Partei Österreichs bestand damals darin, die sozialdemokratische Parteidisziplin zu durchbrechen und sich gegen den von der Sozialdemokratie und der Reaktion propagierten Antikommunismus zu wehren. Ende der 1920er Jahre begann die KPÖ, antifaschistische Komitees in Betrieben und Stadtteilen zu organisieren. Als überparteiliche Organisationen sollten diese eine Möglichkeit bieten, sozialdemokratische Arbeiter für den Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus, für eine sozialistische Revolution zu gewinnen. Diese Politik erwies sich ab 1930 als erfolgreich, so dass die Partei bis 1933 zunehmend an Masseneinfluss gewinnen konnte und ihre Mitgliederzahl deutlich zunahm. In einigen Fällen wurden angesehenere sozialdemokratische Arbeiter in den Fabriken für die antifaschistischen Komitees rekrutiert.

Ab 1931 begann die Errichtung der faschistischen Diktatur in Österreich Schritt für Schritt. Der Kommunistische Jugendverband wurde 1931 verboten. Die Rote Fahne, die Parteizeitung der KPÖ, fiel immer häufiger der Zensur zum Opfer und es verging keine Woche, in der nicht mindestens eine Ausgabe der Zeitung beschlagnahmt wurde. Diese Entwicklung wurde mit der Ausschaltung des Parlaments und dem Bürgerkrieg 1933/34 abgeschlossen, der auch die verräterische Rolle der Sozialdemokraten offenbarte. Als das Parlament 1933 aufgrund eines Verfahrensfehlers aufgelöst wurde, verließen die Sozialdemokraten es, um eine neue Parlamentssitzung einzuberufen. Die Regierung verhinderte die Einberufung des Nationalrats, indem sie das Parlamentsgebäude von der Polizei besetzen ließ. Von da an ging alles sehr schnell.

Die Kommunistische Partei wurde verboten, ebenso wie der bewaffnete Arm der Sozialdemokratischen Partei, der Republikanische Schutzbund. Faschistische Milizen erhielten Aufgaben als Hilfspolizei. Die sozialdemokratische

Parteiführung ließ dies alles widerstandslos geschehen, um ein Verbot der Partei zu verhindern.

Als sich die fortschrittlichsten Teile der österreichischen Arbeiterbewegung im Februar 1934 schließlich zum bewaffneten Kampf erhoben, stießen sie auf die Ablehnung der sozialdemokratischen Parteiführung. Sie rief die Arbeiter auf, keine offensiven Schritte zu setzen, die rechten sozialdemokratischen Führer weigerten sich vielerorts, den Arbeitern Waffen auszuhändigen, und der SP-Parteivorstand floh ins Ausland.

Die KPÖ unterstützte den Aufstand, wo sie konnte, konnte aber das Fehlen einer zentralen Aufstandsführung, die falsche Kampfstrategie und das Scheitern eines Generalstreiks nicht kompensieren.

Nach der Niederlage setzte die KPÖ ihre politische und organisatorische Arbeit in der Illegalität fort. Die Sozialdemokratische Partei hatte sich in den Februarkämpfen aufgelöst und wurde durch die Organisation der Revolutionären Sozialisten (RS) ersetzt. Die KPÖ setzte ihre Arbeit in den antifaschistischen Komitees fort und bemühte sich, eine Einheitsfront mit den Revolutionären Sozialisten zu bilden. Dies gelang teilweise, wurde aber letztlich von der RS-Führung immer wieder behindert und sabotiert. Die Bemühungen der KPÖ um die Bildung einer Einheitsfront waren jedoch erfolgreich, insbesondere auf betrieblicher Ebene.

Die KPÖ wuchs weiter in die Illegalität, was auch von den Sicherheitsorganen des faschistischen Regimes mit Sorge verfolgt wurde. Schon in dieser Zeit verband die KPÖ den antifaschistischen Kampf mit dem Kampf für ein „Sowjetisches Österreich“, wie Dokumente des Zentralkomitees aus dieser Zeit zeigen.

Erst als ab 1936/37 die nationale Frage zunehmend in den Mittelpunkt rückte, änderte sich diese Politik, auch vor dem Hintergrund des VII. Weltkongresses. Die Volksfrontpolitik begann die Einheitsfrontpolitik zu ersetzen. Als Österreich im März 1938 vom faschistischen Deutschen Reich besetzt wurde, rief die Kommunistische Partei das „Volk von Österreich“ zum Widerstand auf und wandte sich dabei ausdrücklich an „Katholiken und Sozialisten, Arbeiter und Bauern“. Der Aufruf endet mit der Aufforderung, für „ein freies, unabhängiges Österreich“ zu kämpfen. Bis 1945 konzentrierte sich der antifaschistische Widerstand der KPÖ auf den Kampf für ein freies, demokratisches und

unabhängiges Österreich. Der Kampf für die nationale Befreiung trat an die Stelle des Kampfes für den Sozialismus.

Diese Politik wurde auch in den ersten Jahren nach 1945 fortgesetzt, und zwar in der (trügerischen) Erwartung einer volksdemokratischen Umwälzung in Österreich. So verzichtete die KPÖ 1945 auf die Neugründung einer eigenen Jugendorganisation und unterstützte stattdessen als einzige Partei die Gründung des Freien Österreichischen Jugendwerks (FÖJ).

Der ersten provisorischen Regierung, die nach der Befreiung Wiens 1945 von der Sowjetunion eingesetzt wurde, gehörte die KPÖ zu gleichen Teilen an wie die Sozialdemokraten und die konservative Volkspartei. In der Nachfolgeregierung, die nach den ersten Wahlen gebildet wurde, stellte die KPÖ nur einen Minister (bis 1947).

Als im Oktober 1950 eine spontane Streikbewegung gegen den vierten Lohn-Preis-Pakt ausbrach, unterstützte

die KPÖ die Streiks solidarisch, konnte aber nicht verhindern, dass die Streikbewegung zusammenbrach. Die KPÖ diskutierte später, ob sie sich zu diesem Zeitpunkt, obwohl sie nicht mehr an der Regierung beteiligt war, nicht noch zu sehr als staatstragende Partei sah und daher von der Streikbewegung überrascht wurde. Auch der Verzicht auf eine eigene Jugendorganisation wurde Mitte der 1950er Jahre erstmals kritisch diskutiert, damals allerdings noch ohne praktische Konsequenzen.

Ende der 1960er Jahre war die KPÖ endgültig am Boden zerstört. Teile der Parteiführung rebellierten gemeinsam mit der Führung des FÖJ und der Gewerkschaftlichen Einheit gegen die Parteiführung und versuchten, eine revisionistische „eurokommunistische“ Ausrichtung durchzusetzen. Dieser Versuch scheiterte und in den 1970er Jahren kam es zu einer programmatischen Erneuerung auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus.

Im Jahr 1970 wurde auch die Kommunistische Jugend Österreichs gegründet, und nach 25 Jahren hatte die österreichische Jugend wieder eine kommunistische Jugendorganisation.

Welche Lehren und Erfahrungen können wir daraus für unsere heutige Arbeit ziehen?

Das 13. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale charakterisierte den Faschismus als „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals“. Diese Definition des Faschismus ist auch heute noch richtig. Sie unterstreicht, dass der Kampf gegen den Faschismus nicht vom Kampf gegen den Kapitalismus getrennt werden kann. Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind zwei austauschbare Herrschaftsformen des Kapitals zur Aufrechterhaltung des eigenen Strebens nach größtmöglichem Profit und zur Durchsetzung der eigenen Interessen nach innen und außen.

Die sozialdemokratischen Organisationen und ihre Führer können keine Verbündeten im konsequenten Kampf gegen den Faschismus sein. Ihre Politik richtet sich an allen Fronten gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Eine Reihe von Angriffen auf die demokratischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse wurden und werden von Regierungen unter sozialdemokratischer Führung oder mit sozialdemokratischer Beteiligung durchgeführt.

Beispiele dafür sind die Einführung von Notstandsgesetzen durch die sozialdemokratisch geführte Regierung in Österreich 2015/16 oder die Bankenrettungspakete 2008 und in den Folgejahren, die mit Kürzungen verschiedener Sozialleistungen einhergingen.

Die von der Sozialdemokratie propagierte Sozialpartnerschaft und die Kontrolle der Gewerkschaften in Komplizenschaft mit der Arbeiteraristokratie ist das größte Hindernis für den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Interessen. Das hat sich nicht zuletzt in der Auseinandersetzung um den 12-Stunden-Tag in Österreich gezeigt.

Es ist die Aufgabe der Kommunisten, die Rolle der Sozialdemokratie als soziale Stütze des Kapitalismus im bürgerlichen Parlamentarismus zu entlarven.

Es ist Aufgabe der kommunistischen und Arbeiterparteien, den antifaschistischen Kampf zu organisieren und ihn mit den demokratischen und sozialen Kämpfen der Arbeiterklasse und der Volksschichten zu verbinden. Dies kann nur gelingen, wenn geeignete Methoden und Taktiken entwickelt werden, um

die größtmögliche Einheit und Klarheit in der Arbeiterklasse und den Volksschichten zu schaffen.

Dem Antikommunismus und der Geschichtsfälschung durch die bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräfte muss eine klare Absage erteilt werden.

## **Beitrag der Kommunistischen Partei Griechenlands**

Liebe Genossinnen und Genossen,

In den letzten Monaten haben die bürgerlichen Medien in Europa eine Debatte entfacht, in der die Einschätzung geäußert wird, dass die Wahlergebnisse nationalistischer und sogar faschistischer Kräfte bei den kommenden Wahlen sprunghaft ansteigen werden. So rufen verschiedene bürgerlich-sozialdemokratische Parteien in EU-Ländern, wie z.B. in Deutschland, und anderen Ländern dazu auf, bei den kommenden Europawahlen eine "pro-europäische und fortschrittliche" Politik zu unterstützen, um den Aufstieg der extremen Rechten und des Faschismus zu bremsen!

Ihre Heuchelei ist eklatant! Mit ihrer Unterstützung wurden in den letzten Jahren in mehreren europäischen Ländern wie den baltischen Ländern, Polen, Ungarn, Bulgarien und der Ukraine antifaschistische Denkmäler abgerissen und Denkmäler für die nationalsozialistische Waffen-SS errichtet, kommunistische Parteien und Symbole verboten und die Geschichte so umgeschrieben, dass sie den Kapitalisten, d.h. den wichtigsten "Sponsoren" des Faschismus in der Geschichte und in der Welt, passt.

Darüber hinaus haben der Europarat, die EU und das Europäische Parlament seit Jahren in einer Reihe von Entschlüssen Antikommunismus verbreitet und versucht, den Kommunismus mit dem Faschismus gleichzusetzen - was den Faschismus praktisch entlastet. Die EU hat sogar versucht, den 9. Mai, den Tag des antifaschistischen Sieges der Völker, semantisch auszulöschen, indem sie ihn "Europatag" nannte.

Darüber hinaus gibt es, während der imperialistische Krieg in der Ukraine geführt wird, Kräfte, die sich auf den "antifaschistischen Kampf" und die Politik der "antifaschistischen Fronten" des 7. Kongresses der Komintern berufen, um die wahren Ursachen des Krieges vor den Menschen zu verbergen. Und das zu einer Zeit, in der das neonazistische Asow-Bataillon, das von den

EU-Führern mehr oder weniger als Verteidiger von Freiheit und Demokratie dargestellt wird, für die Ukraine kämpft und neonazistische Gruppen wie "Rusich" und die "Russische Kaiserlegion", die als Verteidiger der Werte der "russischen Welt" dargestellt werden, für Russland kämpfen.

In Anbetracht all dessen ist das Thema, das wir heute diskutieren, besonders relevant. Die heutige Veranstaltung der Europäischen Kommunistischen Aktion bietet uns die Gelegenheit, einige - unserer Meinung nach - nützliche Schlussfolgerungen zu unterstreichen, zu denen die KKE durch das Studium der Geschichte gekommen ist, und auch einige Aspekte der gegenwärtigen Erfahrungen und Einschätzungen des Kampfes gegen den Faschismus zu präsentieren:

1. Der Jahrestag des 9. Mai, dessen wir kürzlich 79 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gedachten, ist nicht der "Tag der Europäischen Union", wie die Vertreter des reaktionären EU-Gebäudes in den letzten Jahren unhistorisch zu etablieren versucht haben. Es ist der Tag des großen antifaschistischen Sieges der Völker, des großen Epos der sowjetischen Roten Armee und des Volkes sowie der Widerstandsbewegungen Europas mit der Vorhut und der entscheidenden Rolle der kommunistischen Parteien.

2. Die Kommunisten zollen all jenen Tribut, die mit der Waffe in der Hand gekämpft haben; all jenen, die geopfert, gefoltert, eingesperrt und ins Exil getrieben wurden; all jenen, die auf jede Weise gegen die nazifaschistische, imperialistische Achse aus Deutschland, Italien, Japan und ihren Verbündeten gekämpft haben. Die KKE ist stolz darauf, die Seele, das Herzblut und die Führung des heldenhaften Kampfes der Nationalen Befreiungsfront (EAM), der Griechischen Volksbefreiungsarmee (ELAS), der Vereinigten Panhellenischen Organisation der Jugend (EPON) und anderer von der EAM abgeleiteter Organisationen gewesen zu sein, sowie auf die Tausenden ihrer Mitglieder, die mit ihrem heldenhaften Handeln und ihren Opfern einige der glänzendsten Seiten ihrer Geschichte geschrieben und zum siegreichen Ausgang des Krieges beigetragen haben.

3. Die Tatsache, dass die Sowjetunion und die Partisanenbewegungen den Faschismus bekämpften, ändert nichts an der Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg, wie der Erste Weltkrieg, ein imperialistischer Krieg war. Er war der Höhepunkt des imperialistischen Wettbewerbs um die Neuaufteilung der

Märkte und Einflussphären, der sich unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise verschärfte. Wenn die Widersprüche der Monopole, die um ihre Rentabilität ringen, nicht durch zerbrechliche Kompromisse im Rahmen eines imperialistischen "Friedens" gelöst werden können, müssen sie durch Krieg gelöst werden. Der Schoß, aus dem der Erste und der Zweite Weltkrieg entstanden sind, die Kriege, die in den Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute in der Ukraine und im Nahen Osten geführt werden, ist eigentlich derselbe. Und dieser Schoß sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das kapitalistische System in seinem imperialistischen Stadium. In diesem Rahmen bedienen sich die bürgerlichen Klassen in ihren Kriegsplänen auch nationalistischer und sogar faschistischer Kräfte, wie wir bei den Bandera- und Asow-Bataillonen-Nostalgikern in der Ukraine oder der "Höheren Politischen Schule" des faschistischen Philosophen Iwan Iljin sehen können, die kürzlich an einer großen staatlichen Universität in der russischen Hauptstadt eingerichtet wurde.

4. Der Zweite Weltkrieg war nur von der Seite der UdSSR, die für die Verteidigung der sozialistischen Arbeitermacht kämpfte, und von der Seite der Widerstandsbewegungen, die gegen die faschistische Besatzung, für das Überleben und den Wohlstand ihres Volkes kämpften, ein gerechter Krieg.

Von Großbritannien, den USA und den Mächten, die für die Entstehung und Verbreitung des Faschismus in Deutschland verantwortlich sind, war der Krieg ungerecht und imperialistisch, weil er darauf abzielte, die Rolle, die sie sich dank ihres Sieges im Ersten Weltkrieg im imperialistischen System gesichert hatten, zu erhalten und auszubauen. Auf der anderen Seite war der Krieg von der faschistischen Achse imperialistisch und ungerecht, weil er darauf abzielte, das nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene Kräfteverhältnis umzukehren. Beide rivalisierenden imperialistischen Bündnisse konkurrierten gleichermaßen um die Sicherung ihrer Profite und geopolitischen Interessen. Beide haben sich schwerer Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. So war die faschistische Achse führend bei Massenhinrichtungen und Säuberungen, aber die USA und Großbritannien bombardierten auch Dresden und setzten in Hiroshima und Nagasaki Atomwaffen ein, nicht aus militärischer Notwendigkeit, sondern als Warnung an die UdSSR, um ihre eigenen politischen Pläne für die Nachkriegsentwicklung durchzusetzen.

Die Schlussfolgerung, dass der Krieg von allen bürgerlichen Mächten, die am Zweiten Weltkrieg beteiligt waren, ungerecht war, muss in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung vollständig verdaut werden! Dies ist heute von besonderer Bedeutung, wo verschiedene bürgerliche Mächte den Mantel des "Antifaschismus" überziehen und versuchen, ihre wahren räuberischen Ziele im imperialistischen Krieg zu verbergen; in diesem Krieg, in dem die euro-atlantische imperialistische Achse (USA, NATO, EU) mit der eurasischen imperialistischen Achse kollidiert, die sich zwischen China, Russland und ihren Verbündeten bildet und die ukrainische Bourgeoisie (die historisch die ukrainischen Kollaborateure der Nazis gerechtfertigt hat) als ihre Speerspitze benutzt.

5. Der Faschismus ist eine der politischen Formen der kapitalistischen Macht. Nach dem Ersten Weltkrieg und unter dem Einfluss der siegreichen sozialistischen Oktoberrevolution sah sich die deutsche und italienische Bourgeoisie mit einer wachsenden kommunistischen und Arbeiter-Volks-Bewegung konfrontiert, die ihre Macht mit der Revolution von 1918-1919 in Deutschland und der Massenbesetzungen der Fabriken des italienischen Nordens in Italien während des Biennio Rosso (Rotes Biennium) 1918-1920 gezeigt hatte.

Gleichzeitig versuchten die deutsche Bourgeoisie, die zu den großen Verlierern des vorangegangenen Krieges gehörte, und die italienische Bourgeoisie, die sich trotz ihres Sieges im 1. Weltkrieg durch die Aufteilung der imperialistischen Beute in der Nachkriegszeit benachteiligt fühlte, das Kräfteverhältnis dynamisch in Frage zu stellen. Unter diesen Umständen wurde der Faschismus-Nazismus als die am besten geeignete Form ihrer politischen Macht gewählt, um den Klassenfeind im Inland zu unterdrücken und im Ausland Krieg gegen andere kapitalistische Staaten zu führen.

Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal der faschistischen Form der kapitalistischen Macht ist die aktive und massenhafte Ausrichtung der Volkskräfte hinter den reaktionären Plänen der kapitalistischen Macht. Dies war für die Sieger des letzten Krieges nicht notwendig, da sie dank der imperialistischen Superprofite in der Lage waren, sich die Zustimmung der Arbeiter-Volkskräfte zur kapitalistischen Macht zu sichern, indem sie Bündnisse mit den Mittelschichten schmiedeten und die Arbeiteraristokratie aufkauften. Eine andere Differenzierung gibt es nicht.

Die Besonderheiten von Faschismus und Nationalsozialismus lassen sich nicht nur auf die Abschaffung der parlamentarischen Verfahren zurückführen, ein Merkmal, das alle bürgerlichen diktatorischen Regime aufweisen. Dies gilt umso mehr, als sowohl der Faschismus als auch der Nationalsozialismus aus bürgerlichen Parlamenten hervorgegangen sind. Das besondere Wesen des Faschismus-Nazismus liegt auch nicht in der beispiellosen Unterdrückung der Arbeiter-, Volks- und kommunistischen Bewegung, die nicht nur bürgerlichen Diktaturen, sondern auch parlamentarischen Regimen eigen ist. Erinnern wir uns daran, dass die KKE in ihrer 105-jährigen Geschichte schrecklichen Verfolgungen durch bürgerliche Regime ausgesetzt war, manchmal diktatorisch und manchmal in Form einer parlamentarischen Demokratie.

Zur Veranschaulichung: Das diktatorische Metaxas-Regime in Griechenland schuf 1939 die so genannte Provisorische Verwaltung der KKE, die sich aus Informanten zusammensetzte, um der KKE einen Schlag zu versetzen, während heute der Sozialdemokrat Maduro im Namen des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) angreift und eine falsche PCV aufgebaut hat, die vom bürgerlichen Staat offiziell anerkannt ist.

Auch die Ausbeutung anderer Völker kann nicht als besonderes Merkmal des Faschismus und des Nationalsozialismus identifiziert werden, denn die parlamentarische Tradition Frankreichs und Englands war das andere Gesicht des Kolonialismus. Auch der Rassenwahn, der den Nationalsozialismus, nicht aber den Faschismus kennzeichnet, findet sich nicht nur in faschistischen und nationalsozialistischen Regimen. Die Ideologie der "Zivilisierung" der niederen Rassen war der ideologische Deckmantel des Kolonialismus, und selbst nach dem Krieg unterhielten viele kapitalistische Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, insbesondere Großbritannien, enge Beziehungen zum Apartheid-Regime in Südafrika.

Die Gemeinsamkeiten des Faschismus mit anderen politischen Formen zeigen, dass der antifaschistische Kampf unvollständig bleibt, wenn er nicht auf den Kampf für den Sturz der kapitalistischen Macht abzielt.

6. Der 7. Kongress der KI übernahm die Strategie der Antifaschistischen Volksfronten, die sowohl vor als auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine Regierung im Rahmen des Kapitalismus forderten, in der ersten Periode als Mit-

tel zur Verteidigung gegen den Aufstieg des Faschismus und in der zweiten als Form des Übergangs zur Arbeitermacht.

Vor dem Krieg suchten die KPen im Rahmen der "Fronten" die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen, ja sogar mit bürgerlich-demokratischen politischen Kräften mit dem Ziel, die faschistischen bürgerlichen Kräfte zu isolieren und ihre Vorherrschaft in jedem Land zu verhindern. Gleichzeitig konzentrierten sich die meisten KPen zu dieser Zeit ausschließlich auf den Kampf gegen die faschistischen Kräfte und wandten sich somit nicht nur nicht gegen die bürgerlichen Mächte und die kapitalistischen Staaten, die sich an der Ausbeutung der Arbeiterklasse beteiligten und am Krieg teilnahmen, sondern verankerten im Bewusstsein der Arbeiter und des Volkes, dass diese antifaschistisch waren. Darüber hinaus strebten die KPen während des Krieges eine Nachkriegskooperation - sogar auf Regierungsebene - mit diesen Kräften an. So waren die KPen nicht in der Lage, den bewaffneten antifaschistischen Befreiungskampf mit dem Kampf um die Eroberung der Arbeitermacht zu verbinden.

Ein typisches Beispiel ist unser Land, Griechenland, das vor 80 Jahren von den Nazis befreit wurde. Dank der großartigen Siege der Roten Armee sowie des unersetzlichen Beitrags des bewaffneten Widerstands, der antifaschistischen und der Befreiungsbewegung und ihrer Organisationen, wie der Nationalen Befreiungsfront (EAM), der Griechischen Volksbefreiungsarmee (ELAS) und vieler anderer bewaffneter Widerstandsorganisationen, die auf Initiative der KKE gegründet wurden.

Doch trotz dieser großartigen Massen- und bewaffneten Widerstandsbewegung und der Tatsache, dass in der Zeit der Befreiung, im Oktober 1944, in Griechenland die Bedingungen einer revolutionären Situation herrschten, d.h. Bedingungen, in denen die bürgerliche Macht erschüttert wurde, mit einer allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Krise, mit einer Schwäche im Funktionieren der Unterdrückungsmechanismen und der Institutionen der Staatsführung, die die Bourgeoisie in Griechenland hatte, konnte die Arbeiter-Volksbewegung nicht siegen. Dies geschah, weil unsere Partei es versäumt hat, den bewaffneten Befreiungskampf und den antifaschistischen Kampf bewusst und geplant zu einer sozialistischen Revolution zu entwickeln.

Stattdessen blieb sie auf der Linie der nationalen Einheit und der Bildung einer Regierung der antifaschistischen Kräfte stehen. Dies gab der Bourgeoisie (die ihre alten Konflikte zwischen den pro-britischen und pro-deutschen Kräften angesichts der Angst vor dem Verlust ihrer Macht überwand) und ihren anglo-amerikanischen Verbündeten die Gelegenheit, eine umfassende politisch-militärische Offensive gegen die KKE und die Arbeiterbewegung zu starten, um die bereits erschütterte bürgerliche Macht zu konsolidieren. Im Rahmen dieses Angriffs zögerten die so genannten bürgerlich-demokratischen Kräfte nicht, ehemalige Nazi-Kollaborateure einzusetzen. Der heldenhafte, dreijährige Kampf der Demokratischen Armee Griechenlands (DSE) konnte diese Pläne nicht vereiteln.

Aber selbst in den europäischen Ländern, in denen die Politik der antifaschistischen Fronten zur Beteiligung der KP an den Nachkriegskoalitionsregierungen führte, stellte dies nicht nur keinen ersten Schritt zum Übergang zur Arbeitermacht dar, sondern diente dazu, den Konsens der avanciertesten Arbeiter-Volks-Kräfte bis zur Konsolidierung der kapitalistischen Macht zu sichern. Danach wurden die KPen aus allen Regierungen verdrängt.

7. Es ist wichtig zu sehen, warum das bürgerliche System heute in ganz Europa und in einigen Fällen darüber hinaus auf solche nationalistischen, rassistischen und faschistischen "Krücken" zurückgreift, um wieder auf die Beine zu kommen. Das ist unbestreitbar, denn die finanzielle Unterstützung solcher Kräfte durch Teile des Kapitals, durch die Kräfte seiner Repressionsmechanismen, wie Polizei und Militär, und die Förderung und Darstellung solcher Kräfte als angeblich "systemfeindlich" und „volksnah“ durch die großen bürgerlichen Medien, spielt sich vor unseren Augen ab.

Es wird deutlich, dass solche Kräfte von jeder Bourgeoisie sowohl als Handlanger des Systems als auch als Speerspitze gegen die Arbeiter- und Volksbewegung ausgenutzt werden. Die in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung verbreitete Vorstellung, dass der Faschismus von den USA "exportiert" wird, die als faschistische oder pro-faschistische Macht bezeichnet werden, ist völlig unbegründet und falsch.

8. Auch hier ist anzumerken, dass die KKE, die die Geschichte der Komintern studiert hat, festgestellt hat, dass die Einteilung der Staaten des internationalen imperialistischen Systems in "faschistisch"/"kriegsbefürwortend" und "demo-

kratisch"/"friedensbefürwortend", die in den Reihen der Komintern vor dem Zweiten Weltkrieg vorherrschte, falsch und schädlich war. Heute kehren bestimmte Kräfte in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung zu dieser falschen Einteilung zurück, die sowohl den Klassencharakter der bürgerlichen Regime als auch die Ursache für das Entstehen und Erstarken der faschistischen Strömung verschleiert, die im Monopolkapitalismus selbst und im Dienst der kapitalistischen Interessen in jedem Land liegt.

Die KKE hat ihre Lehren aus der Geschichte gezogen und ist nicht einverstanden mit diesem Ansatz, die imperialistischen Kräfte in "schlechte" ("faschistische", "neofaschistische") und "gute" zu unterteilen, und natürlich auch nicht mit Aufrufen zur Bildung von "antifaschistischen Fronten" in einer klassenfremden Richtung, d.h. Bündnisse ohne gesellschaftliche Kriterien, sondern mit allen "fortschrittlichen und ehrlichen Menschen", wie einige uns zurufen.

Solche Ansätze und Aufrufe führen die kommunistische Bewegung und die Arbeiterklasse zu ihrer Entwaffnung, zum Verzicht auf ihre historische Mission und zur Formulierung einer Linie der angeblichen Reinigung des Imperialismus von den "faschistischen Kräfte". Gleichzeitig bietet sie den sogenannten demokratischen und friedensfreundlichen bürgerlichen Kräften ein Alibi.

9. Um diese verzerrte Sichtweise zu rechtfertigen, wird über die Definition des Faschismus spekuliert, die G. Dimitrov auf dem 7. Kominternkongress als "offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals" gegeben hat. Wir sind der Meinung, dass der 7. Kongress einen absoluten Unterschied zwischen der "Macht" des Finanzkapitals und den Interessen des Industriekapitals gemacht hat. Ebenso hat er eine absolute Unterscheidung zwischen faschistischen und demokratischen kapitalistischen Staaten getroffen. Als Folge dieser Unterscheidung wurde das Bündnis der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung mit einem Teil der bürgerlichen Mächte und Staaten zu einer Ideologie erhoben und die Klassenbereitschaft gegen die gegnerische Klasse geschwächt, wie wir bereits gesehen haben.

Heute ignorieren einige, die sich auf diese Definition des Faschismus beziehen, selektiv die Tatsache, dass die Kommunistische Internationale vor dieser Definition des Faschismus in ihrem Programm (1928) eine andere Definition

gegeben hatte, in der sie unter anderem feststellte, dass "unter bestimmten besonderen historischen Bedingungen das Fortschreiten dieser bürgerlichen, imperialistischen, reaktionären Offensive die Form des Faschismus annimmt", und die Merkmale des Faschismus in der Entschließung zur internationalen Lage auf dem 6. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (1928) detailliert dargelegt wurden.

Es wird auch ignoriert, dass Dimitrovs bekannte Definition von 1935 unter anderen historischen Umständen gegeben wurde, als die imperialistischen Mächte die Auflösung des einzigen sozialistischen Staates in der Welt planten, während die UdSSR ihrerseits versuchte, eine Spaltung zwischen den imperialistischen Mächten herbeizuführen und deren Widersprüche auszunutzen.

Diese Definition wird also losgelöst von den historischen Bedingungen, die sie hervorgebracht haben, verwendet und mechanistisch und unwissenschaftlich auf die heutigen Bedingungen übertragen, wo die UdSSR nicht mehr existiert und die Situation, die sich in China entwickelt hat, in keiner Weise mit den Prinzipien des Sozialismus vereinbar ist. Wir sprechen von einer kapitalistischen Supermacht, die mit den USA um die Vorherrschaft im internationalen imperialistischen System konkurriert.

10. Sowohl in der Vergangenheit als auch heute wird der Weg für die Entstehung und Entwicklung faschistischer Formen nicht nur von den rechten Kräften geebnet, sondern auch von den Kräften der Sozialdemokratie, die die unhistorische Theorie der "zwei Extreme", die inakzeptable Identifizierung des Kommunismus mit dem Faschismus unterstützen. Auf diese Weise versuchen sie nicht nur, den Kapitalismus von den Verbrechen des Faschismus-Nazismus freizusprechen, sondern sie auch der kommunistischen Bewegung zuzuschreiben, der einzigen Kraft, die konsequent und aufopferungsvoll dagegen gekämpft hat.

Darüber hinaus fördert die Enttäuschung der Volkskräfte, die ein niedriges politisches Wissen haben, über die Versprechungen der rechten und sozialdemokratischen Parteien in der Regierung, unter den Bedingungen des Mangels an starken KPs und großer Arbeiterkämpfe, den politischen Aufschwung nationalistischer, rassistischer und sogar faschistischer Kräfte. Besonders deutlich wird dies unter den Bedingungen der weitgehenden Zerstörung der unteren

und mittleren Schichten in der Phase der kapitalistischen Krise, der zunehmenden Armut, der Arbeitslosigkeit und des Verschleißes der bürgerlichen Parlamentsparteien. In diesem Fall nutzt die Bourgeoisie die Nazi-Parteien als Vorposten für ihre Interessen. Sie nutzt die Aktionen der Nazis, die mit extremem Nationalismus und angeblicher "Solidarität" ihr Netz auswerfen, um die Volkskräfte, die Arbeitslosen, die ruinierten kleinbürgerlichen Schichten zu kooptieren.

11. Der Weg zu faschistischen Kräften und deren Schönfärberei wird heute auch von jenen opportunistischen "kommunistischen" Kräften geebnet, die im Namen der "Wiederherstellung der Souveränität des Landes", das von der EU bedroht ist, wie in Italien, oder der "Abwehr des exportierten Faschismus der USA", wie in Russland, mit faschistischen Kräften reden oder zusammenarbeiten.

12. In den vergangenen Jahrzehnten war und ist die KKE mit verschiedenen faschistischen Formationen konfrontiert, die die nationalistische, nationalsozialistische Verbrecherideologie ausnutzen, um ihre mörderischen Ziele zu verschleiern. Aktionen gegen Einwanderer, Gewerkschafter, kommunistische Aktivisten und andere.

Ein solcher Fall war die faschistische „Goldene Morgenröte“, die versuchte, die Taktik der "Sturmtrupps" der Nazis wieder einzuführen und deren Aktionen mit politischem Aktivismus zu verbinden. Es handelt sich um eine faschistische Gruppe, die nach dem Sturz der Militärdiktatur in den 1970er Jahren Kontakte zu ihren führenden Mitgliedern und zu anderen nationalistischen rechtsextremen Gruppen unterhielt und einen vulgären Antikommunismus, Rassismus und Hass auf die Arbeiterbewegung pflegte. Sie knüpften enge Verbindungen zur Armee, zur Polizei und zu den Geheimdiensten und verübten räuberische Anschläge, indem sie Sprengsätze gegen die Büros der KKE, anderer Parteien und Jugendorganisationen, in Buchläden und Kinos, in denen z. B. sowjetische und antifaschistische Filme gezeigt wurden, anbrachten. In den 1980er Jahren begann die „Goldene Morgenröte“, organisierter zu agieren und verübte häufig Anschläge und Schikanen, z. B. gegen Einwanderer und Studenten. Mit dem Ausbruch der tiefen kapitalistischen Wirtschaftskrise in den Jahren 2008-2009 rückt die „Goldene Morgenröte“ von den Rändern in den Vordergrund. Die aufeinanderfolgenden volksfeindlichen Maßnahmen verschiedener Regierungen führten zu einer umfassenden Reformierung des

bürgerlichen politischen Systems, sowohl in der Sozialdemokratie mit dem Aufstieg von SYRIZA und dem Fall der PASOK als auch in der extremen Rechten.

Die nationalsozialistische „Goldene Morgenröte“ nutzte die Folgen der Krise aus, um die durch die Krise geschädigten Mittelschichten sowie einen verarmten Teil der Arbeiterklasse zu erreichen, der keine Kontakte oder gepflegte Beziehungen zur organisierten, klassenorientierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung aufgebaut hatte. Ihr Übergang von den Rändern in die Mitte der politischen Szene wäre jedoch ohne die Unterstützung mächtiger Teile der Bourgeoisie und ihres Staatsapparats nicht möglich gewesen. Die „Goldene Morgenröte“ wurde den Menschen als "antisystemische Kraft" präsentiert, die gegen die "Übel" der Gesellschaft kämpft und das Beste für die Menschen will. Auf den Demonstrationen der "Empörten" tauchten reaktionäre Parolen wie "Raus mit den Parteien" oder "Raus mit den Gewerkschaften" auf, die von den bürgerlichen Medien stark propagiert wurden und der „Goldenen Morgenröte“ politische Rückendeckung boten.

So nutzte das bürgerliche System die Goldene Morgenröte aus, um Kräfte aus dem organisierten Klassenkampf abzuziehen und die Ziele der Bourgeoisie auf Kosten der Arbeiter aggressiv zu unterstützen, z.B. mit Positionen gegen Streiks, für weitere Lohnkürzungen, Abschaffung von Verträgen, damit z.B. die Reeder "überzeugt werden können, ihre Schiffe in Griechenland bauen zu lassen". Die Vertreter der „Goldenen Morgenröte“ fanden leicht einen Platz auf den Schalltafeln der bürgerlichen Medien und bildeten eine parlamentarische Fraktion, die mit räuberischen Angriffen auf Gewerkschafter und Kader der KKE und mit Morden an Einwanderern versuchte, sich als eiserne Faust des bürgerlichen Systems zu etablieren. Zu dieser Zeit unterhielt die „Goldene Morgenröte“ Kommunikationskanäle mit anderen bürgerlichen Parteien und lokalen Akteuren.

Die KKE entlarvte ihre Rolle und isolierte sie zusammen mit anderen faschistischen Formationen von der Gewerkschaftsbewegung und den politischen Aktivitäten, während die bürgerlichen Parteien ihnen gegenüber eine Haltung des bürgerlichen „comme il faut“, der "parlamentarischen Kriterien", aufrechterhielten. Selbstverständlich weigerte sich der kommunistische Bürgermeister von Patras, Räumlichkeiten für die Propaganda vor den Wahlen für

die Positionen der nationalsozialistischen „Goldenen Morgenröte“ zur Verfügung zu stellen. Er wurde strafrechtlich verfolgt, aber dank der Solidarität des Volkes wurde der kommunistische Bürgermeister vor Gericht freigesprochen.

Bei vielen öffentlichen Veranstaltungen verhinderten die Kommunisten die Anwesenheit von Vertretern der „Goldenen Morgenröte“. Die Ermordung des antifaschistischen Musikers Pavlos Fyssas, die mörderischen Angriffe auf Immigranten und kommunistische Gewerkschafter lösten eine große Welle des Widerstands in der Bevölkerung aus, die diese faschistische Bande vorerst zum Schweigen brachte und zur Inhaftierung ihrer Führung führte. Es ist bezeichnend, dass unter der Verantwortung aller bürgerlichen Regierungen, einschließlich derjenigen der "linken" SYRIZA, sieben Jahre zwischen der Verhaftung der Mörder der „Goldenen Morgenröte“ und ihrem Prozess und ihrer Verurteilung vergingen. Der entschlossene Kampf des Volkes, mit den Kommunisten an der Spitze, trug zur Verurteilung der Naziverbrecher bei. Die KKE und die Anwälte der kommunistischen Gewerkschafter im Prozess gegen die „Goldene Morgenröte“ haben die nazistische und systemfreundliche Rolle der „Goldenen Morgenröte“ hervorgehoben sowie die Tatsache, dass die kriminellen Aktivitäten dieser Organisation gerade aus ihrer verbrecherischen Nazi-Ideologie resultierten.

Wir sind uns jedoch bewusst, dass wir mit dem Faschismus noch nicht fertig sind, solange das kapitalistische System, das die Gebärmutter solcher Formen ist, existiert. Wie D. Koutsoumbas, GS des ZK der KKE, feststellte: "Die Hauptsache ist, dass die die Menschen, um das Böse an der Wurzel zu zerstören, das kapitalistische System stürzen, das das Ei der Schlange ausbrütet, d.h. den Nazismus, den Faschismus".

Liebe Genossinnen und Genossen,

die KKE ist zu dem Schluss gekommen, dass der Kampf gegen den Faschismus, für die Verteidigung der Rechte der Arbeiter und der Errungenschaften des Volkes, untrennbar mit dem Kampf gegen die Monopole, gegen die kapitalistische Ausbeutung und deren Macht verbunden ist.

Die KP darf auf keinen Fall in ein Bündnis mit bürgerlichen und opportunistischen Kräften im Namen eines oberflächlichen und substanzlosen "Antifaschismus" abgleiten.

Mit den Worten Brechts:

"Diejenigen, die gegen den Faschismus sind, ohne gegen den Kapitalismus zu sein, die die Barbarei beklagen, die aus der Barbarei entsteht, sind wie Menschen, die ihr Kalbfleisch essen wollen, ohne das Kalb zu schlachten. Sie sind bereit, das Kalb zu essen, aber sie mögen den Anblick von Blut nicht. Es genügt ihnen, wenn der Metzger seine Hände wäscht, bevor er das Fleisch wiegt. Sie sind nicht gegen die Eigentumsverhältnisse, die die Barbarei hervorbringen; sie sind nur gegen die Barbarei selbst. Sie erheben ihre Stimme gegen die Barbarei, und sie tun dies in Ländern, in denen genau die gleichen Eigentumsverhältnisse herrschen, in denen aber die Metzger ihre Hände waschen, bevor sie das Fleisch wiegen."

Deshalb muss das Engagement der KP für das Ziel der Arbeitermacht, für den Kampf um die Bündelung der Kräfte des gesellschaftlichen Bündnisses der Arbeiterklasse und der anderen städtischen und ländlichen Volksschichten in einer antimonopolistischen und antikapitalistischen Kampfrichtung unerschütterlich sein. Nur so wird der Widerstand der Arbeiter und des Volkes gegen die bürgerliche Macht gestärkt und die Perspektive des Kampfes des Volkes für den Sturz der kapitalistischen Barbarei und den Aufbau der neuen sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft gefördert.

Gerade heute, wo die Völker mit der Verschärfung der zwischenimperialistischen Konkurrenz konfrontiert sind und in verschiedenen Teilen der Welt darüber debattiert wird, wie die Imperialisten die natürlichen Reichtümer, die Arbeitskraft, die Transportwege für Rohstoffe, die Marktanteile und die geopolitischen Standbeine aufteilen werden, müssen wir eine klare Front sowohl gegen den falschen "Antifaschismus" als auch gegen das kapitalistische System, das Faschismus und Krieg hervorbringt, bilden.

Die Völker müssen sich erheben! Sie müssen auf die Straße gehen und kämpfen, mit den Kommunisten an vorderster Front! Und bei den Europawahlen eine antikriegsische und antiimperialistische Botschaft gegen die EU des Krieges zu senden, indem wir die KPen unterstützen.

## **Beitrag der Kommunistischen Partei der Türkei**

In der Geschichte der modernen Türkei haben die faschistische Bewegung und der antifaschistische Kampf vor allem in den Jahren des Kalten Krieges eine bedeutende Rolle gespielt.

Der Faschismus in der Türkei wurde im Wesentlichen von der herrschenden Klasse und dem Imperialismus als paramilitärische Kraft gegen Kommunisten, Revolutionäre und die Arbeiterklasse aufgebaut und eingesetzt. Die Geschichte des Beginns der Organisation der faschistischen Ideologie in der Türkei kann bis in die Jahre des Zweiten Weltkriegs zurückverfolgt werden. In dieser Zeit, in der türkisch-rassistische Ideen mit dem allgemeinen Rahmen der internationalen faschistischen Ideologie kombiniert wurden, organisierten sich türkische Faschisten mit Unterstützung der Nazis.

Als die Niederlage der Nazis sicher war, beeilte sich die türkische Regierung, ihre verdeckte Unterstützung für die Nazis während des Krieges zu verbergen, und versuchte, die Führer der türkischen faschistischen Bewegung, die mit der Unterstützung der Nazis verstrickt waren, durch den so genannten Rassismus-/Turanismusprozess von 1944 einzuschüchtern.

Die Unterdrückung und Lähmung der Kommunisten, der Entzug jeglicher Organisationsmöglichkeit der Arbeiterklasse seit den ersten Jahren der Republik verhinderten die Popularisierung des antifaschistischen Kampfes unter Bedingungen, in denen die Einparteienmacht es vermied, im Krieg offen Partei zu ergreifen und offiziell „neutral“ blieb.

Der Antifaschismus bleibt eine politische Position, die in dieser Zeit vor allem von progressiven Intellektuellen vertreten wird. Während der Kriegsjahre gewann die Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion, dem Epizentrum des antifaschistischen Kampfes, innerhalb der türkischen herrschenden Klasse an Stärke, die ein Gleichgewichtsspiel zwischen Großbritannien und Deutschland spielte.

Sobald der Krieg vorbei war, machte die türkische Bourgeoisie die Kollaboration mit den Vereinigten Staaten und die Feindschaft gegenüber den Sowjets zu ihrer offiziellen Politik. Die türkischen Faschisten machten sich dies zunutze und setzten mit dem Überfall auf die Druckerei der Tan, einer linken

und sowjetfreundlichen Zeitung, am 4. Dezember 1945 ein erstes Zeichen für ihren Einsatz in naher Zukunft.

Es ist bekannt, dass die Türkei nach ihrem Beitritt zur NATO im Jahr 1952 vollständig zu einem Vorposten des imperialistischen Lagers geworden ist.

Die Notwendigkeit der faschistischen Bewegung als antikommunistische Schlagkraft ergab sich in den 1960er Jahren, als die Arbeiterbewegung und die linken Kräfte im Aufwind waren. In dieser Zeit verstärkte sich der türkische Faschismus durch den Islamismus, und die religiöse und nationalistische Propaganda versuchte, die Linke mit antikommunistischen Inhalten zu blockieren. Die Nationale Türkische Studentenvereinigung (MTTB), eine faschistische Organisation, in der Islamisten aktiv sind, wurde in den Jahren 1969-1970 als Straßentruppe gegen revolutionäre Studenten eingesetzt und verübte Massaker wie den Blutsonntag. Wenn man bedenkt, dass der Blutsonntag gegen die Jugend organisiert wurde, die gegen den Besuch der 6. US-Flotte in der Türkei protestierte, wird der Auftrag der Organisation deutlich.

In den 1970er Jahren ist die Institutionalisierung des Faschismus innerhalb der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und der Grauen Wölfe als paramilitärische Struktur zu beobachten. Als Jugendabteilung der faschistischen Bewegung übernahmen die Grauen Wölfe auch die Organisation des Drogen- und Waffenhandels. In diesen Jahren verübte die MHP, die zum wichtigsten Instrument der Vereinigten Staaten und des Gladio gegen die revolutionären Kräfte wurde, ab 1977 blutige Massaker und politische Morde. Im Einklang mit ihrer Mission erweiterte sie rasch ihre Basis, indem sie sich mit der türkischen Rechten verbündete. Sie organisierte vor allem die arme Jugend auf dem Lande.

Die MHP schuf eine Herde von Mördern, indem sie junge Menschen, die gegen den Kommunismus indoktriniert waren, mit religiösem und rassistischem Gedankengut bediente. Die Massaker in Bahçelievler, Beyazıt, Çorum und Maraş, die zwischen 1978 und 1980 an der revolutionären Jugend, den Intellektuellen und der alevitischen Gemeinde verübt wurden, waren ein Vorläufer für die Veränderung der politischen Verhältnisse in der Türkei zugunsten des kapitalistischen Systems. Die revolutionäre Bewegung war nicht in der Lage, wirksam gegen die faschistische Bewegung vorzugehen, die von der herrschenden Klasse zentral organisiert und finanziert wurde.

Diese Unfähigkeit beruhte weitgehend auf der Strategie des „schrittweisen Übergangs zum Sozialismus“ (d. h. der programmatischen Priorisierung von Demokratisierung und „Vollendung der bürgerlichen Revolution“), die alle Teile der Linken beeinflusste. Die Unterstützung der DISK (Konföderation der Revolutionären Gewerkschaften der Türkei) und verschiedener revolutionärer Kräfte für die CHP (Republikanische Volkspartei) gegen die Regierungen der Nationalistischen Front bei den Parlamentswahlen 1977 war ein Ergebnis dieser Strategie.

Die Loslösung der Einheitsfrontdiskussionen der Komintern von ihrem historischen Kontext führte zudem zu einer Schwäche im Kampf gegen die faschistische Bewegung. In einer Periode, in der die Arbeiterklasse am stärksten organisiert war, die Linke eine überwältigende Legitimität in der Gesellschaft erlangte und eine revolutionäre Krise in der modernen Geschichte am nächsten war, haben die Revolutionäre in der Türkei Zeit verschwendet und sich von ihren Hauptaufgaben entfernt, indem sie sich auf einen Feldkrieg gegen die Straßenmacht des Systems konzentrierten, anstatt auf Strategien, die auf den Sturz des kapitalistischen Systems als Ganzes abzielten. Aufgrund dieser Schwächen der Linken wurde der Staatsstreich von 1980 von großen Teilen der Gesellschaft als eine angemessene Intervention zur „Beendigung des Bruderkampfes“ anerkannt.

Der faschistische Staatsstreich von 1980 bedeutete auch einen Teilerfolg für die faschistische Bewegung, aber die zivile faschistische Bewegung blieb weiterhin in Reserve, bereit, für die ruchlosen Pläne des kapitalistischen Systems genutzt zu werden. Andererseits bereitete sich die türkische Bourgeoisie auf einen massiven Angriff vor, und deshalb mussten die Organisationen der Linken und der Arbeiterklasse vollständig zerschlagen werden.

Da die Junta wusste, dass Repression und Gewalt dafür nicht ausreichen würden, machte sie die so genannte türkisch-islamische Synthese zur offiziellen Ideologie. Indem sie dem Islamismus und dem Nationalismus Raum gab, bereitete sie den Boden für die Organisation religiöser Sekten und der nationalistischen Mafia in dem von der Linken geräumten politischen Gebiet. Seit dieser Zeit hat die Fethullah-Gülen-Sekte, die mächtigste religiöse Sekte, sowohl ihre Organisation innerhalb des Staates als auch ihre Mittel zur Anhäufung von Reichtum rasch ausgebaut.

In den 1990er Jahren betrieben die faschistischen Militanten der 1970er Jahre als nationalistische Mafia nicht nur den staatlichen Drogen- und Waffenhandel, sondern wurden auch als Helden gefeiert, weil sie im Auftrag des Staates kurdische Intellektuelle ermordet hatten. Ende der 1990er Jahre hatten die Verbrechen der faschistischen Organisation innerhalb des Staates ein Ausmaß erreicht, das sich vor der Öffentlichkeit nicht mehr verbergen ließ.

Angesichts des politischen Wandels, den die türkischen Kapitalisten in den 2000er Jahren benötigten, war die bestehende Struktur der faschistischen Bewegung ein Hindernis. Dieser Politikwechsel, den die TKP damals als „Restauration“ bezeichnete, hatte Dimensionen wie die Beschneidung der faschistischen Bewegung, begleitet von den politischen Interventionen der türkischen Streitkräfte (TSK), die historisch gesehen organische Verbindungen zur faschistischen Bewegung hatten. Dazu gehörte auch die Reduzierung des Antifaschismus in der Gesellschaft auf eine liberale „staatsfeindliche“ Haltung und zivilgesellschaftlichen Aktivismus sowie Privatisierungen, die von der MHP getragen wurden, die als „staatsfeindlich“ bezeichnet wurde.

Die AKP, die unverhohlen von den imperialistischen Zentren unterstützt wurde, kam im Zuge dieses Politikwechsels an die Macht. Und wieder einmal wurden während der AKP-Herrschaft die antifaschistischen Reflexe der Gesellschaft durch den liberalen Einfluss der Linken gelähmt. Die Gruppen innerhalb der TSK, der Justiz und der Bürokratie, die Hindernisse für die von der AKP angestrebte islamistische und neoliberale Türkei darstellten, wurden durch politische Prozesse namens Ergenekon, ein historisches Symbol für den türkischen Rassismus, gesäubert.

In der Zwischenzeit unterstützten die liberale Linke und die kurdische Bewegung die AKP im Namen der Säuberung von faschistischen Elementen innerhalb des Staates. Die liberale Linke hat mit ihrer Unterstützung des Verfassungsreferendums von 2010, die als „nicht genug, aber ja“ formuliert wurde, den Weg für den Autoritarismus der AKP geebnet, der 2015 begann und mit der Präsidentschaftswahl 2018 seinen Höhepunkt erreichte.

Abgesehen von der TKP ist niemand in der Lage gewesen, die symbiotische Beziehung zwischen Faschismus und Liberalismus zu erkennen.

Die türkische Linke verkennt eine einfache Tatsache: Die ehemaligen liberalen Unterstützer der AKP bezeichnen diese jetzt als „faschistisch“, weil die

türkische Bourgeoisie eine neue Politik braucht. Die türkische Linke zögert leider nicht, sich auf die Seite der Liberalen gegen den „Palast“ und das „Ein-Mann-Regime“ zu stellen.

Um sicherzustellen, dass die türkische Bourgeoisie in der Lage ist, die Ressourcen der Gesellschaft zu plündern und die Ausbeutung der Arbeit grenzenlos zu steigern, unterdrückt die AKP auch heute noch die Opposition und ergreift faschistische Maßnahmen. Der Ansatz, der die AKP einfach nur durch diese faschistischen Praktiken betrachtet, kennzeichnet die AKP und Tayyip Erdoğan als die Quelle aller großen Probleme in der Türkei, während die kapitalistische Hegemonie und die Rolle, die die AKP bei ihrer Stärkung und Aufrechterhaltung übernommen hat, verschleiert werden. Indem sie der Sozialdemokratie folgt, sagt die türkische Linke dem Volk, dass es zuerst die AKP und Tayyip Erdoğan loswerden muss, und rechtfertigt zu diesem Zweck die Beteiligung an allen Arten von prinzipienlosen Bündnissen.

Die TKP hat von Anfang an behauptet, dass die AKP eine gut durchdachte konterrevolutionäre Kraft ist, die vom Imperialismus unterstützt wird und darauf abzielt, die Kapitalistenklasse von den Lasten der historischen Akkumulation der Republik wie dem Etatismus und dem Säkularismus zu befreien. Außerdem behaupten wir, dass es unmöglich ist, diese Partei unabhängig von den Überlebensinteressen, Profitambitionen und internationalen Berechnungen der Kapitalistenklasse zu bewerten. Und die TKP hat von Anfang an mit diesem ganzheitlichen Ansatz gegen die AKP gekämpft.

Unter den krisenhaften Bedingungen, die wir in der Türkei erleben, sehen wir, dass zwei Arten von Nationalismus auf dem Vormarsch sind, während die arbeitenden Menschen schnell verarmen und ihre Hoffnungen für die Zukunft verlieren. Als TKP sehen wir den Aufstieg des Nationalismus als ein wirksames Instrument der herrschenden Klasse gegen die Möglichkeit, die Bindung der arbeitenden Menschen an das kapitalistische System zu schwächen und ihre Gesichter linken Optionen zuzuwenden. Die Partei des Sieges (Zafer Partisi), die sich als einwanderungsfeindliche Plattform manifestiert und bei bestimmten Teilen der Jugend populär geworden ist, sticht als eines der Symptome dieses Bildes hervor.

Die Zunahme der Kurdenfeindlichkeit und der einwanderungsfeindlichen Stimmung unter den türkischen Arbeitern, genauso wie das Engagement der

kurdischen Arbeiter für die Ideologie und das Programm des kurdischen Nationalismus bei gleichzeitigem Abbruch ihrer Beziehungen zur Türkei führen zur Spaltung der Arbeiterklasse und schwächen ihr revolutionäres Potenzial.

Die TKP sieht es als ihre Pflicht an, einen effektiven Kampf gegen die Angriffe des Kapitals auf die Arbeiterklasse zu führen, die die Grundlage für den Aufstieg des Nationalismus bilden. Gegen den zunehmenden Einfluss des Nationalismus auf die Arbeiterklasse und die sich abzeichnenden Bedingungen, die bis zu einem ethnisch begründeten Gemetzel gehen können, tut die TKP ihr Bestes, um die Klassenpolitik zu stärken und den Kommunismus innerhalb der Arbeiterklasse zu propagieren.

In diesem Zusammenhang sind die beiden wichtigsten Entwicklungen der letzten Zeit die Ausdehnung und Stärkung der Organisationen der TKP, insbesondere nach dem Erdbeben vom 6. Februar, in den Städten, in denen hauptsächlich kurdische Arbeiter leben, und ihre rasch zunehmende Fähigkeit, in Arbeiterviertel vorzudringen und sich dort zu organisieren, die als nationalistisch-konservativ bezeichnet werden und typischerweise als Wahllokal rechter Parteien gelten. Die TKP stellt fest, dass neben einer schweren Wirtschaftskrise in der Türkei auch die ideologischen Säulen des kapitalistischen Systems erodieren. Die bürgerlichen Parteien werden von einem großen Teil der Arbeiterklasse als unzuverlässige, prinzipienlose Gebilde wahrgenommen, denen eine klare Richtung fehlt, und sie wählen diese Parteien nur widerwillig.

In der Spirale von Armut und Ausgrenzung ist zu beobachten, dass sich vor allem die Arbeiter, deren nationales Zugehörigkeitsgefühl von faschistischen Parteien ausgenutzt wird, der TKP zuwenden. Der Anstieg der Zahl der Personen, die sich als ehemalige MHP-Anhänger bezeichnen und heute in den Reihen der Partei sind, ist eine interessante und aussagekräftige Angabe.

Auf Initiative der TKP wurde die Versammlung der Volksvertreter der Türkei (THTM) im Januar letzten Jahres als eine Plattform gegründet, auf der Sozialisten und diejenigen, die sich als Kemalisten bezeichnen, zusammenkommen. Sie fungiert als Mittel der Intervention bei den kemalistischen Teilen der Gesellschaft, um sie dazu zu bringen, die Realität des Klassenkampfes zu verstehen und zu akzeptieren. Die Versammlung, an der bekannte Intellektuelle, Journalisten und Künstler der Türkei teilnahmen, wurde von der Öffentlich-

keit mit Interesse aufgenommen. Die THTM, die nun in verschiedenen Orten organisiert wird, gibt Hoffnung als eine Organisation, die nationalistische Haltungen wie die Antipathie gegenüber dem kurdischen Volk, gegen die auch linkskemalistische intellektuelle Kreise in der Türkei nicht immun sind, aufbrechen und die Klassenpolitik stärken wird.

Als Antwort auf die liberale Initiative, die sich derzeit mit dem Konsens zwischen Regierung und Opposition abzeichnet, interveniert die TKP in zwei Segmenten mit unterschiedlichen politischen Sensibilitäten: Einerseits versucht sie, die türkisch-nationalistischen Reflexe innerhalb der republikanischen, patriotischen und säkularen Teile, die dem Sozialismus zuneigen, zu dämpfen. Andererseits bemüht sie sich, die republikanischen und sozialistischen Elemente in den Reaktionen der kurdischen Arbeiter und Jugendlichen gegen staatliche Unterdrückung, Reaktion und Verarmung wiederzubeleben.

In der Erkenntnis, dass der Einfluss der faschistischen Ideologie auf verschiedene soziale Segmente aufgrund der heutigen schweren kapitalistischen Angriffe zunehmen kann, unternimmt die TKP intensive Anstrengungen, um diese sozialen Befindlichkeiten auf eine Klassenbasis zu stellen und sie in eine revolutionäre Energie zu verwandeln.

## **Beitrag der Arbeiterpartei Irlands**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Zum historischen Hintergrund des Kampfes gegen den Faschismus:

Eine angemessene Untersuchung des Kampfes gegen den Faschismus erfordert eine korrekte Analyse der Natur dieses Phänomens. Es gibt viele und vielfältige Versuche, seine Ursprünge und seine Entwicklung nachzuzeichnen, wobei die Kräfte der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie immer wieder versuchen, den Begriff „Faschismus“ auf eine Form des extremistischen Autoritarismus gegen „demokratische politische Werte“ zu beschränken, eine Abweichung innerhalb der „normalen“ kapitalistischen Gesellschaft.

Die angebliche Lösung der EU für das Wiederaufleben des rechtsextremen Nationalismus in Europa ist eine „europäische Politik der Integration, Solidarität und Gleichheit“, die jedoch die wahren Gründe für Ausgrenzung, Zwie-

tracht und Ungleichheit ignoriert, die durch eben diese Politik und „Werte“ gefördert und aufrechterhalten werden.

Der Faschismus ist eine Folge der tiefgreifenden Krise des Kapitalismus. Er ist untrennbar mit dem kapitalistischen System verbunden. Er wurde in Italien und Deutschland während der tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise nach dem Ersten Weltkrieg zu einer bedeutenden Kraft, breitete sich aber in ganz Europa aus, so dass es zu dieser Zeit in praktisch jedem europäischen Land mindestens eine faschistische Bewegung gab.

Im Jahr 1917 wurde der Kapitalismus in Russland gestürzt, und die Welt wurde Zeuge der Entstehung des ersten Staates und der ersten Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse die Macht übernahm. Damit wurde eine Gesellschaft geschaffen, die grundlegende Bedürfnisse wie Gesundheit, Bildung, Verkehr und Wohnraum für alle, gleiche Rechte für Frauen, einschließlich reproduktiver Rechte, sowie große Errungenschaften in Kunst, Kultur, Wissenschaft, Technologie und Sport gewährleistete. Sie bot eine Vision für den Fortschritt.

#### Das Wachstum des Faschismus in Irland:

Nach der Unabhängigkeit verlagerte sich der Schwerpunkt der irischen Politik von der revolutionären Klassenpolitik des Jahres 1913 auf den Nationalismus. Nach 1916 begann Sinn Fein mit der Schaffung einer neuen nationalistischen Mythologie, die weitgehend frei von sozialen Inhalten war. Von einem nationalistischen Purismus ergriffen, bemühte sie sich zu zeigen, dass sie keine Bedrohung für die soziale Ordnung darstellte und ignorierte das Wirtschaftssystem und die sozialen Beziehungen.

Zwar plädierten einige Republikaner für den Vorrang der Klasse vor der Nation, doch waren sie in der Minderheit. Die radikale Vision von James Connolly und seinen Genossen wurde absichtlich durch einen bürgerlich-katholischen Nationalismus verdrängt. Es wurde ein neuer Mythos geschaffen, der den Kult des romantischen Nationalismus förderte und die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Forderungen des revolutionären Sozialismus in den Hintergrund drängte.

Die anschließende Schaffung eines parlamentarischen politischen Systems, das sich auf zwei aus dem Bürgerkrieg hervorgegangene Parteien stützt, die beide für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystems und

der Macht der katholischen Kirche eintreten, sorgte für die Entwicklung einer zutiefst ungleichen und konservativen Gesellschaft, die von den Bedürfnissen der Arbeiterklasse abgekoppelt ist. Eine schwache und reformistische LabourParty, die bereit war, sich mit der Bourgeoisie zu verbünden, schaffte es nicht, den Einfluss der Kirche und des kapitalistischen Staates zu schwächen, und verriet die Hoffnungen der Arbeiterklasse. Die von der herrschenden Klasse diktierte Marschrichtung lautete Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung.

Im Juni 1923 legte die deutsche Kommunistin Clara Zetkin in ihrem Bericht an die Exekutive der Komintern dar, wie tödlich die Bedrohung durch den Faschismus und seine Verbindung zur Krise des Kapitalismus ist.

In den Jahren unmittelbar nach dem Bürgerkrieg in Irland verurteilten die römisch-katholischen Bischöfe „die ererbte Sündhaftigkeit des Volkes und die Notwendigkeit einer ständigen Wachsamkeit gegenüber bedrohlichen Einflüssen“. Anti-Kommunistische Rhetorik war weit verbreitet. Die Oktoberrevolution, die von den Arbeitern in Dublin enthusiastisch begrüßt worden war, schürte die Angst vor einer sozialen Revolution in einer ohnehin schon konservativen und reaktionären Gesellschaft, die darauf bedacht war, jede Möglichkeit eines transformativen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels zu unterbinden.

In den 1920er Jahren schlugen führende Vertreter der Irish „Farmers Union“ eine „Farmers Freedom Force“ vor, die Streiks unterdrücken und gegen „Labour, Sozialismus und Bolschewismus“ vorgehen sollte. In den 1930er Jahren entstand die „Blueshirt“-Bewegung unter der Führung eines ehemaligen Armeemoffiziers und Polizeikommissars, General Eoin O'Duffy, der den europäischen Faschismus anstrebte und seine faschistischen und korporatistischen Ideen mit dem katholischen Konservatismus verband, der zu dieser Zeit in Irland einen so großen Einfluss ausübte.

Die Idee des Korporatismus wurde als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus proklamiert, aber in Wirklichkeit wollten die Kräfte, die dies verkündeten, die organisierte Arbeiterschaft zerschlagen und die Interessen der Kapitalistenklasse fördern.

## Der Spanische Bürgerkrieg und der europäische Faschismus

Als der „Cumann na nGaedheal“ (der Vorgänger der heutigen Koalitionspartei Fine Gael) 1933 mit den Blueshirts fusionierte, hatten rechtsautoritäre Bewegungen bereits die Macht in Ungarn (1920), Italien (1922), Spanien (1923-30), Portugal (1926), Polen (1926), Albanien (1929), Jugoslawien (1929), Deutschland (1933) und Österreich (1933) an die Macht gekommen, und analoge Bewegungen sollten bald auch in Estland (1934), Lettland (1934), Bulgarien (1934), Litauen (1936), Griechenland (1936) und Rumänien (1938) erfolgreich sein.

Der Krieg zur Rettung der Spanischen Republik gegen die faschistische Rebellion Francos fiel in eine Zeit, in der die irischen Revolutionäre auf einem Tiefpunkt angelangt waren. Sie sahen sich heftigen Anfeindungen durch die Kräfte der Regierungen Nordirlands und des irischen Freistaats (der heutigen Republik Irland) sowie durch die Medien und das gesamte politische und wirtschaftliche Establishment ausgesetzt. Sie wurden auch regelmäßig vom Klerus über die konfessionellen Grenzen Irlands hinweg verunglimpft, insbesondere aber von der katholischen Kirche, die im irischen Freistaat sehr mächtig war. Wie die katholische Kirche auf internationaler Ebene begrüßte auch die reaktionäre irisch-katholische Führung Francos Krieg, um die säkulare und fortschrittliche Politik der Zweiten Republik und der Volksfront zu stürzen. Irland war im Norden wie im Süden ein zutiefst religiöses Land, und die Kirchen, insbesondere die katholische Kirche, waren sehr mächtig. Sie kontrollierten einen Großteil des Lebens in Irland, vom Bildungswesen bis zur Gesundheitsfürsorge, und sie hatten das Ohr der damaligen Regierungen.

Viele Menschen glaubten daher dem Klerus, den Politikern und den Zeitungen, wenn sie die faschistische Propaganda über die Gefahren für die Religion durch die Zweite Republik wiederholten. O'Duffy, der vom Oberhaupt der katholischen Kirche in Irland, Kardinal MacRory, unterstützt und von Franco persönlich gebilligt wurde, hatte 700 Freiwillige für den Kampf auf Seiten der Nationalisten mobilisiert. Er nannte seine Kampagne „den irischen Kreuzzug gegen den Kommunismus“. Nach ihrer Ankunft verbrachten sie jedoch einen Großteil ihrer Zeit betrunken, waren sehr schlechte Kämpfer und erwiesen sich als so peinlich, dass Franco sie schnell nach Hause schickte. Brendan Behan, der berühmte irische Dramatiker, sagte, sie hätten „die bemerkenswer-

te militärische Leistung vollbracht, mit mehr Männern nach Hause zurückzukehren, als sie losgezogen waren“.

Im Gegensatz dazu haben sich die irischen Freiwilligen in den Internationalen Brigaden im Kampf zur Verteidigung des republikanischen Spaniens heldenhaft geschlagen. Ein anderer irischer Dramatiker, Sean O'Casey, schrieb in einem Artikel mit dem Titel „Die schwarze Fahne des Faschismus“: „Wir müssen ihn mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln niederschlagen ...“ Als das erste antifaschistische irische Kontingent nach Spanien aufbrach, beschrieb Frank Ryan, der ranghöchste Offizier der irischen Einheit in Spanien, diese Aktion als „eine Antwort auf die Einmischung des irischen Faschismus in den Krieg gegen die spanische Republik, die, wenn sie unangefochten bliebe, eine Schande für unser eigenes Volk wäre ... Unser Kampf ist der Kampf des spanischen Volkes ...“

Ende der 1930er Jahre waren die Blueshirts in der Partei Fine Gael aufgegangen, die während des gesamten 20. Jahrhunderts eine der beiden dominierenden bürgerlichen Parteien in Irland blieb und bis heute an der Regierung ist.

Der vom Imperialismus und seinen faschistischen Kräften entfesselte Weltkrieg führte zu vielen Millionen Toten, Verwundeten und Traumatisierten sowie zu unermesslichem Leid und Zerstörung in der ganzen Welt.

1945 waren es die Sowjetunion, ihre revolutionäre Partei und ihr Volk, die eine entscheidende Rolle bei der Niederlage des Faschismus, des Nazismus und des japanischen Imperialismus spielten. Die Rote Armee und die kommunistischen Partisanen und Widerstandskämpfer in Europa waren maßgeblich an dieser Niederlage beteiligt.

### Kritische Analyse der historischen Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus und der aktuellen Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus

Im Laufe der Geschichte hat der Faschismus immer wieder militante Gegner gehabt. Zu ihnen gehörten Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Liberale, und oft bildeten sich breite antifaschistische Fronten. Das Bestreben, die Arbeiter in einer Koalition gegen den Faschismus zu vereinen, war zwar attraktiv, hatte aber von Anfang an seine Schwierigkeiten.

Eine unmittelbare Schwierigkeit ist der unvermeidliche Versuch der anti-kommunistischen und sozialdemokratischen Kräfte, den Faschismus so zu

definieren, dass er auf eine Form extremistischer, rassistischer und gewalttätiger Aktivitäten reduziert wird, die völlig losgelöst von einer angemessenen Analyse der wirklichen Natur des Problems, seiner Wurzeln in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der zu seiner Überwindung notwendigen Schritte ist.

Diese Schwierigkeiten wurden und werden durch die Haltung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten verschärft, die zusammen mit dem Europarat fälschlicherweise versuchen, den Faschismus mit dem Kommunismus gleichzusetzen, und die in Wirklichkeit durch eine antikommunistische Desinformationskampagne das Verbot von kommunistischen Parteien, Symbolen und Denkmälern gefördert und das Wachstum von Neonazismus und Faschismus begünstigt haben.

### Das Gift des Nationalismus

Der giftige Charakter des Nationalismus, der in Irland und Großbritannien durch seine Betonung der nationalen Identität und des „Patriotismus“ anstelle der Klassenzugehörigkeit zutage getreten ist, bietet einen fruchtbaren Boden für den derzeitigen Anstieg rechtsextremer, faschistischer, rassistischer, flüchtlingsfeindlicher, migrantenfeindlicher und „ausländerfeindlicher“ Politik. Während die bürgerlichen Parteien versuchen, die Hassverbrechen, Krawalle und Brandstiftungen auf extremistische Elemente zu schieben, sind es die gleichen Kräfte, die die Propaganda und die Bedingungen geschaffen haben, die diese Gruppen unterstützen. Die Hysterie, die im Zusammenhang mit der Einwanderung nach Irland entstanden ist, und die von rechtsextremen Verschwörungstheorien und dem so genannten Kulturkrieg ausgelöste Fixierung auf Flüchtlinge, Migranten, Wohnraum, öffentliche Dienstleistungen, Kriminalität und andere Themen haben es den rechten Kräften erleichtert, Fuß zu fassen und ein beunruhigendes Maß an Unterstützung zu mobilisieren.

Die bürgerlichen politischen Parteien in Irland und anderswo spielen den Rassen in die Hände und versuchen, sie zu kooptieren, um ihre eigene Unterstützung zu verstärken. Die sozialdemokratischen und pseudolinken Parteien ermutigen die Rechtsextremen, indem sie von „legitimen Anliegen“ sprechen. Es ist illusorisch zu glauben, dass durch die Übernahme rechtsextremer Argumente diejenigen, die sie unterstützen, für eine sozialistische Politik gewonnen werden können. Was tatsächlich passiert, ist, dass sich bei der Ver-

folgung dieses illusionären Ziels das Gift des reaktionären Nationalismus in der Arbeiterbewegung und unter den Sozialisten ausbreitet - zu deren Lasten. Die Arbeiterklasse wird gespalten, das Klassenbewusstsein wird geschwächt, und die rechtsextremen Kräfte erhalten die Möglichkeit zu wachsen.

### Das Wiederauftauchen des Faschismus

Der Faschismus ist in ganz Europa und darüber hinaus wieder auf dem Vormarsch. Es gibt viele Beispiele in unseren Ländern. Faschismus und Imperialismus, die höchste Stufe des Kapitalismus, sind untrennbar miteinander verbunden und in das kapitalistische Weltsystem eingebettet.

Die Opfer von Kriegen, imperialistischen Interventionen und reaktionären Regimen haben das Recht, ein sichereres Leben zu suchen. Die Probleme von Obdachlosigkeit, unbezahlbaren Mieten und Wohnungen, krisengeschüttelten öffentlichen Diensten und Armut sind nicht die Schuld der Migranten. Sie sind die unvermeidliche Folge des kapitalistischen Systems. Die Lösung kann nur in einem Kampf zum Umsturz des Systems gefunden werden, das Kriege, Armut und Flüchtlinge hervorbringt.

Kommunisten als Internationalisten müssen den Faschismus in all seinen Erscheinungsformen offen entlarven und herausfordern, müssen sich aber jederzeit des opportunistischen Charakters anderer Kräfte bewusst sein, einschließlich solcher Kräfte mit scheinrevolutionären Programmen, die versuchen, den Mantel des Antifaschismus zu verkünden.

In Bezug auf die Situation in der Ukraine hat unsere Partei wiederholt deutlich gemacht, dass die Entwicklungen in der Ukraine in einem bestimmten sozialen und politischen Rahmen stattfinden. Wir haben den Charakter des Putsch von 2014 und des nachfolgenden ukrainischen Regimes erkannt; wir haben seine Fremdenfeindlichkeit, seine Angriffe auf politische Parteien, einschließlich der Kommunisten, auf Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte, auf kulturelle und sprachliche Rechte, seine Ermutigung und Unterstützung von Neonazi-Milizen wie dem Asow-Bataillon und sein provokatives Eintreten für die NATO und Atomwaffen sowie seine mörderischen Kampagnen gegen den Donbass bedauert. Wir verurteilten auch die provokative Haltung der USA und der EU, Russland einzukreisen und die NATO unaufhaltsam nach Osten auszuweiten.

Wir müssen die Situation jedoch im Kontext unserer ideologischen Position bewerten, die auf den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und dementsprechend auf unserem Verständnis des Wesens des Imperialismus, wie er von Lenin definiert wurde, beruht. Obwohl wir keinen Zweifel an den faschistischen Kräften haben, die in der Ukraine existieren, ist dies kein antifaschistischer Krieg. Russland und die Ukraine sind heute kapitalistische Länder. Unsere Parteien erkennen den Klassencharakter dieser Regime an, die jeweils den Interessen der Kapitalistenklasse dienen. Jede Seite ermutigt und nutzt aktiv offen neonazistische Gruppen. Dieser Krieg ist das Ergebnis der eskalierenden zwischenimperialistischen Rivalitäten in der Region.

Iwan Alexandrowitsch Iljin (1883-1954), der die Anwendung von Gewalt gegen den Bolschewismus und den Sowjetstaat befürwortete und den Faschismus als national-patriotische Idee betrachtete, wird heute von vielen Rechtsextremen in den USA und Europa sowie von der derzeitigen russischen Staatsführung bewundert.

### Das Wesen des Faschismus und der Kampf gegen ihn

Der Faschismus ist ein Symptom der politischen und strukturellen Krise des Kapitalismus, auch wenn er sich fälschlicherweise oft ein antikapitalistisches Mäntelchen umhängt, um die ausgebeuteten Arbeiter anzusprechen. In Wirklichkeit ist er eine Erscheinungsform der kapitalistischen Macht und entlarvt sich selbst immer als Diener der Interessen des Monopolkapitals. Er verteidigt stets das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln, die kapitalistische Ausbeutung und den imperialistischen Krieg.

Wir erkennen an, dass der Faschismus so lange existieren wird, wie der Kapitalismus existiert.

Im Kampf gegen den Faschismus müssen die Kommunisten die konkreten historischen Bedingungen und das Verhältnis der Klassenkräfte in jedem Land unter diesen Bedingungen in jeder historischen Phase berücksichtigen. Wir müssen aus der Geschichte und der Stärke unserer Ideologie lernen. Der Faschismus wird nur durch eine revolutionäre Arbeiterklasse besiegt werden. Der Kampf gegen den Faschismus wird nur durch den Sturz des Kapitalismus, die Errichtung der Arbeitermacht und des Sozialismus beendet werden.

## **Beitrag der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande**

Liebe Genossinnen und Genossen,

der jüngste Aufstieg rechtsextremer Parteien in ganz Europa bestätigt, dass der Imperialismus die historische Tendenz zur reaktionären Seite der Politik hat. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium „sich selbst überlebt“ hat und historisch überflüssig ist. Der Faschismus selbst ist aus dem Kapitalismus herausgewachsen, als Beschützer der bürgerlichen Interessen gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung mit der kommunistischen Partei an der Speerspitze.

Für uns als Kommunisten ist es unabdingbar, das Phänomen des Faschismus sowie den Widerstand dagegen zu studieren und die historischen Erfahrungen unserer Bewegung im Kampf gegen den Faschismus zu untersuchen. Dies, um wirksam gegen die faschistische Bestie und ihren Erzeuger, das kapitalistische System, zu kämpfen. Denn der Faschismus ist nicht etwas, das außerhalb des Kapitalismus existiert, sondern ein Werkzeug der Bourgeoisie, zu dem sie in Krisenzeiten greift: der Faschismus ist eine Form der bürgerlichen Verwaltung.

In unserem Beitrag möchten wir einige historische Erfahrungen sowohl mit der Entwicklung der Strategie des Kampfes gegen den Faschismus, wie sie in der Kommunistischen Internationale diskutiert wurde, als auch mit der Kristallisierung und Lokalisierung dieser Strategie in den Niederlanden durch die Kommunistische Partei der Niederlande (KPN) beleuchten und einige Entwicklungen in den Niederlanden in Bezug auf den Aufstieg der extremen Rechten darstellen.

### Faschistoide Kräfte in den Niederlanden

Seit dem Zusammenbruch der UdSSR ist das bürgerliche politische Klima in den Niederlanden durch eine zunehmend reaktionäre Ideologie gekennzeichnet, die sich in der Politik und Haltung aller bürgerlichen Parteien, von „links“ bis „rechts“, von „fortschrittlich“ bis „konservativ“, ausdrückt. Erstere konzentriert sich vor allem darauf, antimuslimische, flüchtlingsfeindliche und niederländische nationalistische Gefühle in der Bevölkerung zu fördern. Letztere stellt eine „verfeinerte“ Form der extremen Rechten dar, mit intellektuel-

len Untertönen und der Auffrischung zutiefst reaktionärer Ansichten, die an den „klassischen“ Faschismus erinnern. Diese Parteien, insbesondere die FvD, haben eine eher pro-russische Ausrichtung gefördert, was sie zu einem praktischen „Gegner“ für die Sozialdemokratie und die Liberalen macht, die im Namen des „Kampfes gegen den Faschismus“ die imperialistische EU und NATO sowie die reaktionäre Zelenski-Regierung in der Ukraine unterstützen.

Diese rechtsextremen Kräfte kriminalisieren den Widerstand gegen das bürgerliche System, propagieren die Idee, dass der „Kulturmarxismus“ „unser Land übernommen hat“, greifen die organisierte Arbeiterklasse, die Gewerkschaften usw. an, verbreiten üblen Nationalismus, Antikommunismus, Chauvinismus und Hass gegen Flüchtlinge usw. All das, während sie eine „Anti-Elite“-Haltung vortäuschen, während sie gleichzeitig von Kapitalisten finanziert und unterstützt werden und deren Interessen vertreten.

Die wachsende Unzufriedenheit eines großen Teils der niederländischen Bevölkerung mit dem gegenwärtigen bürgerlichen Zustand der „Normalität“ als Folge der Inflation, jahrelanger Angriffe auf soziale Rechte und der kapitalistischen Krise hat einen Teil von ihnen in die Arme der Rechtsextremen getrieben. Mit Parolen, die auf der einen Seite die Wohlfahrt für „unser eigenes Volk“ und auf der anderen Seite die Zerstörung anderer sozialer Rechte propagieren, gelingt es ihnen, einen Teil des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse zu überzeugen, sich ihrer verkommenen politischen Linie anzuschließen.

Der Kampf des CJB und der NCPN besteht darin, diese Kräfte trotz ihrer Slogans als volksfeindlich zu entlarven und mit den Arbeitern zu diskutieren, die von den Rechtsextremen oberflächlich dazu gebracht wurden, sich nicht gegen das bürgerliche System selbst sondern eher gegen ihre ausländischen Arbeitskollegen zu wenden. Auf der anderen Seite zeigen wir den Arbeitern und anderen Schichten der Gesellschaft, dass die „Linke“, die Sozialdemokratie, der Liberalismus usw., keine Antwort auf den Faschismus bieten, da sie das kapitalistische System verteidigen und sich immer auf die Seite des Kapitals gegen die Arbeiter stellen werden.

Historisch gesehen steht die NCPN in der Tradition der historischen Kommunistischen Partei der Niederlande (CPN) in deren Kampf gegen den Faschismus.

## Der antifaschistische Kampf der KPN und die Strategie der Komintern

Die KPN spielte eine heldenhafte Rolle im Widerstand gegen den Faschismus, der zunächst als kollaborierende nationalsozialistische Bewegung in den Niederlanden und später als nazifaschistischer deutscher Besatzer auftrat. Viele unserer Genossen haben im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben verloren - schätzungsweise 2/3 der Parteikader wurden von den Nazifaschisten ermordet.

In den Jahren vor der Besetzung der Niederlande durch den Nazifaschismus warnte die CPN die niederländische Arbeiterklasse und das Volk wiederholt vor der drohenden Gefahr, die der Faschismus darstellte. 1937 veröffentlichte die KPN in ihrem Wahlprogramm, dass sie „... für die Bildung einer demokratischen Regierung mit parlamentarischen Mitteln kämpfen wird, die möglicherweise aus Sozialdemokraten, Katholiken und anderen Demokraten besteht, die fähig und willens sind, die Demokratie und den Frieden gegen den Faschismus zu verteidigen und den Werktätigen größeren Wohlstand zu bringen.“

Dies spiegelt die Linie des 7. Kongresses der Komintern wider, die besagt, dass Bündnisse mit der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie gesucht werden müssen. Der Versuch, Menschen mit unterschiedlichen politischen Ideologien zusammenzubringen, ist nicht per se das Problem dieser Strategie, aber sie wird fragwürdig, wenn diese Bündnisse auf der Ebene der bürgerlichen politischen Parteien, des bürgerlichen Staatsapparats und der Bourgeoisie selbst gesucht werden - mit anderen Worten, der gesellschaftlichen Kräfte, die Reaktion und Faschismus „geboren“ haben, die wie der Faschismus Feinde der Arbeiterbewegung sind. Diese neue Orientierung hatte somit die Tendenz, den Widerspruch zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie zu verabsolutieren, was natürlich die Folge bestimmter historischer Bedingungen war.

Angesichts des faschistischen Ansturms in mehreren europäischen Ländern wie Italien und Deutschland war die internationale kommunistische Bewegung mit dem vollen Schrecken der verrotteten bürgerlichen Macht des Faschismus konfrontiert.

Eine der Folgen der Verabsolutierung des Unterschieds zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus war nach Kriegsende zu spüren, als Kräfte inner-

halb der Partei unter der Flagge der Parteizeitung „De Waarheid“ für eine Auflösung der Partei in eine „breite Organisation der Massen“ eintraten. Dies wurde verhindert, und die Partei existierte als kommunistische Partei weiter, aber die Strategie der Arbeitermacht wurde weitgehend zugunsten der Bildung einer „linken“ Regierung aufgegeben, was an das frühere Zitat aus dem Wahlprogramm von 1937 erinnert. Im Wesentlichen rechtfertigt diese Ausrichtung die bürgerliche Macht, solange sie nicht faschistisch ist. Diese Ausrichtung auf die parlamentarische „Macht“ führte schließlich zur Auflösung der CPN in den 1980er Jahren und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer Neukonstituierung und Neuausrichtung, aus der unsere Partei, die NCPN, hervorging.

### Einige Schlussfolgerungen

Die NKP ist der Meinung, dass es notwendig ist, in einem kollektiven Prozess die richtige Taktik und Strategie für den Kampf gegen den Faschismus weiter zu untersuchen.

Wir können jedoch einige Schlussfolgerungen aus den historischen Erfahrungen mit der Strategie der kommunistischen Bewegung ziehen. Der Faschismus kann nur als Kapitalismus bekämpft werden. Er muss als eine Form des bürgerlichen Managements verstanden werden, die besonders brutal ist, aber nicht ausschließlich. Die verschiedenen Formen des bürgerlichen Managements haben alle die Rolle des „Schlächters“ des Volkes gespielt, wie uns die Geschichte lehrt.

Wir betonen, dass wir anerkennen, dass sich die Kommunistische Partei im Kampf gegen den Faschismus engagieren muss, um die Volksmassen im antifaschistischen Kampf so breit wie möglich zu mobilisieren. Auch Menschen mit sozialdemokratischen, liberalen, konservativen oder anderen Ansichten. Dies gilt umso mehr, wenn dieser Kampf mit dem nationalen Befreiungskampf verknüpft wird, wie es bei der deutschen Besatzung durch die Nazis der Fall war. Gerade dieser Kampf ist eine wichtige „Schule“ für die Massen, um zu erkennen, was der Kapitalismus wirklich ist und was er hervorbringt, und dass sein Sturz notwendig ist - vorausgesetzt, dass die Kommunistische Partei in diesem Kampf auch den ideologischen und politischen Kampf führt, nicht nur gegen den Faschismus, sondern ganz allgemein gegen die Bourgeoisie und den Opportunismus.

Bündnisse gegen den Faschismus können daher niemals auf der angeblichen Einheit mit bürgerlichen Kräften beruhen, die sich als „antifaschistisch“ tarnen. Man kann sehen, dass z.B. die Sozialchauvinisten der „Antiimperialistischen Weltplattform“ Kapitalismus und Faschismus trennen und am Ende das sogenannte „antifaschistische Russland“ unterstützen.

Der Kampf gegen den Faschismus verlangt von uns, den Faschismus konsequent als „Laufhund“ des Großkapitals, als Diener der Monopole zu entlarven. Andererseits muss der Kampf gegen den Faschismus mit dem Kampf für den Sozialismus-Kommunismus verbunden werden. Wir müssen konsequent und hart arbeiten, um in den Arbeiterorganisationen, in den Betrieben, in den Stadtvierteln Bündnisse gegen Faschismus und Kapitalismus zu schmieden und uns nicht in falsche Dilemmas verstricken zu lassen, wie sie uns von der Bourgeoisie vorgesetzt werden.

Nur dann kann der Kampf gegen den Faschismus erfolgreich sein – indem wir seine Ursache, das kapitalistische System, ausschalten

## **Beitrag der Kommunistischen Partei der Arbeit - Für Frieden und Sozialismus (Finnland)**

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte zunächst etwas zur Geschichte sagen. Das Studium des Aufstiegs des faschistischen Systems in Finnland in den 1930er Jahren liefert uns wertvolle Erkenntnisse, um die faschistische Bedrohung heute zu verstehen.

Der finnische Faschismus hat seine Ursprünge in der Weißen Garde von 1917 und 1918 und der nationalistischen AKS (Akademische Karelische Gesellschaft), einer Organisation reaktionärer Universitätsstudenten, Lehrer und Armeeeoffiziere. Diese Kräfte wurden stets von den Kapitalisten finanziert und ihr Ziel war es, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und Krieg gegen Sowjetrussland zu führen, um sowjetische Gebiete zu erobern. Mit rassistischen Argumenten wurde versucht, diese Pläne zu rechtfertigen. Die AKS behauptete, dass große Teile des sowjetischen Territoriums das alte finnische Heimatland darstellten und ethnisch finnische Menschen beherbergten. Die Kapitalisten unterstützten diese Pläne, um den Kommunismus zu zerstören und die

natürlichen Ressourcen der Sowjetunion, insbesondere Holz und Bodenschätze, zu stehlen.

Seit 1918 hatte die finnische Weißgardistenregierung die Kommunistische Partei und zahlreiche andere revolutionäre und Arbeiterorganisationen verboten. Eine vollständige bürgerliche Demokratie gab es in dem Land bis nach 1944 nicht. In den 1930er Jahren begann die faschistische Lapua-Bewegung, die von Bankiers und Kapitalisten finanziert wurde, eine Terrorkampagne gegen Arbeiter und sogar bürgerliche Demokraten.

Die Regierung begrüßte die faschistische Bewegung als „patriotisch“ und „konstruktiv“ und bestrafte ihre zahllosen terroristischen Akte nicht. Stattdessen akzeptierte die Regierung viele Vorschläge der Faschisten, wie die Auflösung der zentralen Organisation der finnischen Gewerkschaften (SAJ), die Aberkennung des Wahlrechts für zahlreiche Linke und Arbeiter, das Verbot fast aller linken und Arbeiterorganisationen mit nur wenigen Ausnahmen und die Schließung zahlreicher Arbeiterzeitungen.

Die 1930er Jahre standen für die Errichtung eines faschistischen Systems, eines Terrorregimes des Finanzkapitals. Das finnische faschistische System unterscheidet sich jedoch in einigen wesentlichen Punkten von den Systemen in Deutschland und Italien: In Finnland gab es keinen faschistischen Diktator, obwohl verschiedene Kandidaten für den Diktator aufgestellt wurden. In Finnland blieb das Parlament als eine Fassade der bürgerlichen Demokratie bestehen. Viele bürgerliche Parteien und sogar die sozialdemokratische Partei existierten weiter. Diese Parteien wurden jedoch gezwungen, mit dem Faschismus zu kollaborieren, ihre linken Flügel wurden häufig verhaftet und terrorisiert.

Die faschistischen Kräfte der AKS- und Lapua-Bewegung konstituierten sich in der IKL-Nazi-Partei, die ein parlamentarisches Bündnis mit der führenden kapitalistischen Partei Kokoomus (übersetzt: „Koalitions“-Partei) einging. Da die IKL-Partei nie zu den größten Parteien im Parlament gehörte, wird heute von kapitalistischen Propagandisten oft behauptet, dass es in Finnland nie ein faschistisches System gegeben habe und dass der finnische Faschismus seinen Höhepunkt in den frühen 30er Jahren erreicht habe, der in einem gescheiterten Putsch gipfelte. Dies ist jedoch eine falsche Darstellung.

Die finnische Bourgeoisie übernahm die Politik und die Vorschläge der offenen Faschisten und hielt sie bis zur vollständigen militärischen Niederlage des

finnischen Faschismus im Jahr 1944 aufrecht. Die finnischen Kapitalisten hielten es für nützlich, den nominellen Anstrich der Demokratie beizubehalten und die sozialdemokratischen Reformisten in großem Umfang zu nutzen, um die Arbeiterbewegung zu lähmen und zu liquidieren. Die finnischen Sozialdemokraten waren wohl die einzigen Sozialdemokraten, die direkt mit Hitler kollaborierten. Der faschistische Terror nahm während der gesamten 1930er Jahre zu, einschließlich Massenverhaftungen von Friedensaktivisten.

Während des Zweiten Weltkriegs waren die Sozialdemokraten an der Regierungsführung beteiligt und trugen zur Unterwerfung unseres Landes unter die Besatzung durch Hitlers Truppen bei. Während und nach dem Krieg erfanden die reformistischen Sozialverräter „Theorien“, um diese Nazi-Kollaboration zu rechtfertigen, und behaupteten, Finnland habe „keine andere Wahl“ gehabt, als Hitlers „Hilfe“ bei der Verteidigung gegen die angebliche sowjetische Eroberung anzunehmen. Sie behaupten, dies habe die „Unabhängigkeit“ und „Demokratie“ unseres Landes erfolgreich geschützt. Solche Argumente werden heute von den finnischen Kapitalisten verwendet und sind praktisch zum offiziellen Narrativ geworden.

Und nun zum heutigen Tag:

Es gibt deutliche und besorgniserregende Anzeichen für einen zunehmenden Faschismus im modernen Finnland. Zu den wichtigsten gehören der zunehmende Militarismus und die erhöhten Militärausgaben, Finnlands NATO-Mitgliedschaft, die zunehmende kriegstreiberische Propaganda der Medien, die sich in den Händen einer kleinen Anzahl von Konzernen konzentriert, die alle darauf hinarbeiten. Die Repressionen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung nehmen zu. Lenin-Statuen und ähnliche Denkmäler wurden auf Befehl des Staates umgestürzt, das Lenin-Museum wird dieses Jahr geschlossen, die Regierung hat zugestimmt, über das Verbot kommunistischer Symbole zu diskutieren, indem sie sie mit dem Nazismus gleichsetzt. Das Streikrecht der Arbeitnehmer wurde mehrfach eingeschränkt. Der pro-palästinensischen Protestbewegung wurde verboten, vor der israelischen Botschaft zu protestieren. Die wichtigste antifaschistische Versammlung des Jahres 2023, „Helsinki ohne Nazis“, wurde von der Polizei als illegal eingestuft und nach einem stundenlangen Straßenkampf aufgelöst. Die Polizei stellte sich eindeutig auf die Seite der Faschisten.

Dies sind keine Einzelfälle, sondern Zeichen der Krise des Kapitalismus, die sich nicht nur in der jetzigen, sondern in mehreren Regierungen fortgesetzt hat. Sie bedeuten nicht, dass Finnland bereits ein faschistisches System hat, aber sie deuten auf eine weitere Faschisierung hin.

Unsere Partei beteiligt sich aktiv an der antifaschistischen Bewegung. Wir haben eine Demonstration gegen den Vorschlag der Regierung organisiert, kommunistische Symbole zu verbieten, und werden weiter organisieren. Wir haben an der Bewegung „Helsinki ohne Nazis“ und anderen ähnlichen Bewegungen teilgenommen und werden dies auch weiterhin tun. Wir beglückwünschen die Organisatoren dieser Bewegung und insbesondere die teilnehmenden Massen zu ihrer wachsenden Militanz und Entschlossenheit unter dem zunehmenden Druck der Polizei. Wir werden weiterhin mit anderen antifaschistischen Kräften und Kräften der Arbeiterklasse gegen die wachsende Bedrohung durch Faschismus und Krieg zusammenarbeiten.

Wir werden antifaschistische Bewegungen ernsthaft unterstützen, auch wenn sie nicht kommunistisch sind, aber wir werden weiterhin für unsere eigene Linie eintreten, werden weiterhin auf die konsequenteste antifaschistische Linie drängen, die ein Kampf für den Sozialismus ist, und uns gegen Kompromisse mit der Sozialdemokratie, der Regierung und der Polizei stellen.

Wir werden unser Bestes tun, um den Kampf der streikenden Arbeiter, der Friedensbewegung, der Palästina-Solidaritätsbewegung und der antifaschistischen Bewegung sowie der anderen wichtigen zeitgenössischen Bewegungen wie der Umwelt- und der Studentenbewegung zu vereinen.

Abschließend möchte ich sagen, dass unsere Partei trotz der intensiven anti-russischen und kriegstreiberischen Propaganda mit Stolz den Antifaschismus und den proletarischen Internationalismus sowie die Völkerfreundschaft hochhält, indem sie den Tag des Sieges, den Tag der Niederlage des Faschismus, feiert und den Menschen die anhaltende Bedeutung dieses Tages erklärt.

Wir ehren die heldenhafte Rote Armee und die antifaschistischen Kämpfer aller Länder, auch unseres Landes, und sind stolz auf solche antifaschistischen Helden wie Veikko Poysti, einen kommunistischen Organisator, der 1942 im bewaffneten Kampf mit den finnischen Faschisten fiel.

Mutig vorwärts zu neuen Kämpfen, Genossen, das Volk wird siegen!

## **Beitrag der Kommunistischen Partei der Schweiz**

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Europäische Kommunistische Aktion wird sehr bald den Höhepunkt von sechs Monaten intensiver Arbeit erreichen. Erlaubt mir, ein paar einleitende Worte zu diesem Thema zu sagen.

Die Kommunistische Partei der Schweiz ist sehr dankbar, an diesem Prozess des Austauschs, des Lernens und der Stärkung teilnehmen zu können. Es ist in der Tat sehr wichtig, eine Form der regionalen Zusammenarbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien in Europa auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu haben. Diese Zusammenarbeit ermöglicht es uns, der Kommunistischen Partei der Schweiz, zweifellos, solide Fortschritte auf dem Weg zum kommunistischen Wiederaufbau in unserem Land zu machen. Alle Treffen, an denen wir teilgenommen haben, haben es uns ermöglicht, Fragen zu behandeln, die für die Entwicklung des Klassenkampfes wesentlich sind. Die in diesem Zusammenhang präsentierten Beiträge dienen als Beispiel und als Grundlage für die Debatte.

Wir müssen diese Fragen weiter vertiefen und die strategische Grundlage der gemeinsamen Positionen der Europäischen Kommunistischen Aktion festigen. Wir müssen aber auch einen Weg finden, die verschiedenen konkreten Erfahrungen unserer Basisarbeit ausführlicher und sicherlich über einen längeren Zeitraum hinweg auszutauschen, wie es kürzlich bei einer Gelegenheit gesagt wurde.

Die Form der regionalen Zusammenarbeit der Europäischen Kommunistischen Aktion sollte es uns ermöglichen, eine gemeinsame theoretische Basis zu schaffen, aber auch der notwendigen Verbindung zwischen Theorie und Praxis Rechnung zu tragen. Die Kommunistische Partei der Schweiz befürwortet eine solche Vertiefung in einer Form, die notwendigerweise innerhalb der Europäischen Kommunistischen Aktion und auch in einer bilateralen Form diskutiert werden muss.

Lassen Sie mich nun zum Thema dieses Treffens kommen. Die Frage des Faschismus ist zu ernst und wichtig, als dass man sie unterschiedslos auf jedes zeitgenössische politische Phänomen anwenden könnte. Wir müssen daher zunächst die Analyse des Faschismus und der antifaschistischen Taktiken in

ihren eigenen Kontext stellen. Es ist sehr wichtig, Anachronismen zu vermeiden.

Einerseits wäre es ein Fehler, Analysen und Taktiken aus der Vergangenheit automatisch in unserer Zeit zu reproduzieren. Dies ist sehr oft der Fall bei den Aufrufen, mit Hilfe der Sozialdemokratie und der liberalen Rechten „den Weg nach rechts zu blockieren“. Zufälligerweise stehen wir in der Schweiz vor einer radikalen Weiterentwicklung dieses Arguments, da die Bourgeoisie nun das Bündnis der „erweiterten“ Rechten, einschließlich der extremen Rechten, fördert.

Andererseits wäre es auch ein Fehler, die Geschichte des antifaschistischen Kampfes mit den Elementen der heutigen Mentalität zu beurteilen. Dies ist zum Beispiel das Problem der jüngeren Generationen, denen in der Schule das antikommunistische Konzept des Totalitarismus beigebracht wurde. So können wir mit Lenin bekräftigen, dass das lebendige Herz des Marxismus die konkrete Analyse einer konkreten Situation ist.

In diesem Sinne müssen wir einerseits die politische Linie der Volksfront in den dreißiger Jahren kritisch betrachten und andererseits die heutigen Erfahrungen im Kampf gegen die extreme Rechte analysieren.

Ich werde mich auf die Situation in der Schweiz beziehen. Bevor die Kommunistische Partei der Schweiz 1921 gegründet wurde, beschloss die Sozialistische Partei der Schweiz an ihrem außerordentlichen Kongress 1919 mit 318 zu 147 Stimmen den Beitritt zur Kommunistischen Internationale. Eine interne Volksabstimmung aller Mitglieder entschied jedoch anders. Daraufhin verließ eine Minderheit die Sozialistische Partei der Schweiz und gründete mit anderen Genossinnen und Genossen die Kommunistische Partei der Schweiz. Diese neue Partei trat der Kommunistischen Internationale bei.

In diesen frühen Jahren legte die Kommunistische Partei der Schweiz die materiellen und kulturellen Grundlagen für eine neue Art von Arbeiterpartei, die sich auf die Organisation in den Betrieben, eine Einheitsfrontpolitik an der Basis und ein konsequentes internationalistisches Engagement stützte.

In der Zwischenkriegszeit versuchte die Schweizer Bourgeoisie, die Erinnerung an den Generalstreik von 1918 in der Arbeiterbewegung zu brechen, der ein großer Moment in der Geschichte der Schweizer Arbeiterklasse gewesen

war. Ihm folgten 400.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, doch er endete mit dem Verrat der sozialdemokratischen Führer. Die Kommunisten wurden auch in der Gewerkschaftsbewegung verfolgt, und die aufeinanderfolgenden Angriffe führten zu internen Unstimmigkeiten und dem Rückzug der Kommunistischen Partei der Schweiz. In dieser Zeit half die Kommunistische Internationale der Partei, ihre Beziehungen zur Arbeiterklasse auszubauen, indem sie zunächst klassenbezogene Gewerkschaftsfraktionen bildete. Dies war eine entscheidende Unterstützung. Die Kommunistische Partei der Schweiz blieb jedoch eine Minderheit in der Arbeiterklasse.

Im Kampf gegen den Faschismus standen die Kommunisten an der Spitze der Einheitsfrontpolitik an der Basis. Die Aktivisten der Kommunistischen Partei der Schweiz zeigten großen Mut und einen konsequenten Geist der Brüderlichkeit, als sie die Gefahren des Krieges, des Militarismus und der arbeiterfeindlichen Repression anprangerten. Henri Furst, Metallarbeiter und Führer der Kommunistischen Partei der Schweiz, war der erste, der bei der Schießerei am 9. November 1932 fiel. Dieser kommunistische Held versuchte, bevor er im Feuer starb, sich mit den Soldaten zu verbrüdern, die auf eine antifaschistische Demonstration der Arbeiterklasse schießen sollten. Seine letzten Worte waren: „Erschießt nicht eure Kameraden“.

Mit der gleichen Überzeugung schlossen sich fast 800 Schweizer den Internationalen Brigaden an, 60 % von ihnen aus den Reihen der Kommunisten. Bei ihrer Rückkehr aus Spanien wurden sie verurteilt und inhaftiert. Wie in keinem anderen Bereich wurden die Kommunisten während dieser Zeit vom Staat und den reformistischen Gewerkschaften verfolgt, um zu verhindern, dass sie sich in der Arbeiterklasse etablieren. In verschiedenen französischsprachigen Kantonen wurden die Sektionen der Kommunistischen Partei von den Behörden verboten, und das Volk stimmte den Verboten in einer Volksabstimmung zu. Schließlich wurde die Kommunistische Partei der Schweiz 1940 von der Schweizer Regierung landesweit verboten. Die Schweizer Bourgeoisie setzte alle möglichen reaktionären und antikommunistischen Mittel ein, um die Kommunistische Partei der Schweiz vor dem Hintergrund des Aufstiegs des Nazifaschismus in Europa zu beseitigen.

Während dieser Zeit wurde die kommunistische Basisarbeit aufgebaut, um die Arbeiterklasse in klassenbezogenen Gewerkschaftsfraktionen zu organisieren, aber mit der Volksfrontpolitik änderte sich die Linie. Die Einheit der Gewerk-

schaften, der Zusammenschluss von Kommunisten und Linkssozialisten und die Schaffung einer einzigen Partei der Arbeiterklasse wurden zu den neuen Schlagworten, die die Kommunistische Partei der Schweiz überdauerten. Der kommunistische Wiederaufbau fand erst Jahrzehnte später statt.

Es war in der Tat die kapitalistische Bourgeoisie an der Spitze, mit der Unterstützung von nationalistisch-faschistischen Organisationen einerseits und der Sozialdemokratie andererseits, die die reaktionäre Politik des Verbots der Kommunisten anführte. Es ist ganz klar, dass der Klassenfeind im Zusammenhang mit dem Aufstieg des Nazifaschismus, auch als er an die Macht kam, immer die Kapitalistenklasse war.

Mit Blick auf die heutigen Erfahrungen halten wir es für wichtig, die allgemeine Situation des Klassenkampfes in jedem Land sowie das geltende politische Regime genau und wissenschaftlich zu bestimmen.

In der Schweiz sind alle politischen Kräfte des Kapitals, von der Sozialdemokratie bis zur konservativen extremen Rechten, in der Regierung vertreten. Wie in anderen Ländern wechseln sich diese verschiedenen Kräfte in der Regierung nicht ab. Aber auch in einem System der Abwechslung verhandeln Regierung und Opposition immer über kapitalistische Reformen, auch wenn dies vordergründig unmöglich erscheint. In der Schweiz ist das Gegenteil der Fall. Unter dem Anschein eines Gleichgewichts der Kräfte herrscht ein harter Wettbewerb um die Teilhabe an der Vertretung des Kapitals. Die rechtsextreme nationalistische konservative Partei hat die größte relative Mehrheit im Parlament. Als die Liberal-Radikale Partei in die Nähe einer absoluten Mehrheit kam, schuf dies die Möglichkeit für härtere kapitalistische Reformen. Ohne diese absolute Mehrheit werden Zugeständnisse mit der Zentrumspartei und der Sozialistischen Partei gemacht werden müssen. Die Grüne Partei ist derzeit nicht in der Regierung vertreten.

In diesem Sinne ist der Aufstieg der rechtsextremen konservativen Kräfte, der sich auf der Wahlebene ausdrückt, ein klares Zeichen für die kommenden volksfeindlichen Angriffe. Die einzige Möglichkeit, sich auf die Klassenkonfrontation gegen die Reaktion des bürgerlichen Regimes vorzubereiten, besteht in der Bildung, der Organisation und dem Kampf der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Volksschichten.

Wir haben in diesem Beitrag versucht, in aller Kürze die Elemente der Erfahrung und die historischen Lehren des Kampfes der Schweizer Kommunisten gegen die Reaktion darzustellen.

Diese Debatte scheint uns sehr wichtig zu sein und wir müssen sie innerhalb der Europäischen Kommunistischen Aktion weiterführen, um klare politisch-ideologische Definitionen zur Frage des Faschismus zu haben. Denn wir brauchen theoretische Instrumente, die es uns in unserer Zeit ermöglichen, der reaktionären und sogar faschistischen Politik in allen unseren Ländern entgegenzutreten, wobei die Vorbereitung, die Organisation und der Kampf für die Macht der Arbeiter und des Volkes, für den Sozialismus-Kommunismus im Mittelpunkt stehen müssen.

## **Beitrag der Kommunistischen Revolutionären Partei Frankreichs**

Unabhängig von seiner Form hat der kapitalistische Staat immer denselben Klasseninhalt: die Diktatur des Kapitals, die es der Bourgeoisie ermöglicht, die Produktions- und Tauschmittel zu monopolisieren. Die Diktatur des Kapitals unter der Führung der Finanzoligarchie ist eine Demokratie für einige wenige, eine Diktatur für die ausgebeutete und unterdrückte Mehrheit. Im Imperialismus, der Weltbühne des Monopolkapitalismus, komprimiert oder liquidiert die Diktatur der Monopole die Hauptmerkmale der bürgerlichen Demokratie. Die Marxisten sind der Meinung, dass die Arbeiterklasse und die Arbeiter gegenüber den bürgerlichen Verfassungen nicht gleichgültig oder passiv sein können, denn abgesehen von bestimmten Zugeständnissen, die erreicht werden können, sind die Verfassungsartikel der rechtliche Deckmantel zur Legitimierung des Privateigentums an den Produktions- und Tauschmitteln, um die Macht der Monopole zu schützen.

Alle Formen der kapitalistischen Herrschaft sind also Formen desselben Inhalts der Klassendiktatur: die bürgerliche Demokratie, die Republik und der Faschismus implizieren alle diese Klassengewalt. Im bürgerlich-demokratischen System ist nicht jeder Ausbruch von Gewalt und Unterdrückung durch die Streitkräfte automatisch Faschismus. In diesem Stadium der Gewaltausübung sucht das Kapital aktiv die Unterstützung der reformistischen Kräfte, wenn diese nicht selbst im Namen der Bourgeoisie Repressio-

nen ausüben. Der Grad der Gewalt, den die faschistische Diktatur des Kapitals zum Ausdruck bringt, zielt auf die terroristische Zerschlagung aller Formen des Kampfes der Arbeiterklasse, der Arbeiter und sogar der Schichten, die der bürgerlichen Demokratie anhängen, auf die Zerschlagung durch Ermordung, die Deportation von Aktivisten und das Verbot aller legalen Aktivitäten von kommunistischen und reformistischen Parteien gleichermaßen.

Es handelt sich nicht einfach um die Ablösung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern um eine neue Form der Diktatur des Monopolkapitals, um einen qualitativen Sprung nach vorn.

Dieser Unterschied im Grad der Gewalt hat zu opportunistischen Illusionen in der kommunistischen und Arbeiterbewegung geführt:

a - Leugnen, dass die bürgerlich-demokratische Form Repression hervorbringen kann,

b - allmähliche Förderung der Ablehnung der marxistischen Staatstheorie über die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, „einer Revolution, die den Apparat des bürgerlichen Staates, einschließlich der bürgerlichen Demokratie, zerbricht“.

Im heutigen Frankreich ist die bürgerliche Demokratie die Form, die die Diktatur des Kapitals derzeit annimmt. Die Propaganda kapitalismusfeindlicher sozialer politischer Kräfte wird toleriert (solange die revolutionäre Gefahr eingedämmt wird), aber der gesamte Überbau und die Infrastruktur befinden sich in den Händen des Kapitals.

Leninisten haben sich immer für eine Einheitsfront an der Basis und in Aktionen mit sozialdemokratischen Arbeitern zur Verteidigung sozialer und demokratischer Forderungen eingesetzt. Eine Einheitsfront an der Basis bedeutet immer, reformistische und sozialdemokratische Führung und Positionen zu denunzieren. Das Ziel der Einheitsfront an der Basis ist es, die Arbeiter dem Einfluss reformistischer, sozialdemokratischer Führer, den Verteidigern des kapitalistischen Systems, zu entreißen und sie für den Klassenkampf zu gewinnen, auch in der Praxis.

Im Kampf gegen den Faschismus in Frankreich bestand der Hauptwiderspruch scheinbar zwischen dem Faschismus und der bürgerlichen Demokratie, was eine Ablenkung von den endgültigen strategischen Aufgaben darstellte,

eine Ablenkung, die durch die Umstände der 30er Jahre mit der Forderung nach einer Einheitsfront auch vorübergehend „an der Spitze“ der Arbeiterbewegung auferlegt wurden. Bei der Umsetzung dieser Volksfronttaktik hat sich die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) große Verdienste erworben: Sie hat den Sieg des Faschismus 1936 verhindert und zu den Klassenkämpfen beigetragen, die zu großen sozialen Errungenschaften führten. Der Wille zur Einheit war bemerkenswert, hätte aber ohne die Einbeziehung der Arbeiterkräfte an der Basis nicht ausgereicht.

Allerdings wurden bei der Anwendung der Taktik der Volksfront bestimmte alte Abweichungen der französischen Arbeiterbewegung reaktiviert, wie die Tendenz der PCF, sich als Fortsetzung der „großen französischen Revolution“ von 1789 darzustellen, oder ein Hang zum „republikanischen Nationalismus“ mit einem Wiederaufleben der jaussianischen Vorstellung von der „historischen und universellen Mission Frankreichs“. Bei der Volksfront wie auch bei der antifaschistischen Résistance hatte die PCF große Schwierigkeiten, die aktuellen antifaschistischen Aufgaben mit revolutionären sozialistischen Perspektiven zu verbinden. Einmal mehr gab es in der französischen revolutionären Arbeiterbewegung die Tendenz, Zwischenaufgaben zu verabsolutieren, ohne sie mit strategischen revolutionären Aufgaben zu verbinden.

Trotzkistische und maoistische Historiographen verweisen auf den „Verrat“ oder Reformismus dieser Taktik durch die Kommunistische Internationale und die PCF; dies ignoriert die These von Marx und Lenin über die Unterordnung der Partikularinteressen eines Proletariats unter die allgemeinen und internationalen Interessen der kommunistischen Bewegung, d.h. in dieser Periode die Verteidigung der UdSSR als führender sozialistischer Staat der Welt.

In Frankreich kamen zu der Unterbrechung der Bolschewisierung der PCF, die zu kurz war, um „vollendet“ zu werden, noch Abweichungen bei der Anwendung der neuen Taktik der Einheitsfront gegen den Faschismus hinzu, was im Laufe ihrer Geschichte schwer wiegen und später den Sieg des Opportunismus begünstigen sollte.

Wie sehen die objektiven Bedingungen heute aus? Der Faschismus war die Antwort der reaktionärsten Monopolkreise auf die Oktoberrevolution von 1917, auf die Existenz der UdSSR, die in jenen Jahren die wirtschaftlichen

Grundlagen des Sozialismus aufbaute, und auf die ständige Angst des Kapitals vor einer revolutionären „Ansteckung“. Politisch genossen die Arbeiterbewegung und die kommunistischen Parteien große Sympathien. Die faschistischen Parteien zielten darauf ab, mit „weißem Terror“ die Klassenkämpfe und die Arbeiter- und Streikbewegung zu zerschlagen, um die Umsetzung der Strategie der Monopolbourgeoisie zu erleichtern.

Die taktischen Ziele der kommunistischen Parteien und der Arbeiterbewegung wurden im Lichte der neuen objektiven Kampfbedingungen überprüft: Die (vorläufige) Alternative lautete nicht Diktatur des Proletariats oder bürgerliche Demokratie, sondern Faschismus oder Verteidigung/Entwicklung der demokratischen Rechte und Freiheiten. Dieser taktische „Umweg“ sollte das leninistische Konzept der Verbindung zwischen dem Kampf für die Demokratie und dem Kampf für den Sozialismus anwenden, war aber notwendig, weil das Bürgertum von der faschistischen Demagogie angezogen wurde, die das Proletariat isoliert, dem Terror der Finanzoligarchie ausgeliefert und so den faschistischen Sieg ermöglicht hätte.

Nicht dieser taktische Umweg war falsch, sondern seine Anwendung wurde missverstanden oder war unzureichend. Diese Taktik musste strategisch mit dem revolutionären Kampf für den Sozialismus verknüpft werden.

Heute sind die objektiven Bedingungen nicht mehr dieselben: Der Hauptwiderspruch ist Kapital/Arbeit, nicht Demokratie/Faschismus. Darüber hinaus ist eine neue Verwirrung entstanden, weil wir es versäumt haben, die imperialistische Etappe zu assimilieren und den Kampf gegen den Faschismus und damit die zu bildenden Bündnisse in den Vordergrund zu stellen. In der Tat wird der Begriff Faschisierung von den Opportunisten oft missbraucht (wie übrigens auch der Begriff Imperialismus). Die Faschisierung, wie sie von der Kommunistischen Internationale definiert wird, ist weder Faschismus noch ein Weg zum Faschismus. Sie ist die dem imperialistischen Stadium des Kapitalismus inhärente Verletzung seiner eigenen bürgerlichen Gesetze durch die Finanzoligarchie, sie ist eine reaktionäre Haltung auf der ganzen Linie, ein innerer Widerspruch innerhalb des bürgerlichen Staates zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft.

Wir verstehen zwar die Abneigung der Genossen, dieses Wort zu verwenden, aber es ermöglicht ein besseres Verständnis der Diktatur des Kapitals in seiner

monopolistischen Phase, gerade weil es die Analyse daran hindert, eine Mauer zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus zu errichten, und uns stattdessen an den identischen Inhalt beider erinnert. Wenn der Begriff der Faschisierung es ermöglicht, den Staat auf diese Weise zu verstehen, dann ermöglicht er es auch, seinen Antagonismus gegenüber den demokratischen Forderungen der Ausgebeuteten zu verstehen. Der Widerspruch zwischen der formalen, begrenzten Demokratie der Kapitalisten und dem Streben der Arbeiter nach Demokratie für sich selbst, ihrem Bestreben, ihr tägliches Leben und ihre Zukunft auf allen Ebenen selbst zu gestalten, wird im Imperialismus noch verstärkt. Diese Entmachtung der demokratischen Rechte, deren Opfer die Arbeitnehmer sind, vom Unternehmen bis zum Staat, nicht zu vergessen die Gemeinde, bedeutet, dass die Kommunisten die Aufgabe haben, dafür zu sorgen, dass die Kämpfe für demokratische Rechte auf dem Streben nach Beteiligung und Transparenz in den öffentlichen Angelegenheiten beruhen.

Unter diesem Gesichtspunkt haben Kommunisten eine doppelte Aufgabe: alle Formen der direkten Basisdemokratie (Räte, Komitees usw.) zu verteidigen, zu entwickeln und zu konsolidieren und diese Bestrebungen zu nutzen, um zu zeigen, dass die bürgerliche Demokratie eine Demokratie für die Kapitaleigner ist, die die Demokratie für die Arbeiter negiert. Die Marxisten-Leninisten, die in den Fußstapfen von Marx und Lenin stehen, sind der Meinung, dass der Kampf um die Festigung und Erlangung demokratischer Rechte die Entwicklung des Klassenkampfes fördert, den Arbeitern Vertrauen in ihre eigene Stärke gibt und alle möglichen Illusionen über die Ursachen ihrer Leiden beseitigt.

Die strategische Bedingung ist, dass die Kommunisten den Kampf für die Demokratie mit der Anprangerung der Grenzen der bürgerlichen Demokratie verbinden, und zwar aufgrund ihres Klasseninhalts, der sich in der Vorstellung bildet, dass der radikale Demokratismus seinen Ausdruck in der sozialistischen Revolution und der Arbeiter- und Volksdemokratie findet. Die Bedingungen der weltweiten Konterrevolution und die subjektiven Bedingungen, die jedem Land eigen sind, bedeuten, dass die Eroberung dieser Ziele und der Kampf gegen den Faschismus den Aufbau, die Anerkennung und die Stärkung unserer Kommunistischen Partei, die sich in Frankreich erst in einem embryonalen Stadium befindet, und die wachsende Einsicht erfordern, dass die Arbeiterklasse die einzige Klasse ist, die in der Lage ist, den Faschismus

zu besiegen, weil sie die einzige Klasse ist, die mit ihrer Partei den Kapitalismus besiegen kann.

## **Beitrag der Kommunistischen Partei Schwedens**

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist bezeichnend, dass wir im letzten Monat Berichte über zwei gewalttätige faschistische Angriffe in Schweden erhalten haben. Bei einem Angriff wurde eine antifaschistische Konferenz der bürgerlichen Linken von maskierten Angreifern gestürmt, die die Teilnehmer mit roter Farbe besprühten und sie körperlich angriffen, so dass mehrere Teilnehmer im Krankenhaus behandelt werden mussten. Bei dem anderen Angriff griff eine Gruppe von Nazis der so genannten Nordischen Widerstandsbewegung ein Lager in Stockholm an, in dem EU-Migranten leben, und zerstörte Unterkünfte und persönliche Gegenstände der Menschen, die unter miserablen Bedingungen am Rande der Gesellschaft leben müssen.

Dies geschieht vor dem Hintergrund eines sich verschlechternden wirtschaftlichen Klimas für die arbeitende Bevölkerung. Die Sozial- und Gesundheitsdienste sind von Kürzungen betroffen, und der Staat setzt zunehmend auf repressive Maßnahmen, um der Unzufriedenheit der Bevölkerung begegnen zu können.

Mit der Akzeptanz rechtsnationaler Positionen gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen in breiten Teilen der bürgerlichen politischen Landschaft, einschließlich der Sozialdemokraten, wächst die Zuversicht der Faschisten, die stets bereit sind, die Repressionsorgane des Staates zu verstärken!

### Die Taktik der Fronten und der SKP

Die Befürwortung der Taktik der Volksfronten gegen den Faschismus durch den 7. Kongress der Komintern im Jahr 1935 kam einer Neubewertung des Reformismus gleich, und die frühere offensive Haltung gegenüber den reformistischen Parteien wurde durch das Streben nach Einheit mit ihnen ersetzt. Die Kommunistische Partei Schwedens, die SKP, übernahm wie viele andere kommunistische Parteien zu dieser Zeit eine Taktik, die auf eine politische Einheit mit den Sozialdemokraten und anderen „fortschrittlichen“ Kräften abzielte.

Darüber hinaus strebte die SKP auch den Aufbau einer vereinigten Arbeiterpartei an, eine Tendenz, die sich zumindest auf den bereits erwähnten 7. Weltkongress bezog. Vom 7. Kongress festgelegt, gab es aber Bedingungen und Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser Einheit, die weitreichende Anforderungen an die Sozialdemokratie stellten, was die Aufgabe der SKP, das Ziel einer Einheitspartei zu erreichen, äußerst schwierig machte. Bei dem Versuch, dieses Ziel zu erreichen, wurden die von der Komintern aufgestellten Bedingungen von der SKP im Laufe der Zeit erheblich verwässert, indem neue Partei- und Aktionsprogramme angenommen wurden.

Nach den Worten von Georgi Dimitrov bedeutete die Einheit „keine Versöhnung mit der sozialdemokratischen Ideologie und Praxis“, doch bereitete die Politik den Boden für eine versöhnlichere Haltung gegenüber der Sozialdemokratie.

Nach der Auflösung der Komintern begannen die Kommunisten, ihre eigenen Wege zu suchen. Der Weg der SKP, die die Einheit mit den Sozialdemokraten anstrebte, führte dazu, dass die Partei in den „Grundsätzen“, die an die Stelle des Parteiprogramms traten, die Diktatur des Proletariats, die Revolution und den Kampf für Sowjetschweden aufgab. Dies öffnete zudem die Tür für die Akzeptanz der Idee eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus.

Der konkreteste Versuch, die Einheitsfrontpolitik in Schweden zu verwirklichen, findet sich in der Solidaritätsbewegung für Spanien während des Bürgerkriegs in diesem Land. Abgesehen davon, dass sich mehr als 500 Schweden freiwillig zum Kampf gegen den Faschismus in Spanien meldeten, war die Arbeit im eigenen Land im Verhältnis zur schwedischen Bevölkerungszahl von großem Umfang. Das Schwedische Hilfskomitee für Spanien (SHfS) wurde von der anarchosyndikalistischen SAC, der Sozialistischen Partei, der SKP und den Sozialdemokraten gebildet, wobei vor allem der linke Flügel der SKP vertreten war. Das SHfS sammelte effektiv Gelder für humanitäre Aktionen in Spanien, da nur die Anarchosyndikalisten und die Kommunisten konsequent für Waffenlieferungen nach Spanien eintraten.

Obwohl sie zahlenmäßig kleiner waren als die Sozialdemokraten, waren es die Kommunisten, die die Hauptlast der Solidaritätsarbeit trugen. Als das Ende des Krieges in Spanien näher rückte und klar wurde, dass der Faschis-

mus triumphieren würde, gelang es den Sozialdemokraten, die Kommunisten zu verdrängen und dadurch den SHfS effektiv zu entkernen.

Durch ihre Solidaritätsarbeit für Spanien war es den Kommunisten gelungen, ihren Einfluss unter den Arbeitern zu vergrößern, was zu einigen Erfolgen bei den Parlamentswahlen und auch innerhalb der Gewerkschaften führte. Diese Erfolge waren jedoch auch darauf zurückzuführen, dass die Kommunisten ihre eigene Politik abschwächten, um die Zusammenarbeit innerhalb der Front zu ermöglichen, wie bereits weiter oben beschrieben wurde. Dies bedeutete auch, dass die Arbeiter, mit denen sie während dieser Arbeit in Kontakt treten konnten, die Kommunisten nie vollständig unterstützten.

Die Schlussfolgerung, die aus dieser Erfahrung gezogen werden kann, ist, dass die Einheitsfront keine Methode zur revolutionären Organisation ist. Obwohl sie durch die Arbeit mit den Fronten viel Unterstützung erhielten, war diese Unterstützung aufgrund der Zugeständnisse, zu denen die Kommunisten gezwungen waren, um teilnehmen zu können, nicht echt, und mit dem härter werdenden politischen Klima des Zweiten Weltkriegs verflüchtigte sich diese Unterstützung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Ideologie der Kommunistischen Partei in Schweden in dem oben beschriebenen Zeitraum grundlegend geändert hat, was die Grundlage für den Niedergang der Partei bildete, so dass die Mehrheit der Partei zur heutigen Linkspartei, dem linken Flügel des Kapitals, wurde, während sich eine Minderheit zur heutigen Kommunistischen Partei, der SKP, entwickelte.

### Faschismus, Reformismus und Kapitalismus

In der bürgerlichen Demokratie findet der Kapitalismus seine wichtigste soziale Basis in der reformistischen Bewegung, die ungeachtet der individuellen Wünsche innerhalb der Bewegung die arbeitenden Menschen befriedet und sie sicher im Rahmen des Kapitalismus hält. Auf diese Weise wird dem Kapitalismus in seinem demokratischen Gewand durch den Reformismus eine soziale Basis in Form der Unterstützung durch die Werkstätigen garantiert. Solange der Reformismus diese Unterstützung für den Kapitalismus garantieren kann, bleiben die faschistische Diktatur und die offen gewaltsame Unterdrückung von der Tagesordnung.

Erst wenn diese Unterstützung zu bröckeln beginnt und zusammenzubrechen droht, wird der Faschismus zu einer echten Alternative für das Kapital.

Wenn der Reformismus dem Kapitalismus nicht mehr in zufriedenstellender Weise eine soziale Basis garantieren kann, muss das Kapital stattdessen anderweitig Unterstützung suchen. Wenn die Bedingungen es noch zulassen, wird diese Veränderung durch die Prozesse der bürgerlichen Demokratie stattfinden, aber wenn dies nicht möglich ist, verabschiedet sich die bürgerliche Demokratie und wird durch eine offene kapitalistische Diktatur ersetzt.

Die faschistische Bewegung findet ihre Basis in der Kleinbourgeoisie und dem Lumpenproletariat. Sie garantieren die weitere Verschärfung der Ausbeutung, und wo der Reformismus den sozialen Frieden durch schöne Versprechungen garantierte, tut dies der Faschismus durch nackte klassenbezogene Gewalt.

Reformismus und Faschismus sind also zwei Seiten ein und derselben Medaille. In verschiedenen Stadien und in verschiedenen Situationen arbeiten beide daran, den sozialen Frieden und damit auch die weitere Steigerung der Ausbeutung und den Fortbestand des Kapitalismus zu garantieren.

### Schlussfolgerung

Da der Faschismus dem Kapitalismus immanent ist, kann der Kampf gegen den Faschismus nicht vom Kampf gegen den Kapitalismus getrennt werden. Eine Krankheit kann nicht geheilt werden, indem man nur ihre Symptome bekämpft, sondern nur, indem man ihre Ursachen angreift.

Die Erfahrung mit der Taktik der Einheits- und Volksfronten und ihr Erbe zeigen, dass die grundlegende Konfliktlinie immer zwischen Arbeit und Kapital liegen muss.

## ***Redaktion offen-siv: Die Kommunistische Internationale im September 1939 zur Thematik der Volksfrontpolitik (Dimitroff-Tagebücher)***

**Quelle: Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933 – 1943<sup>1</sup>**

„7.9.1939:

- Im Kreml Stalin, Molotow, Shdanow (und Dimitroff; d. Red.)

Stalin:

< - Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt – (arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Neuaufteilung der Welt, um die Weltherrschaft! (...)

- Die Kommunisten der kapitalistischen Länder müssen entschieden gegen ihre Regierungen, gegen den Krieg auftreten. Bis zum Krieg war es völlig richtig, dem Faschismus das demokratische Regime entgegenzustellen.

- Während des Krieges zwischen den imperialistischen Mächten ist das schon nicht mehr richtig.

- Die Unterscheidung der kapitalistischen Länder in faschistische und demokratische Länder hat ihren bisherigen Sinn verloren.

- Der Krieg hat einen grundlegenden Bruch herbeigeführt.

- Die Einheitsvolksfrontpolitik von gestern diente dazu, die Lage der Sklaven im kapitalistischen Regime zu erleichtern.

- Unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges steht die Frage nach der Vernichtung der Sklaverei!

- Heute Positionen des gestrigen Tages einzunehmen (Einheitsvolksfont, Einheit der Nation) – bedeutet, auf die Positionen der Bourgeoisie abzugleiten.

- Diese Losung wird zurückgenommen. (...)

---

<sup>1</sup> Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933–1943, hg. Bernhard Bayerlein, Aufbau-Verlag, Berlin 2000

Man muss der Arbeiterklasse sagen,

- dass der Krieg um die Weltherrschaft geführt wird;
- dass die Herren der kapitalistischen Länder für ihre imperialistischen Interessen kämpfen;
- dass dieser Krieg den Arbeitern, den Werktätigen nicht bringen wird außer Leid und Entbehrung.
- Wir müssen entschieden gegen den Krieg und seine Schuldigen auftreten.
- *Entlarven Sie die Neutralität, die bourgeoise Neutralität der Länder*, die bei sich für Neutralität eintreten und den Krieg in anderen Ländern mit dem Ziel der Bereicherung unterstützen.
- Es ist notwendig, Thesen des Präsidiums des EKKI vorzubereiten und zu veröffentlichen.><sup>2</sup>

„8.9.1939

- Haben eine Direktive für die kommunistischen Parteien vorbereitet:

< Der gegenwärtige Krieg ist ein imperialistischer, ungerechter Krieg, an dem die Bourgeoisie aller kriegführender Staaten gleich schuldig ist. In keinem Land darf weder die Arbeiterklasse, umso weniger die kommunistische Partei, den Krieg unterstützen. Die Bourgeoisie führt den Krieg nicht gegen den Faschismus, wie es Chamberlain und die Führer der Sozialdemokratie behaupten. Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen kapitalistischer Länder um die Weltherrschaft geführt. (...)

Der Krieg hat die Lage wesentlich verändert. Die Teilung der kapitalistischen Staaten in faschistische und demokratische hat jetzt die frühere Bedeutung verloren. Dementsprechend muss die Taktik geändert werden. Die Taktik der Kommunistischen Parteien in allen kriegführenden Ländern ist, in dieser Etappe des Krieges gegen den Krieg aufzutreten, seinen imperialistischen Charakter zu entlarven; dort, wo kommunistische Deputierte vorhanden sind, gegen Kriegskredite zu stimmen; den Massen zu erklären, dass der Krieg ihnen nichts anderes als Last und Ruin bringen wird. In den neutralen Ländern

---

<sup>2</sup> Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933–1943, Band 1, a.a.O., S. 273f

muss man die Regierungen entlarven, die für Neutralität ihrer Länder auftreten, aber zwecks Profit den Krieg in anderen Ländern unterstützen – wie es die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in Bezug auf Japan und China macht. Die kommunistischen Parteien müssen überall zu einer entschiedenen Offensive gegen die verräterische Politik der Sozialdemokratie übergehen.

Die kommunistischen Parteien, besonders Frankreichs, Englands, Belgiens und der Vereinigten Staaten von Amerika, welche im Gegensatz zu dieser Einstellung auftraten, müssen sofort ihre politische Linie korrigieren.>“<sup>3</sup>

„9.9.1939

- Sitzung des Sekretariats: Diskussion und Annahme der Direktive durch die Parteien.“<sup>4</sup>

Red. offen-siv: In Dimitroffs Tagebüchern zwei Seiten zuvor:

„1.9.39:

- *Der Krieg zwischen Deutschland und Polen* hat begonnen.

-Sitzung des Sekretariats über die entstandene Lage. Der Meinungs-austausch soll morgen fortgesetzt werden.

- An *Thorez* das folgende Telegramm geschickt:

< Wir meinen, dass Sie keine Erklärung über die widerspruchslöse Unterstützung der Regierung Daladier/Bonnet abgeben sollten. Sie sollten unserer Meinung nach etwa folgende Position beziehen:

Durch ihren Verrat an der Tschechoslowakei, Spanien, München, durch die Zerstörung der kollektiven Sicherheit hat die Regierung Daladier-Bonnet das faschistische Deutschland gestärkt; indem diese Regierung der Politik der englischen Provokateure eines Krieges gegen die UdSSR folgte, versetzte sie der UdSSR einen Schlag und brachte das französische Volk an den Rand des

---

<sup>3</sup> Ebenda, S. 274f.

<sup>4</sup> ebenda, S. 275

Krieges. Einer solchen Regierung darf man die Verteidigung des Landes nicht anvertrauen. Es bedarf einer Regierung, die das Volk um sich scharen würde, anstatt die Kräfte des Volkes durch eine verbrecherische Verfolgung der Partei der Arbeiterklasse zu spalten. Übermitteln Sie Pollitt, dass die Haltung der englischen KP nach unseren Informationen richtig ist und dass sie konsequent gewahrt werden muss. Bestätigen Sie den Empfang und teilen Sie uns Ihre Meinung mit.><sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> ebenda, S. 272





---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**